Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.56 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Lerchenfeldstr. 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank des Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Lerchenfeldstr. 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag 20. März 1931 | 11. Jahrgang Nr. 67

Die Landarbeiter im Angriff!

Die Streikwelle wächst — Verbreitert die Kampffront — Schafft den roten Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter!

Halle, den 20. März.

Die Landproletarier erwachen. Sie wehren sich gegen Junkerterror, Lohnraub und reformistischen Bonzenverrat. Die unermüdliche Arbeit der RGO hat die Massen des Landproletariats aufgerüttelt.

Auf vielen Gütern Mitteldeutschlands haben bereits Vorpostengefechte zum großen Landarbeiterstreik anläßlich der jetzt einsetzenden Frühjahrsaussaatkampagne stattgefunden. In der Nähe von Könnern, auf den Gütern Mauken bei Pretzsch, Schulpforta und Friedrichsroda bei Naumburg wurde und wird zum Teil noch bereits gestreikt. Die Gutsbesitzer wurden teilweise gezwungen, den Forderungen der Streikenden nachzugeben. Manchmal gelang es ihnen noch, durch Versprechungen die Aufnahme der Arbeit zu veranlassen. In zahlreichen Landarbeiterkonferenzen sind diese ersten Vorpostengefechte auf den Gütern mit Stürmen von Begeisterung begrüßt worden.

Immer stärker wird der Kampfwille der Landarbeiter. Aus Beesenlaublingen wird berichtet, daß dort eine Versammlung stattfand, an der auch die Gutsbelegschaften der Domäne Beesenlaublingen und des Rittergutes Kopitz teilnahmen.

Es wurde beschlossen, den Kampf um die eigenen Forderungen aufzunehmen und alle notwendigen Maßnahmen zur Auslösun gdes Streiks auf diesen beiden Gütern durchzuführen.

Begeistert wurde es begrüßt, daß endlich durch die RGO im Kampfe gegen Lohnraub und sozialfaschistischen Verrat die einheitliche Kampforganisation des Landproletariats durch Schaffung des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter gebildet werden soll.

Aus Zöberitz schreiben uns Landarbeiter, daß sie selbst gegen den Kreisleiter Böhlert auf das schärfste eingestellt sind, weil sie nicht sehen, daß der DLV irgend etwas unternimmt, um gegen den Schandlohnschiedsspruch die Landarbeiter zu mobilisieren. Das einzige, was die Bonzen können, ist eine wilde Hetze gegen die RGO.

Voller Empörung begrüßen auch diese Landarbeiter die Vorbereitung des Kampfes durch die RGO und die Schaffung einer Kampforganisation für die Landarbeiter.

Streik in breitester Front, Massenstreik gegen den Lohnraub, für Erhöhung der elenden Landarbeiterlöhne, für die Forderungen der RGO! Das ist der einzige Ausweg für das gesamte Landproletariat aus Not und Elend.

Die Schüsse auf die streikenden Landarbeiter in Nelben waren ein Signal.

Die Junker wollen den Kampf. Nun, sie sollen ihn haben. Die Landarbeiter wollen nicht im Elend verrecken, sie wollen kämpfen. Die Industriearbeiter und die Massen der Erwerbslosen müssen und werden ihnen helfen. Auf den Gütern müssen Gutswehren geschaffen werden, die gemeinsam mit den Betriebswehren und Kampfstaffeln den Schutz der Streikposten übernehmen. Die Solidarität der breitesten Massen mit den streikenden Landarbeitern wird hergestellt werden. Sie war und ist bereits bei den kleinen Vorstößen vorhanden.

Auf allen Gütern rote Gutsräte! Sie sichern die Erfolge des Streiks. DLV und gelbe Verbände können und wollen nicht kämpfen gegen den Lohnraub der Großagrarier. Längst stehen sie auf der Seite der Junker und Kapitalisten. Die Landarbeiterschaft braucht eine neue revolutionäre Kampfgewerkschaft, die die proletarische Einheitsfront aller Landarbeiter und Arbeiterinnen organisiert und bildet. Schon haben sich die Landarbeiter in Ostpreußen, Danzig und Berlin-Brandenburg im Roten Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter zusammengeschlossen. Die vor einem schweren Kampf stehenden Landarbeiter Mitteldeutschlands müssen sich ihnen anschließen und über die Grenzen unseres Bezirks hinweg die kämpfende Einheitsfront des gesamten deutschen Landproletariats herstellen.

Das Bezirkskomitee der RGO fordert noch einmal alle Streikenden und kampfgewillten Gutsbelegschaften und die DLV-Organisationen auf, ihre

Delegierten nach Halle zur Landarbeiterkonferenz am Sonntag, dem 22. März, im Lokal Hübner, Kurze Gasse (am Leipziger Turm), zu entsenden. Der Beginn dieser Gründungskonferenz des Roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter ist für 9,30 Uhr vormittags angesetzt. Meldet sofort alle Delegierten an das Bezirkskomitee der RGO in Halle, Pfännerhöhe 2.

Die Konferenz ist von ungeheurer Wichtigkeit, muß sie doch sofort weitere Kampfbeschlüsse für die Verbreiterung des Streikes und für die Organisierung der Landarbeiterschaft fassen.

Vorwärts zum Streik auf breitester Basis, gegen die Massenverelendung des Landproletariats, formiert die Kampfbataillone unter Führung der RGO!

Leuna!

Halle, 20. März.

Leuna ist ein Begriff für das internationale Proletariat seit langem geworden, ein Begriff für die erbittertsten Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen dem revolutionären Proletariat und dem internationalen Trustkapital. Leuna ist das wichtigste Werk im Besitz des mächtigen internationalen Trusts, der IG-Farbenindustrie. Leuna ist ein Staat im kapitalistischen Staate, mit eigener Polizei, man möchte sagen, mit einer eigenen Gesetzgebung. Leuna ist der Inbegriff des unbarmherzigen Unternehmerterrors und seit Jahren das erbittertste Kampfobjekt zwischen der Führerin des revolutionären Proletariats, der Kommunistischen Partei, und dem Trustkapital.

Unter diesen Gesichtspunkten ist unser Leuna-Sieg von ungeheurer Bedeutung. Fassen wir doch einmal kurz zusammen,

Landarbeiterstreikführer verhaftet!

(Eig. Drahtm.) Könnern, 20. März.

In Nelben ist der Führer des Landarbeiterstreiks, der Melker Blaubach, gestern durch die Polizei des sozialdemokratischen Landrats Streicher verhaftet worden. Er wurde aus der Wohnung herausgelockt, auf einen Wagen geworfen und nach Alsleben gebracht. Bis heute fehlt jede Nachricht von ihm.

wie erbittert in diesem Jahre um den Einfluß im Leuna-Werk gekämpft wurde. Die Unternehmer versuchten mit allen Mitteln, in diesem Jahre den Einfluß der Kommunisten endgültig im Leuna-Werk zu brechen. 32 Kandidaten und Listenvertreter der roten Liste des Vorjahres wurden im letzten Jahre gemaßregelt, unter ihnen befand sich der Spitzenkandidat, der Genosse Volkmann. Die Unternehmerknechte vom Stahlhelm, die Arbeitermörderpartei der Nazis gaben sich die redlichste Mühe, mit Versammlungen, mit Unterstützung der gesamten reaktionären Presse den Einfluß der Kommunisten zu brechen. Die Sozialfaschisten brachten alles auf die Beine, die einzige große Gefahr, die den Giftgasköngen im Leuna-Werk drohte, den kommunistischen Einfluß zu vernichten. Noch in den letzten Tagen wurden der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes Brey, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Brandes heranzitiert, um die von der Sozialdemokratie bereits seit langem mit der besonderen Bearbeitung des Leuna-Werks beschäftigten Angestellten zu unterstützen. Durch ein raffiniertes Spitzelsystem im Werke selbst wurde die Säuberungsaktion durchgeführt. Die IG-Könige glaubten mit Hilfe ihrer Lakaien alles getan zu haben, um die Kommunisten restlos aus dem Werk zu entfernen.

Alles hat nichts geholfen! Die RGO-Liste erhielt die meisten Stimmen, die reformistischen Verräter eine vernichtende Niederlage. Trotz sorgfältigster Auslese der Belegschaft konnten Nazis und Stahlhelmer nur einen ganz geringen Einbruch in die Front des klassenbewußten Leuna-Proletariats erzielen. Das ist um so bedeutsamer, als jeder weiß, daß das Werk durch seine sogen. „Wohnungsfürsorge" in den Leuna-Siedlungen in Merseburg, Halle, Weißenfels, Dürrenberg, Rössen usw. einen ungeheuren Druck auf die Belegschaft ausübt. Hinzu kam die Tatsache der ständigen Entlassungsdrohungen, der Lohnraub, der durch direkte Senkung der Löhne und durch die mit Hilfe der Reformisten durchgeführte 40-Stunden-Woche im Werk erfolgte. Aber gerade diese Tatsache ist es gewesen, die die Radikalisierung von Schichten der Belegschaft, die bisher der Kommunistischen Partei und der RGO nicht nahestanden, besonders gefördert hat. Die schamlosen Arbeitsbedingungen in der Leuna-Hölle haben bei der Betriebsrätewahl diesen Ausdruck des Bekenntniswillens zum Kampf, zur Revolutionen Gewerkschaftsopposition erzeugt. Die Reformisten verlieren in wachsendem Maße das bisher innegehabte Vertrauen. Die RGO wird immer mehr als die einzige Kraft anerkannt, die in der Zukunft die Kämpfe gegen den ungeheuren, sich ständig steigernden Unternehmerdruck zu führen imstande ist.

Dieses Vertrauen gilt es nicht zu enttäuschen. Jetzt heißt es, gegen den neuen Lohnraub, der am 1. April in Kraft tritt, genau so unermüdlich zu organisieren, zu mobilisieren, wie unsere tapferen Genossen die Mobilisierung für die rote Betriebsratswahl im Leuna-Werk durchgeführt haben.

Es war eine ungeheure Arbeit zu leisten. Daß sie geleistet wurde, zeigt, daß es der Kommunistischen Partei gelungen ist, in den vielen hundert Wohnorten der Leuna-Proleten zu einem großen Maße die gesamte Parteiorganisation planmäßig zur Bearbeitung der Leuna-Arbeiter heranzuziehen. Es sollen bei dieser Leuna-Wahl schätzungsweise über 200 000 Flugblätter von den verschiedensten Seiten herausgegeben worden sein. Aber unser Erfolg beruht hauptsächlich in der persönlichen Bearbeitung der Leuna-Proleten in ihren Wohnungen. Freilich weiß diese entschiedene Wendung unserer

Glänzender Sieg der RGO im Aluminiumwerk Bitterfeld

Wuchtiger Auftakt zu den Betriebsrätewahlen im Bitterfelder Chemiegebiet — Proleten von Griesheim, Anilin und Film wählen geschlossen die roten Einheitslisten!

(Eig. Meld.) Bitterfeld, 20. März.

Das erste Ergebnis, das uns aus dem Bitterfelder Industriegebiet vorliegt, ist ein weiterer glänzender Beweis dafür, daß sich die RGO auf der ganzen Linie im Vormarsch zur Eroberung, zur Streikreifmachung der Betriebe in der chemischen Industrie befindet. Gestern fanden **die Betriebsrätewahlen im Bitterfelder Aluminiumwerk** statt. Trotzdem natürlich auch hier die RGO unter den schwersten Bedingungen den Kampf durchführen mußte, wurde folgendes glänzende Resultat erzielt:

Die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition erhielt 140 Stimmen, während die Reformisten 59 Stimmen erhielten. Die Wahlbeteiligung war auch hier sehr stark und betrug fast 90 Proz.

Jetzt kommt es darauf an, alle Kräfte einzusetzen, um auf den Werken des Griesheim-Konzerns und in Wolfen und Greppin diesen Sturm zur Herstellung der roten Einheitsfront unter Führung der RGO gegen Lohnraub und Faschismus mit allen Kräften zu steigern.

Die Unternehmerlakaien vom Schlage eines Sittner und Konsorten versuchen, im Griesheim-Werk mit Lügen und Verleumdungen gegen die RGO zu kämpfen. So verbreiten sie die Fälschmeldung, die roten Betriebsräte, im vergangenen Jahr gewählt, hätten die Mehrheit gehabt im Betriebsrat. Sittner will damit verschleiern, daß er Vorsitzender und getreuer Lakai der IG-Könige mit Hilfe der Werksleitung wurde, die seinerzeit eine Anzahl roter Mandate für ungültig erklären ließ. Später aber gezwungen wurde — selbst das Arbeitsgericht mußte das anerkennen —, die Ungültigkeitserklärung aufzuheben.

Griesheim-Proleten, seid auf der Hut — laßt euch nicht betrügen! Für euch gilt nur die rote Einheitsliste, die Liste 4!

Schandschiedsspruch gegen die Reichsbahnarbeiter

TU. Berlin, 19. März.

Amtlich wird mitgeteilt:

Im Lohnstreit der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahner-Gewerkschaften wurde am 19. März ein Schiedsspruch gefällt. Der Schiedsspruch kürzt die Lohnbezüge der Reichsbahnarbeiter um durchschnittlich 6 Prozent. Den Parteien wurde vom Schlichter eine Erklärungsfrist bis Montag, den 23. März, gesetzt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0001

Partei noch Mängel und Schwächen auf. Noch erfolgte die Arbeit zu wenig systematisch. Noch waren unsere Genossen den raffinierten Methoden der Tenhagen, Walter und Konsorten gegenüber politisch häufig zu schwach. Das verpflichtet uns, sofort eine entschiedene Verstärkung unserer Schulungsarbeit durchzuführen. Das verpflichtet uns, die RGO überall organisatorisch auszubauen und eine Kette von roten Vertrauensleuten über das ganze Werk zu schaffen. Die Leuna-Proleten müssen die Kraft, der sie bei der Wahl das Vertrauen schenken, täglich spüren, bei ihren kleinsten Kämpfen. Nur so werden sie das Vertrauen zur RGO, für die Führung in den kommenden großen Kämpfen in steigendem Maße gewinnen. Der Lohnraub zum 1. April ist so gut wie fertig. 9 Pfennig pro Stunde sollen den Betriebsarbeitern abgezogen werden. Die Schmutzzulagen und die Zulagen für Arbeiten gesundheitsschädlicher Art sollen ebenfalls abgebaut werden. Die Verhandlungen zwischen den Reformisten und den IG. Gewaltigen sind bereits im vollen Gange. Deswegen gilt es, die Frage der revolutionären Einheitsfront im Kampf gegen den Faschismus, der alles versuchen wird, im Leuna-Werk noch mehr Einfluß zu gewinnen, den Kampf gegen den Lohnraub unermüdlich und zähe, immer klarer zu stellen und durchzuführen. Die Gewinnung vieler hunderter sozialdemokratischer Arbeiter, die heute schon rebellieren gegen ihre verräterische Führung, gegen die Politik ihrer Gewerkschaftsbonzen, ist eine entscheidende Frage.

Noch schärfer und noch kühner gegen die gelbe und braune Pest im Leuna-Werk! Noch energischer und klarer den Kampf gegen die Reformisten, die Anhänger der Panzerkreuzerbewilliger, der Partei des Polizeisozialismus aufgenommen! So werden wir im Leuna-Werk einen der entscheidendsten Punkte des Trustkapitals, die Mehrheit der Belegschaft für uns erobern und unseren diesjährigen Sieg ausbauen und verstärken!

Unter sozialdemokratischem Polizeiterror

Gedenkfeier für den Genossen Henning aufgelöst

(Eig. Bericht.) Hamburg, 19. März.

Der Arbeiter-Bildungs-Verein von Bergedorf-Sande und der Arbeiter-Sportverein Achilles, Bergedorf, beides Vereine, in denen der ermordete Genosse Henning Mitglied war, hatten zum Mittwoch abend in das Lokal von Eckermann, Sande, eine Mitgliederversammlung einberufen, um eine kurze Gedenkkundgebung für den Genossen Henning zu veranstalten. Die Mitgliedschaft beider Vereine war vollzählig erschienen. Ueber 200 aufs ungeheuerste empörte Arbeiter hatten sich zusammengefunden.

Bereits vor Beginn der Versammlung trieben sich die Landjäger des sozialdemokratischen Gemeindevorstehers und ehemaligen Steinarbeiters Kräh vor dem Versammlungslokal herum und bespitzelten die Versammlung. Sie wagten jedoch nicht einzugreifen. Erst als die Polizei des streikberüchtigten Polizeileutnants Hasse mit hinzukam, stürzten sich Landjäger und Bergedorfer Schupo in den Saal und erklärten die Versammlung für aufgelöst. Der Versammlungsteilnehmer bemächtigte sich eine ungeheure Empörung. Nur durch die Disziplin aller Teilnehmer war es möglich, daß Zusammenstöße mit der Polizei vermieden wurden. Ein dreifaches brausendes „Rot Front!" und das Gelöbnis alles zu tun, um das Werk des ermordeten Genossen Henning fortzusetzen und zu vollenden, schallte durch den Saal, bevor die Arbeiter das Lokal räumten.

Hamburger Zimmerer protestieren

gegen Unterdrückung der kommunistischen Presse

(Eig. Bericht.) Hamburg, 19. März.

Die Bezirksversammlung des Zimmererverbandes (Bezirk 3, St. Pauli) nahm eine Resolution an, in der es heißt:

„Die Bezirksversammlung der Zimmerer erhebt scharfen Protest gegen das Verbot unseres Kampforgans der „Hamburger Volkszeitung" und „Norddeutschen Zeitung". Dieses Verbot muß für das gesamte Proletariat ein Ansporn sein, den Kampf gegen Brüning-Regierung, Sozialfaschismus und Faschismus zu verdoppeln, zu verzehnfachen, um ein viertes Verbot zu verhindern. Darum heran an die Organisierung und Mobilisierung der roten Einheitsfront."

SPD-Arbeiter töten in Notwehr einen SA-Angreifer

Am 15. März überfiel eine Bande bewaffneter SA-Leute eine sozialdemokratische Versammlung in Karlsmarkt (Schlesien). Zahlreiche SPD-Arbeiter wehrten sich auch und dabei erhielt der SA-Mann Gerstenberg eine Kopfverletzung, an deren Folgen er jetzt im Krankenhaus Brieg gestorben ist.

Es liegt Notwehr der überfallenen SPD-Arbeiter vor. Hätten sich aber Kommunisten gegen angreifende SA-Banditen zur Wehr gesetzt, und wäre dabei ein SA-Mann getötet worden, so hätte die SPD-Presse ihre Kommunistenhetze gesteigert und über „kommunistische Mörder" geschrien. Nach dem nationalsozialistischen Mord an dem kommunistischen Bürgerschaftsmitglied Henning haben die sozialdemokratischen Polizeipräsidenten gegen die kommunistische Bewegung Verbot über Verbot ausgesprochen. Werden die SPD-Arbeiter endlich die infame Politik der SPD-Führerschaft und der SPD-Presse erkennen? Der SPD-Führerschaft ist jedes Mittel recht, um gegen die kommunistische Bewegung zu hetzen, sie zu unterdrücken und dabei begünstigen sie den Mordfaschismus. Aber jeder ehrlich denkende SPD-Arbeiter muß sich doch fragen, ob er auch ein Opfer des von der SPD-Presse begünstigten Mordfaschismus werden will? Wenn nicht, so muß er der infamen Kommunistenhetze der SPD-Presse entgegentreten, mit den Wels und Schönfelder brechen und sich in die rote Einheitsfront einreihen!

Polizeiliche Unterdrückung proletarischer Kultur-Veranstaltungen!

(Eig. Bericht.) Dresden, 19. März.

Heute früh wurde von der Agitprop-Truppe „Links-Kurve", Dresden, eine Veranstaltung durchgeführt, an der sich etwa 800 Personen beteiligten. Die Dresdner Polizei war mit einem starken Ueberfallkommando unter der Führung des berüchtigten Kriminalbeamten Heinerts vertreten. Die Aufführung, die sich gegen die Hetzereien der Kirche richtete, wurde verboten. Bei dem zweiten Versuch der „Links-Kurve", ein anderes Thema vorzutragen, wurde die Versammlung aufgelöst. Die Arbeiter wurden mit Gewalt aus dem Saale getrieben. Die beabsichtigten Provokation, der Polizei mißlang vollständig. Nach der Veranstaltung organisierten die Arbeiter eine Demonstration, die von der Polizei auseinandergeknüppelt wurde. Danach zogen sie in losen Gruppen am Arbeitsnachweis vorbei, zum Sternplatz, wo eine Ansprache gehalten wurde, in der der Polizeiterror gegen die Massenaufklärung gegeißelt und das Gelöbnis abgegeben wurde, nun erst recht den schärfsten Kampf gegen die Kultur-Reaktion zu erklären. 20 Arbeiter erklärten, sofort ihren Austritt aus der Kirche zu vollziehen.

„Die Freiheit steht allein bei den revolutionären Arbeitern!"

Leutnant Scheringer bekennt sich zum revolutionären Klassenkampf — Der zu Festung verurteilte Ulmer Reichswehroffizier rechnet ab mit Hitlers Volksverrat und Arbeitermord — Alle ehrlichen Kämpfer gegen Kapitalismus und Young-Sklaverei an die Seite der revolutionären Arbeiter und Bauern

(Eig. Bericht.) Berlin, 19. März.

Der erste Tag der Reichswehrdebatte im Reichstag stand vollkommen unter dem Eindruck der Erklärung des Reichswehrleutnant a. D. Scheringer, die durch den Genossen Kippenberger von der Tribüne des Reichstags verlesen wurde. In dieser Erklärung rückt Scheringer von Hitler ab und kennzeichnet in glänzender Weise die Rolle der Nationalsozialisten als Volksfeinde und Stützen des internationalen Finanzkapitals. Leutnant Scheringers Bekenntnis zur Verteidigung der Sowjetunion, sein Appell an die revolutionäre Jugend, den Kampf um die Freiheit an der Seite der revolutionären Arbeiter und Bauern und Soldaten zu führen, wurde von der Kommunistischen Fraktion mit stürmischem anhaltendem Beifall aufgenommen. Die bürgerlichen Abgeordneten strömten in den Sitzungssaal, um die Erklärung zu hören. Schnell hatte sich das Ereignis auf der Pressetribüne umgesprochen. Reichswehrminister Groener wurde ins Plenum zurückgerufen und verhandelte sofort mit General Schleicher. Das mutige Bekenntnis des Leutnants Scheringer, der gegenwärtig hinter den Gollnower Festungsmauern sitzt, hat folgenden Wortlaut:

Erklärung:

Das Kampfziel der revolutionären deutschen Jugend ist die Befreiung des deutschen Volkes. Befreiung heißt Beseitigung des kapitalistischen Systems! Zerreißung der Friedensdiktate von Versailles bis Young!

In der Erkenntnis, daß dieses Ziel nur auf gewaltsamem Wege erreicht werden kann, wurde ich Soldat. Ebenso wie meine Kameraden, vertrat ich als Frontoffizier die Auffassung, daß das Hunderttausend-Mann-Heer Kerntruppe einer zukünftigen Volks- und Freiheitsarmee werden müsse. Dieser Gedanke stand im schroffen Gegensatz zum Standpunkt der Heeresleitung, da ja die Bürogenerale als Werkzeuge der derzeitigen Machthaber in der Reichswehr lediglich ein Instrument der Young-Politik, eine Schutztruppe des Kapitalismus sehen. Als wir Ulmer Offiziere daher die Idee der nationalen und sozialen Befreiung mit allen Mitteln im Heere förderten, erließ man auf Denunziation hin Haftbefehl. Nach siebenmonatiger Untersuchungshaft wurden wir in Leipzig vom Reichsgericht zu 1½ Jahren Festungshaft verurteilt.

Da sowohl die Offizierzeugen, wie auch wir Angeklagten uns für die Idee der nationalen und sozialen Befreiung erklärten, war der Prozeß eine glänzende Propaganda für die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei. Wir, und mit uns breite Massen des Volkes, glaubten unsere Idee in der NSDAP verkörpert. Wer heute die praktische Politik der nationalsozialistischen Führer mit ihren radikalen Phrasen vergleicht, erkennt, daß ihre Handlungen im schärfsten Gegensatz zu dem stehen, was sie reden und schreiben und was wir von ihnen erwarten.

Die praktische Politik dieser Führer wird durch folgende Tatsachen gekennzeichnet:

1. Sie haben sich im Laufe der letzten Monate eindeutig vom Sozialismus losgesagt.
2. Sie haben das Privateigentum heilig gesprochen.
3. Sie haben bei imperialistischen und wirtschaftlichen Auseinandersetzungen die Interessen der Kapitalisten gegen die Interessen des Proletariats vertreten.
4. Sie haben keinem Kapitalisten ein Haar gekrümmt, aber den Terror gegen das Proletariat organisiert.
5. Sie haben gegen die Zerreißung des Youngplanes gestimmt.
6. Sie haben die Verschuldung Deutschlands an das internationale Kapital anerkannt.
7. Sie haben den Austritt Deutschlands aus dem Völkerbund verhindert.
8. Sie haben sich mit den Bürogeneralen ins Einvernehmen gesetzt.
9. Sie haben innerhalb der eigenen Reihen einen Byzantinismus hochgezüchtet, der zum Himmel stinkt.

Die Parteiführung hat dadurch ihren reaktionären Charakter eindeutig erwiesen. Der Verrat ist offenbar.

Die kapitalistischen Westmächte schließen sich zur weiteren Niederhaltung und Ausbeutung des schaffenden Deutschlands und zur Aktion gegen die russische Räterepublik erneut zusammen. Die Hitler und Rosenberg aber, die angeblich das Reich befreien wollen, kriechen im Verein mit der deutschen Bourgeoisie, mit Brüning und Groener, den kapitalistischen Raubentgegen.

Dieser Weg der Stresemann und Breitscheid ist unmöglich für alle, die es mit der Befreiung ehrlich meinen. Nur im Bunde mit der Sowjetunion, nach Zerschlagung des kapitalistischen Systems in Deutschland, können wir frei werden.

Es gilt, die Konsequenzen zu ziehen. Den Weg hat Lenin gezeigt, als er kurz vor der bolschewistischen Oktoberrevolution die Aufgabe des revolutionären Krieges zur Verbeitigung des proletarischen Vaterlandes gegen die imperialistischen Raubstaaten und Interventionstruppen proklamierte.

„Wir werden zu „Vaterlandsverteidigern" werden, wir werden uns an die Spitze der Kriegsparteien stellen. Wir werden zu der „kriegerischsten" Partei werden, wir werden den Krieg wahrhaft revolutionär führen. Wir werden den Kapitalisten das ganze Brot und alle Stiefel wegnehmen. Wir werden ihnen Brotkrumen zurücklassen. Wir werden sie in Bastschuhe kleiden. Wir werden das ganze Brot und das ganze Schuhzeug an die Front schicken." (Brief an das Zentralkomitee der Bolschewiki, September 1917.)

Zu diesen Worten ihres großen Führers steht die Kommunistische Partei Deutschlands. Die kommunistische Reichstagsfraktion gab bei der Beratung des diesjährigen Wehretats die Erklärung ab:

„Gegenüber dem heuchlerischen und kleinbürgerlichen Pazifismus erklärt die kommunistische Reichstagsfraktion: Die Kommunisten sind für die Wehrhaftmachung des gesamten werktätigen Volkes, für eine schlagfertige und kampfbereite deutsche Rote Armee!"

Es gibt keinen Zweifel mehr:

Die Freiheit steht allein bei den revolutionären Arbeitern, Bauern und Soldaten.

Hier ist der Platz aller ehrlichen Kämpfer, nicht bei den Garden der Reaktion.

Ich sage mich daher endgültig von Hitler und dem Faschismus los und reihe mich als Soldat ein in die Front des wehrhaften Proletariats.

Für die Revolutionierung und Bewaffnung der breiten Massen!

Für die nationale und soziale Befreiung!

Für Freiheit, Arbeit und Brot!

Gollnow, den 18. März 1931.

gez. Scheringer,
Reichswehrleutnant a. D."

Wie die Presse meldet, soll Scheringer seine Erklärung ebenfalls im Einverständnis mit seinen Mitangeklagten Wendt und Ludin abgegeben haben.

Nazi- und Stahlhelm-Mordbanden dürfen demonstrieren!

Das rote Berlin ruft zur Bildung der antifaschistischen Einheitsfront gegen den Mordfaschismus

(Eig. Meldung.) Berlin, 20. März.

Der sozialdemokratische Polizeipräsident Grzesinski, der in den letzten Tagen die revolutionäre Arbeiterbewegung mit einem Hagel von Verboten überschüttete, hat sich eine neue Ungeheuerlichkeit gegen die antifaschistische Einheitsfront des roten Berlins geleistet.

Am Mittwoch teilte er der Oeffentlichkeit mit, daß fortan alle Demonstrationen und Versammlungen unter freiem Himmel ausnahmslos verboten und die bisher geltende Ausnahme für den Lustgarten, die Treptower Spielwiese, den Humboldshain und die Jungfernheide aufgehoben sei.

Am Donnerstag ließ er bekanntgeben, daß die Lustgarten-Kundgebung des Stahlhelms nicht unter dieses Verbot falle.

Am Sonntag nachmittag 15 Uhr wird also der Stahlhelm nach dem Willen Grzesinskis im Lustgarten aufmarschieren. Mittags wird in allernächster Nähe, im Zirkus Busch, der Knallfrosch-Goebbels einen Appell über seine SA-Banden abhalten und nachmittags werden Stahlhelm und Nazis vereint im Lustgarten zu ihrem Mordappell aufmarschieren.

Die KPD ruft das rote Berlin zum roten Alarm am kommenden Sonntag! Sie ruft die sozialdemokratischen und parteilosen Arbeiter auf, mit uns Kommunisten am kommenden Sonntag die rote antifaschistische Einheitsfront gegen den Mordfaschismus herzustellen!

Hinaus mit den faschistischen Mördern und Streikbrechern aus den Arbeitervierteln des roten Berlins!

Wenn es gegen die Arbeiter geht

(Eig. Drahtm.) Berlin, 20. März.

Gestern abend fuhren drei Ueberfallkommandos vor die alkoholfreien Gaststätten am Mathenickeplatz vor. Mit vorgehaltenen Revolvern und dem Ruf „Hände hoch!" stürmten die Polizisten in die Vereinszimmer. Sämtliche Teilnehmer einer Funktionärsitzung der KPD und einer Sitzung im Nebenzimmer, an der zahlreiche sozialdemokratische Arbeiter teilnahmen, wurden verhaftet und nach dem Polizeirevier Heimstraße abtransportiert.

Belegschaftsprotest gegen faschistischen Mordterror!

(Eig. Bericht.) Hamburg, 19. März.

Eine Branchenversammlung der Eisen- und Metallgießerei des Bergedorfer Eisenwerkes, in dem auch unser Genosse Henning früher gearbeitet hat, nahm gestern nachmittag folgende Resolution an:

„Die Belegschaft des Bergedorfer Eisenwerkes, Abteilung Eisen- und Metallgießerei, erhebt den schärfsten Protest gegen die Bluttaten des Faschismus, welchem der Genosse und Kollege Ernst Henning zum Opfer fiel. Wir geloben, Kampf gegen den Faschismus mit vereinten Kräften weiterzuführen und die Lücke wieder auszufüllen."

In allen Betrieben muß diesem Beispiel sofort gefolgt werden.

SPD-Hochburgen werden gestürmt

Erfolge roter Einheitslisten im graphischen Gewerbe

Die ersten Resultate aus graphischen Betrieben, wo in diesem Jahr zum erstenmal rote Einheitslisten aufgestellt wurden, liegen vor:

Spamer, Leipzig: Rote Einheitsliste 227, SPD-Liste 395.

Brockhaus, Leipzig: Rote Einheitsliste 92, SPD-Liste 298.

Moritz & Barschall, Berlin: Rote Einheitsliste 30, SPD-Liste 48.

Diese Resultate sind eine Ermutigung für alle klassenbewußten graphischen Arbeiter. Auch in den bisherigen SPD-Hochburgen, den graphischen Betrieben, marschiert die rote Einheitsfront.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0002

Von SPD bis Groener – ein einziger Schrei nach Aufrüstung

Groener dankt der Panzerkreuzer-SPD. — „Die Aufrüstung beginnt jetzt erst" — SPD.-Hünlich: „Die Panzerkreuzerserie für uns keine politische Frage" — Groeners Haß gilt allein den Kommunisten

Am Donnerstag begann im Reichstag die Reichswehrdebatte. Als Erster ergriff das Wort der Berichterstatter

Abg. Stücklen (Soz.): Ich weise alle Behauptungen von geheimen deutschen Rüstungen als absolut unbegründet (!) zurück. Größere Abstreichungen am Etat sind aus den verschiedensten Gründen heraus nicht möglich.

Das Wort erhielt dann

Reichswehrminister Groener:

Ich freue mich über die warme zustimmende Weise aller Parteien mit Ausnahme der Kommunisten zur Reichswehr und allen ihren Institutionen. Diese Zustimmung ist das schönste Geschenk für die Reichswehr zu ihrem zehnjährigen Bestehen.

Es ist das Ehrenrecht eines jeden Deutschen, dem Vaterland als Soldat zu dienen, aber wir weisen alle Bewerber zurück, die sich im wehrfeindlichen Sinne betätigt haben. Die Entscheidung, ob eine Partei als staatsfeindlich anzusehen ist, ist nicht meine Sache, sondern steht beim Innenminister. (Hört! Hört! bei den Komm.) Der Begriff „staatsfeindlich" ist durchaus kein feststehender (stürmische Zurufe: „Das ist ein Freibrief für die Nationalsozialisten.) Ich stehe nicht an, zu erklären, daß ich außerordentliche gesetzliche Maßnahmen beantragt habe gegen diejenigen, die über Geheimrüstungen berichten. Geheimrüstungen gibt es nicht. (Heiterkeit bei den Komm.) Auf der kommenden Abrüstungskonferenz werden wir volle Gleichberechtigung fordern.

Abg. Dr. Leber (Soz.): Wie haben alle Achtung und Anerkennung für die Leistungen der Reichswehr. Inwieweit aber man die Rüstungsmöglichkeiten, die uns der Versailler Vertrag gelassen hat, ausnutzt, das wird von allgemeinpolitischen Rücksichten bestimmt. Die Reichswehr wird stark sein, wenn hinter ihr die Arbeitermassen stehen. (Kommunist. Zuruf: Der spricht wie ein Nationalsozialist!) Es geht um . . (hier stottert Leber einige unverständliche Worte, aus den Zentrumsreihen kommt ein Zuruf: „Er ist schon wieder einmal besoffen!"). Es geht um die deutsche Nation.

Dann ergriff das Wort unter allgemeiner Aufmerksamkeit des Hauses und der Tribünen Genosse Kippenberger:

Rede des Genossen Kippenberger

Wir Kommunisten sehen unsere Aufgabe darin, als die einzigen hier im Reichstag den Arbeitermassen ein umfassendes Bild von der deutschen Aufrüstung zu geben Wir stellen daher fest: Es hat schon viele Regierungen gegeben. aber einer ist seit Jahr und Tag geblieben: Herr Groener als Reichswehrminister.

Im Gesamthaushalt dieses Jahres wurden im Durchschnitt Abstriche von 11,6 Prozent gemacht. Der Abstrich beim Sozialetat beträgt sogar die dreifache Höhe, nämlich über 30 Prozent. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Ueberhaupt nicht gekürzt wurde der Reichswehretat.

Der Zuschußbedarf der Reichswehr ist von 10,8 auf 11 Prozent gestiegen. Dieser Zuschußbedarf ist außer beim Wehretat nur noch beim Etat der Pensionen für die ehemaligen Offiziere angewachsen.

Aber während man zum Beispiel für die Pferde 8,6 Millionen ausgibt, hat man die Ausgaben für das Sanitätswesen der Soldaten erheblich gekürzt. 80 Millionen allein werden für Waffen und Munition ausgegeben, so daß im Laufe von 4 Jahren, ohne daß ein Krieg gewesen ist,

für 320 Millionen Waffen und Munition aufgestapelt

wurden. Gestiegen sind die Kosten für den Verwaltungsapparat, die Ausgaben für das Kraftfahrwesen und alle Positionen, die beweisen, daß die Reichswehr eine typische Kaderarmee ist. Im Haushaltsausschuß erklärte Herr Groener, daß die Reichswehr mit Waffen und Munition besser gerüstet sein müsse als 1914. (Hört! Hört! bei den Kommunisten.) Das macht auch verständlich, daß die Sozialdemokraten wieder in die alten Trompeten blasen und sagen: Lieber zehnmal mit diesem Groener als einmal mit den Kommunisten! Darum haben auch die Sozialdemokraten dem Betrag von einer Million Mark zugestimmt, die der Reichswehrminister zur persönlichen Verfügung erhält, über die er hier keine Rechenschaft ablegen braucht. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Der bulgarische König erhält Millionen-Renten

Während man den Kriegsbeschädigten und Kriegsopfern Pfennig um Pfennig abknappst, bekommen die alten Schieber, die Kriegsgewinnler, die alten Generale und alten Könige auch heute noch von dieser Republik ihre fetten Pfründen. Ich will hier ein charakteristisches Beispiel bringen, das ich aus einem Geheimschriftstück des Finanzministeriums erfahren habe. In diesem Schriftstück, das den König von Bulgarien betrifft, heißt es:

„Alle Zusicherungen, die dem König im Jahre 1915 aus Anlaß seines Eintretens in den Krieg gemacht worden sind, sind in vollem Umfang erfüllt worden. Der König hat dann den Betrag von 25 Millionen erhalten." (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Aber damit hatte der bulgarische König noch nicht genug. Er war bes öfteren beim gegenwärtigen Reichspräsidenten. Und was geschah dann? Man erhöhte die jährliche Rente, die der bulgarische König aus den Steuergroschen der deutschen werktätigen Bevölkerung bezieht, auf 12 000 Mark im Jahr und zwar auf lebenslängliche Zeit. Stürmisches Hört! Hört! und Pfuirufe bei den Kommunisten.)

Das interessanteste dabei aber ist, daß kein anderer als der ehemalige Finanzminister Hilferding die Gelder für den blutigen Bulgarenkönig bewilligte. (Andauerndes Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Die Aufrüstung der Reichswehr

Herr Groener sagte einmal, der Wert einer Armee werde bestimmt 1. durch die Intensität der Ausbildung, 2. durch die Anzahl der Reserven, 3. durch den Stand der Waffentechnik. Die Intensität der Ausbildung wollen wir nicht leugnen. Was die zweite Bedingung anbetrifft, so leugnen ja der Reichsminister und die Sozialdemokraten das Vorhandensein irgendwelcher Illegalitäten. Ich habe aber bereits im Ausschuß an umfangreichem Material aufgezeigt, daß solche Illegalitäten sich zu höchster Blüte entwickelt haben. Herr Groener aber auch die Sozialdemokraten schwiegen dazu. Daher hier nur einige Beispiele: Der Beamten- und Angestelltenapparat der Reichswehr ist im letzten Jahre wieder erheblich angestiegen. Heute kommt auf je 18 Soldaten der Reichswehr ein Offizier. Zur Bereitstellung der Reserven ist das merkwürdige Gelichter der sogenannten Zivloffiziere über ganz Deutschland verteilt. (Zurufe der Genossen Jaddasch: Stücklen hat also gelogen.) Jawohl, Herr Stücklen lügt bewußt. (Ordnungsruf des Präsidenten.) Und zum dritten Punkt der Waffentechnik könnte es schon genügen, wenn ich die ungeheure Aufhäufung der Waffen und der Munition in den letzten Jahren benennen würde.

An sieben verschiedenen Stellen existieren schwarze Waffenlager, in denen sich 50 000 Gewehre, 2850 leichte Maschinengewehre, 1640 schwere Maschinengewehre, 3700 Pistolen und 300 Maschinenpistolen befinden.

Diese schwarzen Waffenlager liegen an der Ostgrenze Deutschlands. Ich erinnere auch an das Leipziger Waffenlager, für dessen Ausdeckung die Arbeiter schwere Zuchthausstrafen erhalten haben.

Wir hatten im Ausschuß den Antrag eingebracht, daß die Reichswehr bei Wirtschaftskämpfen nicht eingesetzt werden dürfe. Die Sozialdemokraten haben gegen diesen Antrag gestimmt. (Stürmische Pfuirufe! bei den Kommunisten.)

Bezeichnend ist noch die Tatsache, daß die Einstellung der Arbeiter in Reichswehrarbeitsstellen nicht, wie üblich, durch die Arbeitsämter vorgenommen wird.

Von 15 Arbeitern, die das Artilleriedepot in Cuxhaven benötigte, waren alle beim Stahlhelm oder den Nationalsozialisten organisiert.

Die Nazizellen in der Reichswehr

Man muß heute auch die Dinge sehen, die sich gegenwärtig mit der Reichswehrleitung und den Nationalsozialisten abspielen. Der frühere Referent im Reichswehrministerium, Oberst Hierl, jetzt Führer der Nationalsozialisten, hatte mit dem Beauftragten der Reichswehrleitung, dem Herrn von Hammerstein und dem Osaf-Führer Hauptmann Röhm, des öfteren Besprechungen über die Arbeit der Nationalsozialisten in der Reichswehr. Man hat den Plan aufgestellt, von Zellenbildungen in der Reichswehr abzusehen, um die Faschisierung als Ganzes durchzuführen.

Es wird den Hitler und Konsorten nicht gelingen, auf die Dauer die sozialen Tendenzen abzubiegen und umzubiegen bei jungen, lebendigen Elementen, die frisch und unverbraucht sind

In der gegenwärtigen Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten sitzen allein 25 ehemalige Freikorpsführer, die auf Geheiß der Noske und Scheidemann die revolutionären Proletarier niederschlugen

und damit das System des Versailler Vertrages, das Youngsystem, in den Sattel hoben.

Auch die Soldaten sehen in der Entwicklung der Sowjetunion, in der Verwirklichung des Fünfjahrplanes, in der mächtigen Stärke der Roten Armee eine neue Welt entstehen. (Genosse Kippenberger verliest an dieser Stelle die Erklärung des Reichswehrleutnants a. D. Scheringer.)

Dieser Appell wird bei den Soldaten der Reichswehr nicht ungehört verhallen. Auch die Soldaten werden sich entscheiden müssen, ob für Groener, für Hitler, für Breitscheid oder für ein Sowjetdeutschland, in dem alle internationalen Sklavenpakte des Finanzkapitals nur noch ein Fetzen Papier sein werden. (Lebhafter, anhaltender Beifall und Händeklatschen bei den Kommunisten.)

Abgeordneter Erfing (Ztr.): Die Reichswehr muß ein Mittel sein zum Grenzschutz und zur Sicherung der Ruhe und Ordnung im Innern.

Abgeordneter Hinzmann (DtVp.): Es ist nicht zu verstehen, warum die Sozialdemokraten sich nicht offen (!) zum Bau des Panzerkreuzers B bekennen.

In der dann einsetzenden Debatte zum Marineetat sprach zuerst

Reichswehrminister Groener

Ich kann unmöglich auf meinem Platz bleiben (kommunistischer Zuruf: „Welch ein Malheur!"), wenn die Panzerkreuzerserie nicht gebaut wird. Eine kleine, aber aktionsfähige Flotte ist für unsere Stellung in der Ostsee (!) von ganz entscheidender Bedeutung. (Stürmisches Hört! Hört! bei den Kommunisten.)

Abgeordneter Hünlich (Soz.): Die sozialdemokratische Fraktion hat beschlossen, sich auch im Plenum bei der Abstimmung über den Panzerkreuzer B der Stimme zu enthalten. Es handelt sich ja bei diesem Panzerkreuzer nicht, wie manche es behaupten, um ein Stück von großer militärischer Bedeutung. (Zurufe: „Nein, das ist ein Faltboot!") Was kann man denn schon mit 28-Zentimeter-Geschützen anfangen? (Ironische Zurufe der Kommunisten: „Hungrigen Kindern den Mund stopfen.") Für uns ist die Zustimmung zur Panzerkreuzerfrage keine politische Frage, sondern eine Frage des Tempos. (Stürmisches Hört! Hört bei den Kommunisten.)

Entrüstungssturm über das Attentat in Tokio

Sowjetrussische Arbeiter verlangen energische Taten gegen antibolschewistische Machenschaften

Moskau, 19. März. Das Attentat auf den Handelsvertreter der Sowjetunion in Japan, Genossen Anikijew, ruft beim Proletariat der Sowjetunion größte Entrüstung hervor.

Die Arbeiter der Maschinenbauwerke „Lenin" protestieren energisch gegen die Verschwörung, die auf die Verschärfung der Beziehungen zwischen der Sowjetunion und Japan gerichtet ist. „Die Politik der Sowjetunion bleibt eine Politik des Friedens. Wir wollen die Aufrechterhaltung freundschaftlich-nachbarlicher Beziehungen mit Japan, verlangen jedoch von den japanischen Behörden energische Maßnahmen gegen die verbrecherischen sowjetfeindlichen Taten. Wir verlangen die Einstellung der sowjetfeindlichen Kampagne in Japan und Sicherheit für die Vertreter der Sowjetunion. Wir bringen unseren entschiedenen Protest und unsere tiefste Entrüstung zum Ausdruck und geloben, unsere Wachsamkeit zu steigern."

Die Freunde Satos aus dem Lager der faschistischen gedungenen Mordbuben, an denen das heutige Japan so reich ist, singen das gleiche Lied, lehnen kategorisch den Mord als persönlichen Racheakt ab und behaupten voller Sachkenntnis, daß das Attentat durch die „Entrüstung der Oeffentlichkeit" über die Sowjetunion hervorgerufen worden sei.

Bemerkenswert ist auch die Tatsache, daß das Oberhaus am gleichen Tage, an dem die Schüsse gegen den Genossen Anikijew fielen, eine Resolution gefaßt hat, die von der Regierung den „Schutz der japanischen Fischerei" in den Gewässern der Sowjetunion verlangt.

Nach alledem besteht keine Notwendigkeit, die Ergebnisse der Untersuchung durch die Polizei, die sich beeilte, zu erklären, daß das „Attentat ausschließlich persönlichen Gründen entspringt", erst in Zweifel zu ziehen, denn das Tendenziöse dieser Behauptung ist allzu offenkundig.

Wir sind berechtigt, eine rasche und energische Untersuchung durch kompetente Organe sowie die erforderlichen Maßnahmen gegen die verbrecherische Bande zu erwarten."

Der „Vorwärts" erneut Lügen gestraft!

„Jetzt wird nur der Bolschewismus"

Zur Reise der Kapitalisten in die Sowjetunion

Der sächsische Industrielle und Kommerzienrat Reinecker der an der Reise der deutschen Kapitalisten in die Sowjetunion teilgenommen hat, veröffentlichte im Chemnitzer „Tageblatt" ein Interview, in dem er feststellt, daß „die Ausführung der umfangreichen Bestellungen mehreren hunderttausenden Arbeitslosen auf geraume Zeit wieder Arbeit und Brot gäbe.

Die Sowjetunion sei, wie die Dinge in der deutschen Wirtschaft nun einmal liegen, der Großabnehmer, auf dessen Warenbedarf heute die Lebensmöglichkeit für ganze Zweige der deutschen Wirtschaft beruht.

Die sozialdemokratische Chemnitzer „Volksstimme" beschäftigt sich mit diesen Ausführungen des Scharfmachers Reinekker und kommt zu folgendem Schlußsatz:

So dick der Strom der Aufträge aus Rußland auch fließen mag — eine endgültige Erholung kann auch der deutsche Kapitalismus davon heute nicht erwarten. Jetzt wird am Ende nur der Bolschewismus.

Hier nun also wiederum ein sozialdemokratisches Blatt, das die vom „Vorwärts" anläßlich der Reise der deutschen Kapitalisten in die Sowjetunion entfachte antibolschewistische Hetze Lügen straft und zugibt, daß der Bolschewismus, daß das Land des siegreichen sozialistischen Aufbaus der Ueberlegene ist, der den deutschen Kapitalisten diktiert und nicht umgekehrt.

Unerhoffte Wirkung

Wie Polen Pilsudskis Namenstag „feierte"

Warschau, 19. März. Heute sollte nach dem Willen des Pilsudskiblocks ein großes Volksfest begangen werden: der Namenstag von Josef Pilsudski. Schon seit langem werden die Kinder in den Schulen durch Prügel gezwungen, eine von den fünf Millionen „Glückwunschkarten" an Pilsudski auf Madeira zu kaufen, mit denen die Regierung gute Geschäfte machen wollte.

Heute sollten überall große Feiern unter Teilnahme des Militärs stattfinden. In allen größeren Städten benutzten die Arbeiter diese Gelegenheit zu **Demonstrationen gegen das Pilsudskiregime.** Die Militärmusik ging teilweise im **revolutionären Gesang unter.**

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0003

Rund um den Erdball

Bürgerlicher Journalist berichtet aus Hitlers Mörderzentrale

Gewehrpyramiden im ‚braunen Palast'

Hitlers Waffenmagazin beschützt von den Organen der Republik

Dem bürgerlichen „Dortmunder Generalanzeiger" entnehmen wir den aufsehenerregenden Bericht des bekannten ungarischen Journalisten Gustav Rab, dem es vor einigen Tagen gelang, in die Münchener Mörderzentrale, also in den „braunen Palast" einzudringen. Da seine Entdeckung unsere seit Jahr und Tag leidenschaftlich vorgebrachten Behauptungen erhärtet, daß Hitler mit Duldung der offiziellen Stellen seine Kolonnen zum Arbeitermord planmäßig bewaffnet, geben wir auszugsweise den Bericht des Journalisten wieder.

Die erste Frage des Torbullen

„. . Zunächst also mußte sich der Journalist bei Leutnant Heß, dem Leiter des Privatsekretariats der Parteizentrale, melden. Die erste Frage des Herrn Leutnants lautete: Vielleicht haben Sie irgend eine Legitimation bei sich, aus welcher auch Ihre Religion ersichtlich ist? Wir stehen nämlich auf der Grundlage der Rassenreinheit. Darauf zeigte der Journalist seinen ungarischen Paß, in welchem auch die Religionszuständigkeit verzeichnet ist . .

Hitlers Vertrauensmann — ein Jude

In diesem Augenblick öffnete sich die Tür und gleichsam zur Bekräftigung dieser Hauptthese des Naziprogramms trat Herr Alexander Holländer, Mitarbeiter des „Völkischen Beobachters", ein Vertrauensmann Hitlers, in das Zimmer. Wer nun dieser Alexander Holländer ist, wollen wir auch gleich verraten. Vor dem Kriege lebte in Ungarn ein kleiner jüdischer Journalist namens Alexander Holländer. Dann ließ er sich taufen und zugleich seinen Namen magyarisieren. Von nun an hieß er Alexander Holloši und wurde im Laufe der Jahre zu einem echten und rechten Antisemiten.

Hoffentlich hat Osaf Hitler gute Laune

Der Journalist überreichte also seinen Paß mitsamt einigen Empfehlungsschreiben (gewiß von ungarischen Arbeitermördern. D. Red.) und Herr Leutnant Heß begann von neuem: Ich werde Ihre Bitte um eine Unterredung unserem Chef unterbreiten. Aber machen Sie sich keine großen Hoffnungen. Denn Hitler ist ein prinzipieller Feind der Journalisten und wenn er Ihre Bitte dennoch erfüllen sollte, so muß er sehr, sehr guter Laune sein. (Das hat der Kleine von dem großen Mussolini. D. Red.) Leutnant Heß erhebt sich. Die Unterredung ist beendet. Der Besucher darf gehen. Der Journalist Rab steht auf dem Korridor. Er sieht einige SA.-Leute. Diese beachten ihn jedoch nicht, da er ja aus dem „Heiligtum" kommt und schon im voraus legitimiert ist.

Im Keller der Mörderzentrale

Der Journalist geht die Treppe hinunter und bemerkt, daß mit Ausnahme des zweiten Stockes die Zimmer überall noch leer sind und daß an der Inneneinrichtung fleißig gearbeitet wird. Plötzlich befindet er sich statt im Erdgeschoß in einem schmalen Gang im Keller. Er bleibt für einen Augenblick stehen, späht nach dem Ausgang und bemerkt zu seiner größten Verwunderung einige eiserne Türen. Nun möchte er wissen, was sich hinter diesen Türen verbirgt. Eine Weile ist er unschlüssig Dann siegt die Neugierde und er drückt die Klinke der ersten Türe herunter. Geschlossen. Er versucht sein Glück bei der zweiten Türklinke. Geschlossen. Endlich die dritte . . . Er tritt ein.

Ich befinde mich in einem düsteren Kellerraum. In der Mitte des Zimmers steht ein großer gehobelter Tisch, worauf Gewehre liegen. In der Ecke des Kellers steht eine Pyramide von Gewehren.

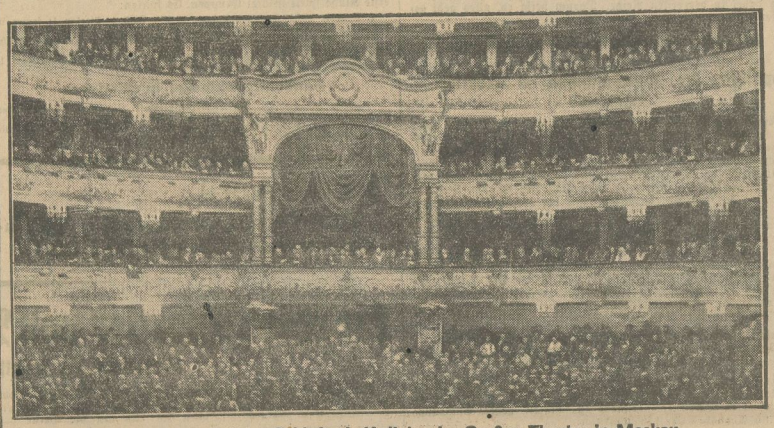
Der Journalist tritt wieder auf den Gang hinaus, schließt hinter sich die Tür und sieht einen „Hitlersoldaten" vor sich.

„Was suchen Sie hier?" wird er angeherrscht. „Den Ausgang", antwortete Rab. Statt zum Ausgang wird er nun in ein Zimmer geführt und das Verhör beginnt. Der Journalist beruft sich auf Leutnant Heß und erst als dieser ihn als vollständig vertrauenswürdig legitimiert (er hatte ja eine Empfehlung von den ungarischen Arbeitermördern. D. Red.), wird er zum Ausgang begleitet.

Gustav Rab beschreibt diese seine Entdeckung in der Budapester Tageszeitung „Pesti Naplo" als etwas ganz selbstverständliches und hält es für ganz natürlich, daß sich in den Kellerräumlichkeiten der braunen Mörderzentrale Waffen, und sogar recht viel Waffen befinden.

Nun, nicht nur dieser ungarische Journalist findet das Waffenmagazin Hitlers als eine ganz selbstverständliche Einrichtung, auch die Organe der Republik, also die Münchener Polizeibehörden, finden die Bewaffnung Hitlers als ganz richtig. Wissen sie doch nur zu gut, daß diese Waffen nur zu dem Zwecke aufgestapelt werden, um beim großen „Köpferollen", also beim organisierten Arbeitermassenmord, blutige Verwendung zu finden. Daß die Rechnung dieses Kapitalsknechtes jedoch ohne die Wehrhaftigkeit der deutschen Arbeiterklasse gemacht ist, können wir den Herrschaften allerdings schon heute verraten. Wir sind nicht in Italien, in Ungarn oder in Finnland, Osaf Hitler!

Der VI. Allrussische Rätekongreß beendet



Die Delegierten bei der Schlußrede Kalinins im Großen Theater in Moskau

Furchtbare Schiffskatastrophe bei Hammerfest

Im Sturm gegen Klippen gerannt

62 Personen in Seenot — 7 Todesopfer

Kopenhagen, 19. März. Aus Hammerfest, bekanntlich die nördlichste Stadt Europas, wird eine furchtbare Schiffskatastrophe gemeldet. Der norwegische Küstendampfer „Hera" aus Bergen ist in der Nacht zum Donnerstag bei Havösund in unmittelbarer Nähe von Hammerfest bei einem orkanartigen Sturm und dichtem Schneetreiben gegen Klippen gerannt und gestrandet. Sieben Personen haben dabei den Tod gefunden.

Einige Stunden nach der Strandung brach der Dampfer in der Mitte durch und versank in den Wellen. Die übrigen an Bord befindlichen 55 Personen konnten nach Havösund gebracht werden. Nach den bisher vorliegenden Meldungen befand sich der Dampfer „Hera" auf der Fahrt von Kirkenes nach Tromsö und rannte in der Nacht zum Donnerstag mit hoher Fahrt gegen die Felsenklippe Havgavlen. Das Vorderschiff blieb vier Stunden lang gegen die Felsenwand geklemmt, während das Achterschiff sofort sank. Mittels eines Rettungskorbes wurden alle an Bord befindlichen Personen von dem Achterschiff auf das Vorderschiff gebracht.

Bei den Rettungsarbeiten hat sich besonders ein Steuermann mit Einsatz seines eigenen Lebens hervorgetan. Ihm gelang es mit einer Leine an Land zu kommen, von wo die an Bord Gebliebenen im Rettungskorb einzeln an Land gezogen wurden. Sechs Personen saßen während des Hinüberziehens an Land aus dem Rettungskorb hinaus in die hochgehende See und ertranken. Da die Stelle, an der die Schiffbrüchigen landeten, über 10 Kilometer von der nächsten menschlichen Siedlung entfernt liegt, mußten die Geretteten, vollkommen durchnäßt und übermüdet, einen stundenlangen Marsch durch das Schneegestöber machen. Unterwegs brach dann noch ein Geretteter vor Erschöpfung zusammen und starb.

Die Dampferkatastrophe im Eismeer

Den geretteten Passagieren droht Hungersnot

Neuyork, 19. März. Die Geretteten des Filmexpeditionsschiffes „Viking" sind nach den neuesten Meldungen jetzt von einer Hungersnot bedroht. Die Eisverhältnisse machen es den Schiffen, die Nahrungsmittel bringen wollten, unmöglich, Horse Island, wo bekanntlich die Geretteten Unterschlupf gefunden haben, zu erreichen.

Zur Zeit werden noch 28 Personen vermißt. Es besteht wenig Hoffnung, sie noch lebend aufzufinden. Man hofft nun, mit Schlitten den geretteten Passagieren Lebensmittel zuführen zu können.

Wieder „Ruhe und Ordnung" im Zuchthaus Joliet

Die Verzweiflungsaktion der Strafgefangenen des amerikanischen Staatszuchthauses Joliet im Staate Illinois, von der wir bereits berichteten, ist nunmehr mit Waffengewalt vollständig niedergeschlagen worden. 800 Strafgefangene wurden mit MG.-Feuer und Tränengasbomben in ihre Zellen zurückgetrieben. Noch in den späten Abendstunden lagerten schwere Rauchwolken über den schwelerden Trümmern der in Brand gesteckten Zuchthauswerkstätten.

Furchtbare Bluttat im Wahnsinn

In Angersdorf bei Halle brachte die 85jährige Ehefrau des Arbeiters Heclau ihrem schlafenden Manne mit einem Beil eine lebensgefährliche Kopfverletzung bei. Nach dieser Tat beging die Frau einen Selbstmordversuch. Sie verletzte sich lebensgefährlich. Nach der polizeilichen Meldung soll die Frau in einem Anfall von Wahnsinn gehandelt haben.

Letzner zum Tode verurteilt

4 Jahre Zuchthaus für seine Ehefrau

Regensburg, 19. März. Das Urteil über den bestialischen Versicherungsmörder Letzner ist gesprochen. Unter atemloser Spannung des dichtgedrängten Zuhörerraumes im Gerichtssaal verkündete der Vorsitzende folgendes Urteil:

„Der Angeklagte Kurt Erich Letzner ist schuldig eines versuchten Mordes, eines Mordes und eines versuchten Betruges und wird verurteilt zu 12 Jahren Zuchthaus und zum Tode. Seine Ehefrau Lina Letzner ist der Beihilfe zu diesem Verbrechen schuldig und wird zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt.

Die beiden Angeklagten nahmen das Urteil stehend und vollkommen ruhig an. Der Verteidiger Letzners teilte gleich nach der Urteilsverkündung der Presse mit, daß er im Auftrag seines Mandanten Revision beantragen würde. Den Grund erblickte die Verteidigung darin, daß in der Hauptverhandlung ein Regensburger Polizeibeamter als Zeuge und Sachverständiger vernommen wurde, obgleich er während der Voruntersuchung als Hilfsbeamter der Staatsanwaltschaft an der Untersuchung beteiligt war.

Sturmflut bei Boston

Unser Bild zeigt die Zerstörungen an der Ostküste der Vereinigten Staaten, wo kürzlich die dort den Strand begleitenden Holzhäuser durch Wind und Wellen zu Kleinholz geschlagen wurden.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0004

20. März 1921 — 20. März 1931

Vor 10 Jahren hielt Hörsings Polizei Einzug im Mansfelder Lande um bald darauf ein riesiges Massakar unter den Mansfelder Arbeitern und den übrigen mitteldeutschen Arbeitern anzurichten.

Seit dieser Zeit hat das Proletariat gar manche Lehre für den alltäglichen Klassenkampf ziehen können. Auch heute, am kalendermäßigen Jahrestag des Beginns der Märzkämpfe in Mitteldeutschland, kommt es darauf an, daß wir diesen Abschnitt der Geschichte des proletarischen Klassenkampfes als einen Scheinwerfer für den eigenen gegenwärtigen Kampf betrachten. Tun wir das, dann erhellt sich blitzartig die entscheidendste Tatsache, daß

ohne revolutionäre geschulte Massenpartei kein Sieg der proletarischen Revolution

möglich ist. Die damals junge Vereinigte Kommunistische Partei war weder gestählt noch geschult genug, um auf die Hörsing-Provokationen in der richtigen Weise zu antworten.

Zwar streiften die Arbeiter und sie griffen spontan zu den Waffen. Sie waren in den ersten Kämpfen auch durchaus im Vorteil, aber es fehlte die einheitliche Leitung, es fehlte die klare Zielstellung, es fehlte die Heranziehung der gesamten werktätigen Bevölkerung zur Unterstützung. Es fehlte im Ganzen an Vorbereitung, Plan und Führung.

Wohl kam es zu gewaltigen Protesten und „Sympathiebewegungen" im ganzen Reich. Die Zeit (Ostern) war jedoch zur Entfaltung äußerst ungünstig. Der Kampf mußte nach 14 Tagen abgebrochen werden. Die Truppen Hörsings hausten mit unmenschlicher Grausamkeit und wurden dafür von Hörsing belohnt. Ueber 3500 Arbeiter wurden durch die Ausnahmegerichte Eberts zu schweren Kerkerstrafen verurteilt.

Trotz der Fehler war

die Märzaktion eine heroische Tat,

ein Ruhmesblatt in der Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung. Die Märzaktion wies das deutsche Proletariat auf den Weg der Pariser Kommune und auf den Weg der russischen Revolution.

Der mitteldeutsche Aufstand ist aber das anschaulichste Beispiel dafür, daß die Massen ohne klare Führung dem besser organisierten Gegner gegenüber die Uebermacht an Zahl nicht ins Feld zu führen vermögen.

Heute ist vollständig klar — die Kommunistische Partei ist die Führerin der Werktätigen in allen Kämpfen. Im Kampf gegen Nazis und gegen die Sozialfaschisten haben wir das erst wieder gesehen.

Wir zeigen die nächsten Schritte, die zu gehen sind, wir weisen den weiteren Weg, der sich daraus ergibt. Je klarer, offener, kühner wir das tun, um so eher begreifen die Massen, umso eher werden sie mit uns gehen, werden sie mit uns Hand anlegen. Ohne die Massen keine siegreiche Revolution — ohne führende Partei kein Sieg der Massen.

Darum heißt es jetzt im Sturmmonat März, alles für das Parteiaufgebot zu tun und alle Ausgebeuteten der roten Klassenfront, der Kommunistischen Partei zuzuführen.

Mordversuch in Obereichstedt

Am 18. März 1931, gegen 21 Uhr, wurde die 26jährige Landwirtstochter Erna Rost aus Obereichstedt am Dorfausgang daselbst mit einer schweren Schußverletzung im Kopf besinnungslos aufgefunden und sofort nach einem Krankenhaus nach Halle überführt. Es liegt Mordversuch vor.

Die sofort nach dem Täter eingeleiteten Ermittelungen durch die zuständige Landjägerei und der herbeigerufenen Mordkommission aus Halle ergaben, daß der 36jährige Landwirt Max Wege aus Obereichstedt als Täter in Frage kommt. Wege war zunächst flüchtig. Nach einer inzwischen eingegangenen Nachricht hat Wege sich in selbstmörderischer Absicht einen Schuß in den Kopf beigebracht und hat im Krankenhaus in Nebra Aufnahme gefunden.

Auch der Provinz-Etat ein Hungeretat

Im Provinziallandtag begannen die Etatberatungen. Zuvor wurden die Wahlen zum Provinzialausschuß vorgenommen. Vorsitzender wurde mit Unterstützung des Zentrums und der Wirtschaftsparteiler die Sozialfaschist Weber, für den bezeichnenderweise auch der Renegat Hirsemann-Ammendorf stimmte. Die Kommunisten benutzten die dann folgende Etatberatung zu einer geharnischten Abrechnung mit dem bankrotten Kapitalismus und seinen Schildhaltern.

Wir kommen morgen ausführlicher auf diese Etatberatung im Provinziallandtag zurück.

Frauen in Not!

Unser neuer Roman von Karl Credé: „Frauen in Not" ist eher ein großes blutiges Drama als ein Roman, ein Drama der deutschen Frauen, und das Drama der Frau in der kapitalistischen Gesellschaft.

Die Sklaverei der Frau kommt am brutalsten zum Ausdruck darin, daß sie über ihren Körper nicht frei verfügen kann. Diese Brutalität der kapitalistischen Gesellschaft kostet Hunderttausende von Frauenleben und bringt Krankheit, Unglück, Ruin und Elend in die Reihen der proletarischen Familien.

Die Verhaftung des Dichter-Arztes, des kommunistischen Dr. Friedrich Wolf, und der Riesenskandal in Stuttgart haben das Volk in Deutschland in Bewegung gesetzt. Diese Volksbewegung wollen wir vorwärtstreiben, indem wir das Werk Credés in unserem Romanteil veröffentlichen.

Das Werk, das wir veröffentlichen, ist nicht ein zusammenhängender Roman, sondern nebeneinandergereihte Frauentragödien, die mit dem Paragraph 218 zusammenhängen.

21 Frauenschicksale, von einem 10jährigen Mädchen bis zu einer älteren Proletarierin, von der Kleinbürgerin bis zur Studentin, leuchten in dieses Grauen hinein, und die toten Hände dieser unglücklichen Wesen mahnen uns, weiterzukämpfen.

Die Geschichten, ausgeschnitten aus dem Leben der unteren Klassen, zeigen mit einer künstlerischen Einfachheit und ergreifend die tiefe Tragödie der proletarischen Frauen und Kinder. Die große Erfahrung von Credé leuchtet auch in die Qual des Mittelstandes hinein.

Eine deutsche Aerztekammer erstattete 1929 einen Bericht, in dem grausige Fälle erwähnt werden, z. B.: Ein 32jähriges Mädchen, schwer schwachsinnig, als Kind Lupus, 1922 wegen Syphilis im das zwei Jahre lebte, ohne sprechen zu lernen. Jetzt wieder schwanger. Eingriff abgelehnt.

Schwachsinniges Mädchen, geistig auf der Stufe eines neunjährigen Kindes, 22 Jahre alt, Zwergin, hochgradige Beckenenge. Entbindung ohne Kaiserschnitt ausgeschlossen. Eingriff abgelehnt.

15jähriges Mädchen wird von seinem 13jährigen Bruder geschwängert. Eingriff abgelehnt.

Bis ins Unendliche könnte man die grauenhaften Fälle dieses Wahnsinns aufzählen.

Mord, Selbstmord, Krankheit, Unglück, Massenelend, Ruin der Kinder, zerrüttete Familien fordert dieses Gesetz des Kapitalismus und der Kirche.

Mögen unsere Veröffentlichungen dazu beitragen, daß der Kampf gegen den Paragraph 218 noch schärfer wie bisher, bis zum Siege geführt wird!

Genossen, „Klassenkampf"-Leser, sorgt für eine weite Verbreitung unseres Romans, werbt neue Abonnenten!

März-Aufgebot für Partei und Presse

Am 21. und 22. März Großkampftag

Von der Bezirksleitung ist der Monat März zum Sturmmonat erklärt worden. Organisierung von Streiks, Organisierung des Landarbeiterstreiks, rote Betriebsräte, rote Gutsräte überall! Das sind die wichtigsten Aufgaben.

Aber ebenso wichtig ist die organisatorische Stärkung der revolutionären Front!

Neue Massen von Arbeitern hinein in die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition!

Neue Massen von Arbeitern hinein in die übrigen auf dem Boden des proletarischen Klassenkampfes stehenden Massenorganisationen!

Neue Massen vor allen Dingen aber hinein in die Kommunistische Partei! Neue Massen von Jungarbeitern hinein in den Kommunistischen Jugendverband!

Bei der Märzdemonstration in Halle wurde an den Gräbern der Gefallenen bekanntgegeben, daß an Stelle von Kränzen diesmal neue Soldaten für den proletarischen Klassenkampf an diesem Tag geworben worden sind.

121 erwachsene Arbeiter, Männer und Frauen für die KPD, 63 Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen für den KJVD waren das Ergebnis.

Ebenso haben auch die Genossen im Oberröblinger Gebiet zu Ehren der Märzgefallenen neue Kämpfer der roten Klassenfront zugeführt!

Jetzt heißt es weiter vorstoßen.

Am Sonnabend und am Sonntag sind Großkampftage

Da heißt es hinein in die Wohnungen der Proleten. Da muß diskutiert werden mit den Betriebsarbeitern, an die im Betrieb aus irgendwelchen Gründen nicht herangekommen werden kann.

Da müssen sie von der Notwendigkeit der Organisierung der Revolution überzeugt, da müssen sie zu dem Eintritt in die Kommunistische Partei gewonnen werden!

Arbeiter und Arbeiterinnen! Jungarbeiter und Jungarbeiterinnen! In Massen hinein in die Kommunistische Partei! Gegenüber der Verbotshetze der Sozialfaschisten, gegenüber der Arbeitermorde der Hitler-Banden heißt es:

Die Partei des Proletariats, die KPD, die eisenharte und gewaltigstarke Führerin der antifaschistischen Front, die Führerin des proletarischen Befreiungskampfes, muß neue tausende Mitglieder bekommen!

Frauen in Not

Berichtet von Carl Credé

Copyright Albert Schulz Verlag, Berlin.

HANNCHEN LEHMANN

„Sie spielt ja noch mit Puppen und glaubt noch an den Klapperstorch"

Dr. Magnus Hirschfeld berichtete vor ein paar Jahren über einen besonders krassen Fall, an dem man so recht klar erkennen kann, wie unsinnig der § 218 wirkt, wenn er verbietet, bei Kindern, die schwanger geworden sind, die Schwangerschaft zu unterbrechen. Es erhielt da eines Tages die Witwe Lehmann die Aufforderung, den Rektor der Schule, in die ihr zehnjähriges Mädchen ging, aufzusuchen. So etwas ist nie angenehm, trotzdem ging die Mutter ruhig hin, denn Hannchen war ein so braves, liebes Kind, daß die Mutter sich gar nicht denken konnte, sie hätte was ausgefressen. Hannchen war dürftig entwickelt, wie viele Arbeiterkinder. Sie spielte noch mit Puppen und war ein völliges Kind.

Sie war aufgewachsen, recht und schlecht, wie solche Proletarierkinder eben groß werden, bei denen die Mutter nicht viel Zeit hat, sich um die Erziehung zu kümmern. Es ist ja selbstverständlich, daß die Arbeiterfrauen bei uns arbeiten müssen. Dazu kommt dann noch, daß die Führung des Haushalts viel Zeit erfordert.

So war der Mutter eins völlig entgangen, nämlich, daß Hannchen schwanger war. Wenn ich nicht diesem Kapitel vorausgeschickt hätte, daß ein so bekannter Forscher wie Professor Magnus Hirschfeld über diesen traurigen Fall berichtete und noch dazu in der Oeffentlichkeit, so würde sicher der eine oder andere geneigt sein, mir einfach nicht zu glauben und zu sagen: „So etwas gibt es doch nicht! Es mag wohl bei Indern vorkommen, daß Kinder in diesem Alter heiraten, aber das bedeutet dann doch nur eine Formalität, und es ist ja auch bekannt, daß diese südlichen Völker sich rascher entwickeln und viel früher reif werden als die nordischen."

Nun, es ist jedenfalls an der Tatsache nicht zu zweifeln, daß das kleine Hannchen, eine zehnjährige Berlinerin, schwanger war. Beim Turnunterricht war es dem Lehrer aufgefallen. Das Kind war plötzlich ohne sonstige sichtbare Ursache in Ohnmacht gefallen. Der Rektor, ein sehr humaner, verständiger Mann, hatte den Schularzt bei der Untersuchung zugezogen. Die beiden Herren redeten nun zuerst freundlich mit der Mutter. Sie pauken nicht etwa auf die Frau los. Sie wußten, daß gerade sie schon genug Kummer getragen hatte. Hannchen stammte aus erster Ehe. Der zweite Mann war ein Säufer gewesen, und man mußte es noch als ein Glück betrachten, daß er kurz zuvor gestorben war.

Er war der Verbrecher gewesen, der Hannchen, dieses vollkommen unwissende Kind, mißbraucht und geschwängert hatte. Hannchen war ganz unwissend, sie spielte ja noch mit Puppen, sie glaubte noch daran, daß der Klapperstorch die Kinder brächte.

Der Unhold hatte sie erst mit Drohungen gefügig gemacht und ihr dann als Belohnung eine Tafel Schokolade geschenkt. Das war ein sonst unerreichbarer Luxus für Hannchen, sie hatte noch nie Schokolade bekommen.

Die Mutter wollte den Herren zuerst nicht glauben: das kann ja nicht sein, Hannchen ist ja noch ein Kind, das mit Puppen spielt und fest an den Klapperstorch glaubt. Und die sollte — — Aber das ist ja ganz ausgeschlossen, Herr Rektor!

Als man dann Mutter und Tochter — Hannchen war aus dem Klassenunterricht geholt worden — einander gegenüberstellte, drohte die Szene sehr dramatisch zu werden. Schon als Hannchen gebracht wurde, wollte sich die Mutter auf das Kind stürzen und handgreiflich werden. Hannchen sah aber ganz verdutzt drein. Sie hatte von nichts eine Ahnung. Sie war ja noch ein völliges Kind. Sie war daher auch ganz verständnislos, als die Mutter ihr die bittersten Vorwürfe machte. Der erstarben deshalb bald die Worte auf den Lippen, denn sie erkannte schnell: dies Kind ist tatsächlich noch ganz unschuldig. Es weiß von nichts. Man kann ihm keine Vorwürfe machen. Es war eben ein Opfer der Verhältnisse geworden, die die Arbeiterkinder unbeschützt lassen, weil die Mutter eben keine Zeit für sie hat, da sie ja ums tägliche Brot arbeiten muß.

Ich glaube, sogar den eingefleischtesten Verfechtern der Lehre von der Berechtigung des § 218 hätte hier doch ein Grauen gepackt. Ein Grauen davor, daß man nun gezwungen war, dieses zehnjährige, dürftige Geschöpf Mutter werden zu lassen; denn ein Eingriff war gesetzlich verboten.

Ein kleines, zartes Kind, das noch gewohnt war, mit Puppen zu spielen, das noch ganz unwissend war, mußte austragen! Es ist wirklich eine Tatsache und keine Mär aus dem Mittelalter, daß unser Staat Leute ins Zuchthaus oder Gefängnis schicken würde, die in solchen Fällen operativ eingreifen und helfen würden. Es vergeht daher kein Jahr, in dem nicht in jeder größeren Entbindungsanstalt ein bis zwei solcher Kinder entbunden würden. Zehnjährige sind freilich sehr selten darunter, aber Zwölf- und Dreizehnjährige öfter. Das mag noch erträglich erscheinen, wenn es sich um solche strammen, frühreifen jungen weiblichen Kinder handelt, die mit 13 Jahren oft schon wie 16 aussehen. Hannchen war dies aber bestimmt nicht, sondern ein wirkliches Kind, eine kleine, welke Großstadtpflanze.

Die Aerzte in den Gebäranstalten haben da oft eine schwierige Aufgabe zu lösen. Das weibliche Becken ist zwar um so elastischer, je jünger die Frau ist. Die Verbindungen zwischen den einzelnen Beckenknochen verknöchern erst später. Es ist daher eine Tatsache: je jünger die Mutter ist, desto leichter die Geburt. Das konnte aber bei Hannchen nichts helfen! Die Differenz war zu groß! Denn die Frucht war von einem ausgewachsenen älteren Mann gezeugt und dementsprechend groß, und Hannchen war zehn Jahre alt.

Trotzdem scheint bei Hannchen die Geburt ohne künstliche Hilfe gegangen zu sein. Oft kommt es aber vor, daß solche Kinder operativ entbunden werden müssen mit der Zange, sogar mit Kaiserschnitt. Sie müssen also die Todesgefahr der Operation noch mit in Kauf nehmen, weil es das Gesetz so will. Ist das nicht schrecklich!?

Wir regen uns künstlich auf, wenn wir im Panoptikum, in der Folterkammer oder in Nürnberg uns jene furchtbaren Martterwerkzeuge des finstersten Mittelalters ansehen. Nun, zur Erregung haben wir keinen Grund. Ein Volk, dessen Strafgesetze so veraltet sind, daß sie auch heute noch, im „Zeitalter des Kindes", es dulden, ja erzwingen, daß zehn-, zwölf- und dreizehnjährige Kinder Mütter werden, manchmal sogar unter Lebensgefahr, das soll sich bloß nicht über das rohe Mittelalter ereifern. Im Gegenteil, damals war man noch unaufgeklärt und unwissend, heute dagegen bildet man sich auf die Humanität, auf die Aufgeklärtheit allerhand ein. Darum sollten wir uns doppelt schämen!

Nun, Hannchen bekam ihr Kind. Das Puppenspielen war dann freilich zu Ende, und die Geburt war sicher schmerzhaft und bedeutete ein ungeheures dramatisches Erleben für die Kleine. Aber das eigentliche Martyrium begann erst nach der Entbindung. (Fortsetzung folgt.)

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0005

AUS DEM BEZIRK

Freitag, den 20. März 1931.

Antwort an die Genossenschaftszerstörer!

Trotz der ungeheuren wirtschaftlichen Notlage, in der sich der größte Teil der Arbeiterklasse befindet, können immer mehr Beispiele nachgewiesen werden, aus denen hervorgeht, daß die klassenbewußten Arbeiter zu jedem Opfer bereit sind, um die revolutionäre Genossenschaftsbewegung zu stärken und festigen. Wie hier schon mitgeteilt, hat die Arbeiterschaft in Schraplau über 180 Mark für den Kampffonds der Revolutionären Genossenschaftsopposition in kurzer Zeit gesammelt. Aus Oberröblingen wurde jetzt für den gleichen Zweck der Betrag von 50 Mark übersandt, wobei ausdrücklich bemerkt wurde, daß es sich um eine Akontosammlung handelt und daß diese Sammlung fortgesetzt wird.

Parteilose Arbeiter und Arbeiterfrauen haben sich in großer Zahl daran beteiligt, um auf diese Weise den Kampf gegen die verbrecherischen Maßnahmen der Genossenschaftsbürokratie noch stärker führen zu können als bisher. Das ist die beste Antwort an jene Gesellschaft, die auch heute noch mit allen Mitteln versucht, das Zustandekommen eines Vergleichs für den ADB zu verhindern, mit dem Konkurs die schwerste Schädigung aller Mitglieder und Sparer dieser Massenorganisation herbeizuführen.

Ueber den Eingang der 50 Mark für den Kampffonds der revolutionären Genossenschaftsopposition wird hiermit öffentlich quittiert.

Mansfeld-Sangerhausen

Pfaffen verhetzen Schulkinder zu verhetzen

(Jung-Spartakus-Korrespondenz)

Holleben. Der Pastor Linnert aus Holleben möchte hinter der Bolschewistenhetze des Papstes nicht zurückstehen. Bei den erwachsenen Arbeitern hat er wohl kein Glück. Deshalb versucht er uns Kinder gegen die Bolschewiki aufzuhetzen. In der Konfirmandenstunde erzählte uns der Pastor, daß es auf der Erde sehr viel Christen gäbe, aber auch sehr viele Gottlose. Und im Anschluß daran schimpfte er auf die Bolschewisten. Sie seien Verbrecher und ähnliches. Wir Schulkinder wissen auch schon, wo die Verbrecher sitzen. Diese Hetze wird manchen unserer Eltern die Augen öffnen und sie davon überzeugen, wie falsch es von ihnen ist, daß sie uns in den Konfirmationsunterricht schicken. Jetzt müssen sie endlich aus der Kirche austreten und uns Kinder vom Religionsunterricht abmelden.

Nazipleite in Wiehe

A.-K. Wiehe. Am vergangenen Sonnabend hatten die Nazis wieder eine Versammlung in unserem Orte. Der Saal war bis auf den letzten Platz gefüllt. Aber es waren Arbeiter, die unseren Genossen sprechen hören wollten. Der Reichstagsabgeordnete Wolkersdörfer aus Zeitz sprach über das Thema: „Warum aus dem Reichstage?" Die braune Garde hatte vor der Bühne Aufstellung genommen, und von ihr beschützt, leierte Wolkersdörfer seine Phrasen herunter.

Er wandte sich in der Hauptsache gegen die SPD. Gegen die KPD zu polemisieren war er nicht imstande. Selbstverständlich sprach er nicht von der Not der Erwerbslosen, vom Lohnabbau und ähnlichen Dingen. Daran denken die Leute vom Schlage Wolkersdörfer nicht.

In der Diskussion sprach eine ¾ Stunde lang Genosse Ebeling. Er zeigte den Massen den Weg, der aus dem Elend herausführt, und er ging dabei mit den Nazis scharf ins Gericht.

Dem Genossen Arlt aus Artern wurde das Wort verweigert. Darob große Empörung bei den Arbeitern. Der Herr Bürgermeister setzte sofort seine Polizei in Bewegung. Als erster trat der Stadtpolizist Schwert mit gezogenem Gummiknüppel den Arbeitern entgegen. Genosse Ebeling erklärte, daß wir keine Stuhlbein- und Bierglaserpolitik machen, wie es die Nazis tun. Er forderte die Arbeiter auf, den Saal zu verlassen. So gründlich wurde dieser Aufforderung, während die Internationale erscholl, nachgekommen, daß der Saal mit einem Male leer war. Nur noch die SA des Herrn Wolkersdörfer blieb zurück.

Vor dem Lokal sammelten sich unsere Genossen zu einer Demonstration, die 220 Mann stark, revolutionäre Lieder singend, zum Marktplatz zog.

Genosse Arlt sprach zu der Menge, und es wurde das Gelöbnis abgelegt, den Einfluß der Faschisten in unserer Gegend restlos zu beseitigen, und sie aus unserer Gegend zu vertreiben.

Mit Rot-Front-Rufen aus ein paar hundert Kehlen wurde die eindrucksvolle Kampfkundgebung gegen den Faschismus geschlossen.

Die Arbeiter von Wiehe gegen Stahlhelm- und Nazi-provokation

A.-K. Wiehe. Am Dienstag hatte der Stahlhelm seine Mannen aus dem ganzen Gau Naumburg nach Wiehe aufgerufen, um an einem deutschen Abend, der gleichzeitig ein Volksbegehrentrummel war, teilzunehmen. Vorher bewegte sich ein Fackelzug durch die Stadt. An der Spitze marschierten ein paar Etappenhengste, wie zum Beispiel der Baron von Wertern, der Gauleiter aus Naumburg usw. Ganze 130 Stahlhelmleute aus dem Gau Naumburg zogen hinter ihnen her. Zum größten Teil waren es Landarbeiter, die durch den Terror der Junker in den Stahlhelm hineingezwungen sind, und Kleinbauern, denen wir noch zeigen müssen, daß sie nicht zu den Junkern gehören. Später trafen noch etwa 60 Nazileute mit dem Zigarettenfritzen Kühnle aus Roßleben an der Spitze ein. Sie wurden von der Arbeiterschaft von Wiehe mit Gelächter und hohnvollen Zurufen überschüttet. Im Laufschritt sagten sie durch die Straßen, um den Stahlhelmzug einzuholen. Später fand ein gemeinsamer Parademarsch der Stahlhelmer und Nazileute vor den Etappenhengsten statt.

Die Arbeiter setzten ihre Gegendemonstration fort. Immer wieder schollen „Rot-Front-Rufe" durch die Straßen.

Die Werktätigen von Wiehe allesamt müssen begreifen, daß sie nicht nur mit uns gemeinsam gegen Stahlhelm und Nazis demonstrieren sondern auch unseren Reihen sich anschließen müssen. Hinein in die KPD, in den KJVD, in den Kampfbund gegen den Faschismus! Kommt am Sonnabend in die Veranstaltung der Roten Hilfe! Kommt in der nächsten Woche zu unserer öffentlichen Volksversammlung, in der ein Reichstagsabgeordneter sprechen wird!

Genosse Ebers,

der zum Tode verurteilt, aus dem Zuchthaus geflüchtet und jetzt amnestiert wurde, spricht in

Alsleben. Sonnabend, 21. März, 20 Uhr, „Zentralhalle".
Mücheln. Sonntag, 22. März, 20 Uhr, Gewerkschaftshaus.
Weißenfels. Montag, 23. März, 20 Uhr, „Tivoli".

Disziplinarverfahren gegen Bürgermeister Mersmann, Artern

Der Antrag der Erwerbslosen im Ausschuß begraben

A.-K. Artern. Die letzte Stadtverordnetenversammlung war sehr bewegt. Zuerst wurden die gehobenen Schulklassen auf Antrag der SPD aufgehoben.

Der Antrag der Erwerbslosen auf Bewilligung von Mitteln für eine bessere Unterstützung wurde wie immer dem Ausschuß überwiesen, in dem er begraben werden soll. Es wird nötig sein, daß die Erwerbslosen die Herren Stadtverordneten durch Demonstrationen an ihre Existenz erinnern.

Dann kam die geheime Sitzung. Zuerst wurde der Antrag angenommen, der eine Kürzung des Gehalts des Bürgermeisters vorsieht. Dann kam der Antrag zur Beratung,

die Einleitung eines Disziplinarverfahrens gegen den Bürgermeister Mersmann

zu fordern. Mersmann ist nach den Kommunalwahlen im Jahre 1929 von den Sozialdemokraten und den Renegaten zum Bürgermeister von Artern gewählt worden. Die Renegaten haben sich damals auf diese Tat sehr viel zugute getan. Nachdem die Gesellschaft aus der Kommunistischen Partei verjagt worden war, hat die Ortsgruppe einen außerordentlichen Aufschwung genommen. Das war die Antwort, die die Arbeiter von Artern den Renegaten erteilten.

Jetzt müssen es die Sozialdemokraten und ihre Freunde erleben, daß diesem Mersmann arglistige Täuschung, falsche Willenserklärung, Amtserschleichung und ähnliche Dinge vorgeworfen werden, so daß es unmöglich ist, ihn in seiner Stellung zu halten. Der Antrag, gegen Mersmann ein Disziplinarverfahren einzuleiten, ist einstimmig angenommen worden.

Unser Kampf gilt nicht nur dem Mersmann, er gilt dem kapitalistischem System, das solche Erscheinungen hervorbringt. Unser Kampf gilt den festesten Stützen dieses Systems, den Sozialdemokraten und den Nazileuten. Jetzt heißt es für Artern, die antifaschistische Front noch fester zu schließen.

In Massen hinein in den Kampfbund gegen den Faschismus, in die KPD und den KJVD!

Ortsgruppen des UB Mansfeld

Märzgefallenenehrung in Querfurt

am Sonntag, dem 22. März, ½1 Uhr, auf dem Friedhof. Versammeln im Gasthof „Zur Tanne". Von dort Abmarsch nach dem Friedhof. Die Ortsgruppen der Partei des Unterbezirks Mansfeld haben sich daran zu beteiligen.

•

Die Ortsgruppen des Freidenkerverbandes Schraplau, Stedten, Oberröblingen, Wansleben, Teutschenthal, Querfurt beteiligten sich geschlossen an der Jugendfeier am 22. März in Querfurt. Die Arbeitereltern werden gebeten, ihre Kindergruppen Schraplau früh 10 Uhr vom „Bürgergarten". Die Ortsgruppen Stedten, Oberröblingen und Unterröblingen können sich mit anschließen.

Der „rote" Zeitzer Magistrat sorgt für die Erwerbslosen

Wasserjuppen — Der Kessel in der Volksküche aus dem Jahre 1905 — Für Polizei gibt es natürlich auch in Zeitz Geld

A.-K. Zeitz. Am 17. März war Erwerbslosenversammlung. Der Saal des „Schützenhauses" war voll besetzt. Als besondere Tagesordnungspunkte standen die Zustände der Zeitzer Volksküche und die Notlage der Ausgesteuerten sowie die allgemeinen Verschlechterungen, die sich aus den arbeiterfeindlichen Notverordnungen des Diktaturreichskanzlers Brüning und seiner Heifershelfer ergibt.

In anschaulicher Weise wurden die miserablen Zustände der Volksküche einer scharfen Kritik unterzogen. Wenn man bedenkt, daß täglich zirka 2300 Portionen Essen ausgegeben werden müssen, daß die Kesselanlage seit 1905 im Betrieb ist, tagtäglich neue Ausgesteuerte hinzukommen und das Essen mit Hilfe des Wasserhahns gestreckt wird, so daß es den Namen Mittagessen überhaupt nicht verdient, versteht man die Empörung der Aermsten der Armen. Wiederholt hat der Erwerbslosenausschuß den zuständigen Dezernenten auf diese unhaltbaren Zustände aufmerksam gemacht. Der „rote" Magistrat in Zeitz hat natürlich für die Erwerbslosen nichts übrig.

In der Versammlung im „Schützenhaus" in Liebenwerda" am 18. März, in der die Reichstagsabgeordnete Genossin Marie Ahlers sprach, wurden geworben:

Für die Partei 6 neue Mitglieder.
Für den KJVD 11 neue Mitglieder.
11 parteilose Frauen wurden ins Ortskomitee werktätiger Frauen delegiert.

Es wurden für 5 Mark Broschüren verkauft. Eine Sammlung erbrachte 10 Mark.

Die Notverordnung mit ihren verheerenden Folgen für alle Gemeinden, die Drosselung der gesamten Wohlfahrtsausgaben, das Gesetz über die Ausgabenbegrenzung und das Gesetz über den Finanzausgleich zeigten den Erwerbslosen, verständlich dargestellt, das wahre Gesicht aller reaktionären Parteien und ihre Absichten.

Desgleichen wurden die neuen Verschlechterungen auf wohnwirtschaftlichem Gebiet und ihre Folgen für die Arbeiterschaft, besonders für die Erwerbslosen, gekennzeichnet.

Die Diskussion war ausgiebig. Alle Redner stimmten in ihren Ausführungen mit dem Vortragenden überein. Mit der Annahme einer Eingabe an den Magistrat auf Aenderung der Zustände in der Volksküche und eines Antrages auf Gewährung ausreichender Unterstützungen wurde die von bestem Kampfgeist getragene Versammlung geschlossen.

Gehaltsraub an den Rechtsanwalt-Angestellten

A.-K. Naumburg. Auf Betreiben von einigen treueteutschen Rechtsanwälten wollen nun auch die hiesigen Rechtsverfechter zur Offensive übergehen, damit auch sie bei der allgemeinen Rationalisierung (Personal- und Lohnabbau usw.) nicht zu kurz kommen. Sämtliche Gratifikationen für Ueberarbeit, Urlaubsgeld usw. sollen wegfallen. Dies alles neben dem wirklichen direkten Gehaltsabbau,

so daß es bei den meisten Angestellten einen Lohnraub von 20 bis 25 Prozent ausmacht.

Sogar Lehrlingen, besonders weiblichen, hat man kurzerhand gekündigt oder entlassen, da hier Lehrverträge bei verschiedenen Rechtsanwälten nicht üblich waren und den Vertretern des Rechts ihre Versprechungen geglaubt wurden.

Stahlhelmpleite in Naumburg

A.-K. Naumburg. Stahlhelmer und Nazis veranstalteten am Sonnabend einen Aufmarsch für ihren Volksentscheid zur Auflösung des Preußischen Landtages. Ganze 256 Mann marschierten durch die Straßen der Stadt. Die Nazis haben 150, die Stahlhelmleute 500 Mitglieder. Noch nicht einmal die Hälfte ihrer Mitglieder hatten die Stahlhelmer und Nazis auf die Beine gebracht.

Es scheint, daß der Stahlhelm mit seinem neuesten Betrugsmanöver nicht allzuviele Dumme fangen wird.

Wieviel größer und gewaltiger als diese kläglich Stahlhelmdemonstration war doch die Hungerdemonstration der Erwerbslosen!

Niederlage der Genossenschaftsspalter in Nebra

A.-K. Nebra. Am Sonnabend hatten die Sozialfaschisten zu einer öffentlichen Versammlung nach Nebra eingeladen, in der sie über Genossenschaftsfragen sprechen wollten. Trotz riesiger Reklame war der Saal nur mäßig besetzt. Die KPD war stark vertreten. In seiner „schmissigen Limusine" war Kämpf, Merseburg, mit einem ganzen Stab SPD-Größen erschienen.

Nachdem Kämpf in inhaltlosen Ausführungen 2 Stunden lang gesprochen hatte, war es ihm gelungen, sämtliche Anwesenden zu überzeugen, daß seine Partei alles daransetzt, um die Arbeiterschaft weiter zu spalten und ihre Organisationen zu zertrümmern.

Mit eisiger Kälte beantwortete die Nebraer Arbeiterschaft das Ende seiner Phrasendrescherei. In der Diskussion ergriff der Genosse H. das Wort. Unter dem Beifall der Versammlung kennzeichnete er die Verräterrolle der SPD. Die sozialfaschistischen Zwischenrufer fertigte er so gründlich ab, daß sie beschämt schwiegen. An Hand glänzenden Materials wies er die Zersetzungsarbeit der Konsumfaschisten ausführlich nach.

Der Versammlungsleitung wurde es ungemütlich, und schließlich wurde dem Redner das Wort entzogen. Als derselbe unbeirrt weitersprach, setzten sie die von ihnen auch hier wieder stark angeforderte Polizei in Bewegung, die die Anklagerede des Genossen unterbrach. Die Sozialfaschisten getrauten sich keinen Vertreter der Opposition mehr anzuhören.

Als Protest gegen diese Handhabung der Demokratie verließ die Mehrzahl der Arbeiter den Saal und ließ die Unken unter sich.

Zeitz. Die vierteljährlichen Beglaubigungen der Rentenquittungen für das 1. Polizeirevier auf Zimmer 1 (Wache), Rathaus, und für das 2. Polizeirevier (das ist der Stadtteil nördlich bzw. nordwestlich des Mühlgrabens) auf Zimmer Nr. 6 des 2. Polizeireviers Donaliesstraße Nr. 50 am 30. und 31. März d. J., und zwar: Buchstabe A bis einschließlich L am 30. März in der Zeit von 8—13 und 15—18 Uhr; Buchstabe M bis einschließlich Z am 31. März in der Zeit von 8—13 und 15—18 Uhr.

Bitterfeld-Wittenberg

Erfolgreiche KPD-Versammlung

A.-K. Brehna. Ende der vergangenen Woche fand in Poritzsch eine öffentliche Einwohnerversammlung der KPD statt. Die Versammlung war, wenn man die geringe Einwohnerzahl des Ortes berücksichtigt, gut besucht. Unser Genosse Starke hielt das Referat. Außer ihm sprach noch der Genosse Obermeier. Der wandte sich vor allen Dingen an die Gewerbetreibenden, Kleinbauern und Handwerker; er erklärte ihnen, daß sie nur im Bündnis mit den Arbeitern aus ihrer Notlage herauskommen können. Außerdem sprach er über die Notwendigkeit der Wahl roter Betriebsräte.

Die SPD-Führer aus dem Orte Poritzsch hatten es vorgezogen, der Versammlung fernzubleiben, weil sie eine Aussprache fürchteten. In seinem Schlußwort appellierte Genosse Starke vor allen Dingen an die Frauen und zeigte ihnen, daß der Kampf gegen den Schandparagraphen 218 ein Stück der Volksaktion gegen den Faschismus sein muß. Er forderte alle Arbeiter auf, der KPD beizutreten und den „Klassenkampf" zu abonnieren.

Mit wem werden die Arbeiter von Gräfenhainichen am 1. Mai demonstrieren?

A.-K. Gräfenhainichen. Kürzlich fand eine vom Gewerkschaftskartell einberufene Sitzung sämtlicher Arbeiterorganisationen und Arbeitersportvereine statt. Es sollte zur Vorbereitung des 1. Mai Stellung genommen werden. Bald nach Eröffnung der Sitzung und nachdem der Kartellvorsitzende einige Worte gesagt hatte, sprang der SPD-Vorsitzende auf und erklärte, eine Maidemonstration zusammen mit den Kommunisten kommt für die SPD überhaupt nicht in Frage. Dagegen wolle man sich über eine Abendveranstaltung mit Tanz einigen, an der auch die Kommunisten teilnehmen könnten. Wie der Vorsitzende der Sozialdemokratischen Partei das sich so denkt.

Die Kommunisten und die RGO werden zum 1. Mai die Arbeiter zum Massenstreik und zu mächtigen Kampfdemonstrationen aufrufen. Und auch die Arbeiter, die die Beseitigung der kapitalistischen Ausbeuterordnung wollen, aber heute noch der SPD folgen, weil sie ihre Rolle noch nicht erkannt haben, werden bei uns sein.

Nordhausen

Unter der Parole:

„Erobert im roten Sturm das Land!"

finden im Unterbezirk Nordhausen folgende Veranstaltungen statt:

In **Nordhausen**, Freitag, den 20. März, 20 Uhr in „Stadt Berlin".

öffentliche Landarbeiter- und RGO-Versammlung

In **Hainrode**, Sonnabend, den 21. März, 20 Uhr bei Schneppe.
In **Kehmstedt**, Sonntag, den 22. März, 20 Uhr bei Schobeks.

rote Werbeabende für Partei und Presse

Ausgestaltung — Prolet. Bühne Nordhausen.

In **Heringen**, Sonntag, den 22. März, 11 Uhr,

Demonstration und Kundgebungen

20 Uhr im Lokal Köhler.

Werbeabend für Partei und Presse

Besucht in Massen diese Veranstaltungen.

Unterbezirksleitung Nordhausen.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0006

Märztage sind Sturmtage und erfordern auch von den Arbeitersportlern revolutionäre Arbeit im Sturmtempo!

Daran denkt bei der Vorbereitung der Landeskonferenz der roten Sportler, der Spartakiade in Berlin und bei der Durchführung der Zentralisation. Vor allem vergeßt jetzt aber nicht

Massenbeitritt zur Partei im Verlauf des Märzaufgebotes!

Appell an die rote Sportlerjugend von Halle!

Am Dienstag, dem 24. März, 20 Uhr, findet in der „Produktiv“ ein Versammlung aller Hallischen roten Jungsportler statt Als Thema ist festgelegt:

1. Die Pariser Kommune und die Bedeutung der Märzkämpfe.
2. Unser Kampf gegen die Nazimordpest.
3. Das Verbot des Reichsjugendtages und die Spartakiade.

Sportgenossen! Der feige Mordüberfall auf einen unserer besten Genossen in Hamburg, sowie die zahlreichen Ueberfälle auf Arbeitersportler muß uns auf den Plan rufen. Es gilt jetzt, alle Kräfte aufzubieten, die antifaschistische Front dem National- und Sozialfaschismus entgegenzustellen. Wir roten Jungsportler stehen dabei in der ersten Reihe. Darum heißt es, alles geht geschlossen

zur großen Jungsportlerversammlung.

Spaltung der Sozialfaschisten im Arbeiter-Schachklub

Wie in anderen Verbänden die Sozialfaschisten Vereine über Vereine spalten und einzelne Genossen aus den Vereinen ausschließen, ist auch die Bundesleitung des Deutschen Arbeiter-Schachbundes dazu übergegangen, Genossen, die wegen ihrer oppositionellen Richtung bekannt sind, ohne weiteres aus dem Bunde auszuschließen. So auch in Halle. Der Genosse Scharrenberg hat den Antrag gestellt, mit der oppositionellen Ortsgruppe Bitterfeld einen Kampf auszutragen. Die reformistische Vereinsleitung ließ daraufhin durch die Kreisleitung und dem Bundesvorstand den Genossen Sch. ausschließen.

In einer außerordentlichen Mitgliederversammlung am 18. Februar wurde beschlossen, dem Ersuchen des Bundesvorstandes nicht stattzugeben, sondern den Genossen Sch. nun erst recht als Mitglied zu führen. Der reformistische Vereinsvorstand wurde sofort seines Amtes enthoben und eine neue Vereinsleitung gewählt. Außerdem

beschloß die Mitgliederversammlung mit überwiegender Mehrheit den Anschluß an die KG als Antwort auf die Spaltungspraxis der Bundesleitung.

Wir fordern alle Arbeiterschachspieler auf, nun erst recht im Arbeiterschachklub Halle Mitglied zu werden und zu helfen, eine einheitliche rote Arbeitersportfront zu schaffen, gegen Spaltung, für Einheit aller Arbeiterschachspieler.

Anfragen und Anschriften sind zu richten an den Genossen Hans Scharrenberg, Passendorf b. Halle, Schulplatz 2. Mittwochs und Freitags Spielabend im Restaurant Banneik, Breitestraße.

Morgen Werbeabend in Bitterfeld

Die Fußballsparte des Bezirk Bitterfeld veranstaltet erstmalig einen Werbeabend am Sonnabend, dem 21. März, im Volkshaus Bitterfeld. Die Veranstaltung geht von der Jugend aus und verspricht interessant zu werden. Turnen, Boxen, Ringen, Flammenschwingen, Volkstänze, Radfahrerreigen usw. wechseln in bunter Reihenfolge ab. Die jugendlichen Fußballer werden zeigen, daß Sonntags nicht nur „gebolzt“ werden kann, sondern daß sie auch in anderen Sportarten ihren Mann stehen. Der Abend wird fast nur von Mitgliedern der Fußballsparte durchgeführt. Turnerinnen Jeßnitz und Schüler Greppin wirken ebenfalls mit. Der Abend selbst steht im Zeichen der Vorbereitung der Spartakiade. Die Eintrittspreise betragen 20 und 50 Pf. und die Einnahme dient zur Finanzierung Jugendlicher nach Berlin zur Spartakiade.

Die Arbeiterschaft wird die Veranstaltung der roten Sportlerjugend durch Massenbesuch unterstützen. Die umliegenden Vereine müssen geschlossen nach Bitterfeld ziehen. Programme bei allen Jugendleitern im Vorverkauf erhältlich.

Jugendobmann Rohmer.

Märzfeier in Lettin

Da die KPD in Lettin am Sonntag die Märzfeier, vormittags 10 Uhr, veranstaltet, müssen sämtliche Spiele in Lettin eine Stunde später stattfinden.

Serienspiele der Handballer

Die Handballsparte tritt mit Serienspielen auf den Plan. Die Jagd nach den Punkten kann nunmehr von neuem beginnen. Die erste Klasse spielt in drei Gruppen. Es spielen:

1. Gruppe. Halle, Gimritzer Damm, 16 Uhr FTS 1—Dieskau 1; ferner in Wörmlitz 16 Uhr Wörmlitz 1—Cröllwitz 1.

2. Gruppe. In Seeben 15 Uhr Seeben 1—Sennewitz 1; in Reinsdorf 16 Uhr Reinsdorf 1—Nauendorf 1.

3. Gruppe. In Halle, auf dem Sandanger, 11 Uhr Achilles 1—Eisdorf 1; in Unterröblingen tritt 16 Uhr Schraplau 1 an.

Handballgroßkampf in Nietleben

Nachdem sich um die Spartakiadenmeisterschaft die beiden Rivalen Nietleben 1 und Osmünde 1 durchgesetzt haben, findet nunmehr das Entscheidungsspiel 10.30 Uhr in Nietleben statt. Wir räumen Osmünde, an den Beweis des großen Spieles gegen Seeben, die größten Aussichten ein.

Der 12. April

bedeutet für alle Arbeitersportler Massenmobilisation für die Landeskonferenz!

Kampfgemeinschaft für rote Einheit im Arbeitersport

Arbeitsgebiet Weißenfels

Der Ausmarsch nach Teuchern erfolgt Sonntag früh 8 Uhr vom Rosalskyweg. Der Abmarsch erfolgt pünktlich, alle Sportler und Sportlerinnen müssen sich daran beteiligen, insbesondere der Spielmannszug von 1893 muß vollzählig zur Stelle sein. Fahnen und Transparente sind mitzubringen, desgleichen müssen die Werber für den Mitteldeutschen Arbeitersport sich mit Material eindecken.

Verlauf der Propagandatour

Früh 10 Uhr öffentliche Sportlerversammlung in Teuchern, Grüner Baum. Nachmittag von 2 Uhr an Fuß- und Handballspiele.

Im Grünen Baum Schachwettkampf, Weißenfels—Teuchern.

Bei der Abendveranstaltung wirken mit die Kraftsportler und Artisten sowie Turnerinnen vom Arbeiter-Turn- und Sportverein 1893 Weißenfels.

Auf nach Teuchern, zeigt den Reformisten Hausschild, Brösel und Konsorten, daß die roten Sportler im Bezirk Weißenfels nicht tot zu kriegen sind, und besonders laden wir das Reichsbanner von Teuchern, das sich am vergangenen Sonntag in Weißenfels besonders ausgezeichnet hat, zu der öffentlichen Versammlung ein.

Genossinnen und Genossen, es gilt am kommenden Sonntag eine weitere Bresche in die Reihen der Reformisten zu schlagen.

Darum darf keine Sportlerin und kein Sportler bei dem Ausmarsch fehlen. Gleichzeitig begrüßen wir alle Klassengenossen, die mit den roten Sportlern sympathisieren und sich dem Ausmarsch nach Teuchern anschließen.

Die Agitationsbezirksleitung i. A.: H. Darstein.

Die roten Sportler von Weißenfels behaupten sich

Niederlage der sozialfaschistischen Spalterclique

Mit dem Aufmarsch der Sozialfaschisten in Weißenfels am Sonntag, dem 15. März, sollte insbesondere der bankrotten Sportbewegung des reformistischen Kartells auf die Beine geholfen werden, wobei die Sozialfaschisten mit den gemeinsten Mitteln versuchten, den roten Sportlern ihren Sportplatz am Meilenstein zu rauben. Der Sportplatz Meilenstein, der in jahrelanger Arbeit aller roten Sportler aus einer Aschengrube entstanden ist, soll den Sportlern nunmehr geraubt werden. Die größte Wut der Sozialfaschisten ist, daß die roten Sportler sich nicht bedingungslos den Reformisten unterworfen haben.

In dem Aufmarschplan der Sozialfaschisten war festgelegt, denselben nach dem Sportplatz Meilenstein zu leiten und dort als Abschluß der Kundgebung ein Fußballspiel zwischen der Bezirksmannschaft Weißenfels und Leipzig-Stötteritz steigen zu lassen. Die roten Sportler, die schon seit einem Vierteljahr ihre Veranstaltung festgelegt hatten, sollten von den Sozialfaschisten verdrängt werden. Dagegen wehrten sich die roten Sportler und erwirkten eine einstweilige Verfügung, daß den roten Sportlern der Platz bis Nachmittag 4 Uhr zur Verfügung stand. Das war den Sozialfaschisten nun Wasser auf die Mühle in ihrer Sonnabendnummer des Schwindelboten gegen die roten Sportler ihre Dreckschleuder loszulassen, sie hätten „das bürgerliche Gericht angerufen“ und sich von einem ganz reaktionären Rechtsanwalt vertreten lassen. Die Sozialfaschisten sind dabei in ihrer Handlungsweise sogar soweit gegangen, den früheren Geschäftsführer der G. m. b. H. Sportplatz Meilenstein zu einer wissentlichen falschen eidesstaatlichen Versicherung zu verleiten, die bei der Staatsanwaltschaft ein Nachspiel finden wird.

Die roten Sportler besetzten nun am Sonntag von früh 10 Uhr den Sportplatz und wickelten ihre Spiele ab. Aber schon am Vormittag hatten sich einige Provokateure der Sozialfaschisten eingefunden, um die roten Sportler zu stören. Es kam zu kleinen Zwischenfällen, und die Sozialfaschisten hatten nichts Eiligeres zu tun, als sofort die politische Polizei zu holen, die auch sofort mit einem Rollkommando erschien, aber unverrichteter Dinge wieder abziehen mußte. Um nun einer weiteren Störung vorzubeugen, zogen die Sportler eine Leine, die das Wirtschaftsgebäude vom Sportplatz trennte und jeder Besucher somit gezwungen war, die Kasse zu passieren; und wir stellen fest,

daß am Nachmittag ein großer Teil sozialdemokratischer Arbeiter trotz Hetze ihrer Führer die Spiele der roten Sportler besuchte

und bestimmt mit großer Befriedigung den Platz verlassen haben. Anders dagegen, als am Nachmittag der Demonstrationszug der Sozialfaschisten auf dem Sportplatz ankam, waren es besonders die „Führer“ der Weißenfelser SPD, die glaubten, die Sperre der roten Sportler durchbrechen zu müssen, wobei sich besonders der Parteisekretär Saupe sowie der sattsam bekannte Juch vom DMV hervortaten. Trotzdem die roten Sportler nur 50 Mann als Schutz auf dem Platze gelassen hatten, da inzwischen auch die Partei die Gegendemonstration durchführte, gelang es dem Schutz der Sportler, die Sozialfaschisten zurückzuhalten, bis die roten Sportler ihre Spiele abgewickelt hatten. Eine volle Stunde mußten die Teilnehmer der SPD auf der Straße warten, bis sie zum Sportplatz Zutritt hatten. Es war wirklich ein Anschauungsunterricht, die verhetzten Massen der Sozialfaschisten zu studieren, wobei besonders festgehalten werden muß, daß das Reichsbanner schlimmer in Erscheinung trat als die Nazis, während die Massen mit Entrüstung über die schlechte Organisation ihrer Führer sich mit den roten Sportlern unterhielten.

Als der Aufmarsch des Reichsbanners vollzogen war und das Spiel der Bundestreuen beginnen sollte, mußten die Massen eine weitere Enttäuschung erfahren, denn es fehlte der Ball. Nun war guter Rat teuer, wo einen Ball am Sonntagabend beschaffen. Der bekannte Vollmar suchte jede Möglichkeit ab, einen Ball zu bekommen, ja sogar an die roten Sportler hatte man das Ersuchen gerichtet, einen Ball herauszurücken, nachdem man einige Stunden vorher sie vom Platze schlagen wollte. In der letzten Not mußte die Schutzpolizei zu Hilfe eilen, die auch bereitwilligst aushalf.

Darum, ihr Sportgenossen, die ihr heute noch diesen Sozialfaschisten Gefolgschaft leistet, tretet ein in die Kampffront der roten Sportler gegen den Faschismus, für Sowjetdeutschland.

Vor großen Entscheidungen

Groß-Fußballspiele am Gimritzer Damm und in Trotha

Bis auf vier Mannschaften sind die Gegner zusammengeschmolzen. Nun sollen sich die zwei letzten Spiele herauskristallisieren. Die beiden Ueberraschungssieger Sportlust und Trotha treffen sich 16 Uhr am Gimritzer Damm und in Trotha 16 Uhr die beiden Rivalen ASC und Reideburg. Wir laden hiermit die Arbeiterschaft zu den Spielen ein und erwarten einen Massenbesuch. Für guten qualifizierten Sport wird garantiert.

Sportlust 1—Trotha 1

Beide Mannschaften verstanden es, sich mit Geschick durchzuschlagen. Wir trauen Sportlust an Hand ihrer vorzüglichen Läuferreihe eine bessere Entfaltung zu. Da das Schlußdreieck ebenfalls im Schwung ist, so muß die sich in großer Form befindliche Stürmerreihe Trothas gewaltig strecken, um zu Torerfolgen zu gelangen. Sportlust oder Trotha? Der Papierform nach sei es Sportlust, denn sie schlugen Cröllwitz und Lettin aus dem Felde. Doch vergessen wir nicht den 6:1-Sieg von Trotha über Teicha.

ASC—Reideburg

Ein wirklich famoses Treffen. Im vorigen Jahr kämpften beide Mannschaften um die Meisterschaft. R. war glücklicher, sie wurden in ihrer so eigenen Manier des Endspurtes Sieger. Dieser Kampf wird dadurch ein bedeutendes Interesse auf sich ziehen. Nicht allein, da beide Mannschaften z. Zt. spielstark sind, sondern da es hier ziemlich hart zugehen wird. Das Spiel liegt jedoch in guten Händen, so daß für eine Durchführung im Rahmen unserer roten Sportbewegung Sorge getragen ist.

Die Gesellschaftsspiele wurden in der Mittwoch-Nummer des „Klassenkampf“ veröffentlicht.

Berichterstatter

Alle Berichte sind kommenden Sonntag im Büro der Landesleitung, Bergstraße 4, Tel. 32 261, abzugeben. Schriftliche Berichte (mit Tinte geschrieben) liefern vom Handballspiel in Nietleben Gall (FTS), vom Fußballspiel ASC Reideburg Trotha und von Sportlust—Trotha, Stenzel, Teutonia.

Pezold, Berichterstatterobmann.

Bezirk Halle: Turnsparte

Kinderturnen. Sonntag, den 22. März, findet in Seeben, 9 Uhr, unsere Bezirkslehrstunde statt.

Es wird allen Vereinen zur Pflicht gemacht, in dieser Lehrstunde zu erscheinen.

Kurt Mittelbach.

Spiel Nr. 331 Reinsdorf Jgd.—Sennewitz Jgd. muß umständehalber auf 10 Uhr verlegt werden. Dies Reinsdorf und Schiri FWB zur Kenntnis.

Roten Sportlern Gerbstedts soll der Sportplatz entzogen werden

SAJ-Vorsitzender als Denunziant

Als der Vorstand der Freien Sportvereinigung Gerbstedt die Platzfrage regeln wollte, wurde ihm vom Sekretär der Stadt mitgeteilt, daß es keinen Zweck mehr hätte, denn der Platz sowie die Turnhalle und das Jugendheim würde dem Verein entzogen. Der Magistrat wollte nur noch Erkundigungen einziehen, welchem Bunde wir angehören. Der Magistrat Zober (SPD) war gerade auch anwesend. Er teilte dem Vorstand mit, daß der Magistrat da nichts machen kann, es käme vom Herrn Regierungspräsidenten.

In der vorletzten Jugendausschußsitzung wurde vom Vorsitzenden der Sozialistischen Arbeiterjugend Hädicke der Antrag gestellt, die Sportvereinigung vom Jugendausschuß auszuschließen sowie ihr auch den Sportplatz und die Turnhalle zu entziehen. Dem Hädicke wurde damals klargemacht, daß dazu nicht der Jugendausschuß zuständig ist. Er äußerte sich: „Na, dann wenden wir uns an eine andere Stelle.“

War Hädicke also nicht beauftragt. Soll etwa die zusammengestoppelte Elf der sogenannten „Sportfreunde“ den Platz allein benutzen? Da lachen ja die Spatzen.

Arbeitersportler, kämpft gemeinsam gegen derartige faschistische Methoden!

Solidaritätsspiele in Hettstedt

Die Freie Sportvereinigung Gerbstedt trug am Sonntag, dem 8. März, mit dem neugegründeten Zentralsportverein Hettstedt Solidaritätsspiele aus. Es wurden folgende Resultate erzielt:

Gerbstedt 1—Hettstedt 1 1:4

Gerbstedt trat mit 4 Mann Ersatz an und konnte sich deshalb auch nicht voll entwickeln. Die schlechten Platzverhältnisse taten ein Uebriges.

Handball Gerbstedt 1—Hettstedt 1 3:1

Gerbstedt war, trotzdem Ersatzleute aufgenommen werden mußten, stark überlegen. Hettstedt drückte stark, scheiterte aber an der guten Hintermannschaft von G.

„Teutonia“ meldet die ersten Quartiere

zur Landeskonferenz der roten Sportler am 11. und 12. April

In einer gestern stattgefundenen Sitzung aller Mannschaften des roten Sportvereins „Teutonia“, in der u. a. der Märzkämpfe gedacht wurde, meldeten die Sportgenossen dieses Vereins das erste halbe Dutzend Quartiere für die am 11. April stattfindende Landeskonferenz. Die Genossen haben sich zum Ziele gesetzt, diese erste Meldung in den nächsten Tagen mindestens zu verdoppeln und zu verdreifachen.

Auch in allen anderen Hallischen Vereinen müssen jetzt Quartierlisten kursieren

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0007
DFG

WALHALLA
Heute 20 Uhr
Der größte Operetten-Erfolg aller Zeiten
Gräfin Mariza
Musik von Emmerich Kalman
Mit Mimi Veselly und der großen Star-Besetzung
Sonntag nachm. 4 Uhr: kleine Preise ab 50 Pf.

Stadt-Theater
Heute Freitag, 20 bis 22.45 Uhr
Der Freischütz
Rom. Oper von C. M. v. Weber
Sonnabend, 20 bis 22.30 Uhr
Die Geisha
Operette von Sidney Jones

Junges, gutes **Roßfleisch** u. **Wurst** kaufen Sie billig bei
DYRNA
Roßschlächter., Halle Kl. Sandbg. 17

Reparaturen, Bezüge
Ww. Marie Müller
empfiehlt
Schirme
Spazierstöcke
Handschuhe
Reiche Auswahl
Niedrigste Preise
Merseburg, Burgstraße 6

Feine Molkerei Butter 1 Stck. 68 ₰
Bis auf weiteres:
Tafel Margarine **Schweizerin** 1 Pfund 80 Pf. nur **70 ₰**
Tafel-Ring 1 Pfund 64 Pf. nur **60 ₰**
Auf jedes Pfund zur Probe **½ Pfund gratis!**

Frisch. Kalbfleisch	ohne Knochen	88 ₰
Nierenbraten	ohne Knochen	98 ₰

Prima Eisbein . . Frischer Schmeer . Frischer Speck . **62 ₰**

Frische Rinderbrust Rippe	82 ₰
Allerfeinster Schweinebauch	68 ₰
Vorderschinken ob. Knochen	82 ₰
Allerfeinst. Schweinekamm	95 ₰
Allerfeinster Caßler	94 ₰
Allerfeinste Schnitzel	110 ₰

A. Knäusel Butter, Wurst, Fleischwaren

In hervorragender Qualität heute Freitag früh eingetroff.

Ostsee Kabeljau	ohne Kopf Pfund	30 ₰
Schellfisch	ohne Kopf, Pfd	35 ₰
Kabeljau-Filet	Pfd.	60 ₰
Schwedischer Fisch-Filet	Pfd.	60 ₰
Grüne Heringe	mittel Pfd.	20 ₰
Grüne Heringe	ca. 3 St. auf 1 Pfd., Pfd.	18 ₰
Sprotten	1-Pfd.-Kiste	42 ₰

Probieren Sie bitte meine
Riesen-Delikateß-Bratheringe Stück, ½ Pfd., nur **15 ₰**
Salzheringe neue Zufuhr, die besten Schotten . . . . . Stück 15, 12, 10 **8 ₰**

Kieler Fisch-Börse
Karl Ihde
Verkaufsstellen:
An der Moritzkirche 3
Goethestraße 27, Steinweg 55
Ammendorf, Regensburger Str. 10

Konsum-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus" Bockwitz e. G. m. b. H.

Einladung
auf Grund des § 15 unseres Genossenschaftsstatuts berufen wir hiermit die ordentliche
Generalversammlung
zum Freitag, dem 3. April 1931, nachmittags 2 Uhr, nach dem großen Saale des „Volkshauses" zu Bockwitz ein.

Tagesordnung:
1. Geschäftsberichte: a) des Vorstandes, b) des Aufsichtsrates, c) Revisionsbericht, d) Bericht von der Generalversammlung deutscher Gewerkschafts- und Volkshäuser.
2. Genehmigung der Jahresbilanz und Entlastung des Vorstandes.
3. Bestätigung eines Vorstandsmitgliedes.
4. Wahl von drei statutengemäß ausscheidenden Aufsichtsratsmitgliedern.
5. Anträge nach § 16 des Statuts.

Anträge zur Generalversammlung müssen spätestens 5 Tage vorher schriftlich beim Vorstand eingegangen sein. Wir ersuchen die Genossenschaftler, pünktlich und vollzählig erscheinen zu wollen.

Ohne Mitgliedsbuch kein Zutritt.

Der Vorstand: Böhme — Der Aufsichtsrat: Rittig

Grossumsatz macht gute Osterwaren billig

Damen-Kleidung

Hauskleider aus Tweedstoffen in neuen Mustern	5.25
Sportkleider aus Tweed Charmeuse, flotte Machart	12.50
Marocain-Kleider mit Glockenvolant und Georgettepasse	23.50
Nachmittags-Kleider aus Marocain mit modernem Georgette Glockenärmel	32.00
Trenchcoat-Mäntel in den Farben bleu, mode und rot	6.95
Flotte Backfisch-Mäntel aus prakt. Stoffen mit aufgesetzten Taschen und Gürtel	8.75
Jugendliche Kostüme aus Stoffen englischer Art in modernen Dessins	17.75
Aparte Mäntel aus neuartigem Georgette mit weißen Pelzkragen, ganz auf Kunstseide	22.50
Damen-Blusen aus Charmeuse, moderne Sportform in vielen Farben	2.75
Damen-Blusen aus doppelfädigem Charmeuse mit Säumchen-Garnitur	5.75
Damen-Blusen aus Wasch-Kunstseide mit breiter Krawatte und Taschengarnitur	8.50

Damen- u. Kinderhüte

Flotte Straßen-Hüte Glockenform	4.75 3.50	1.95
Fesche Kappen tweedartig gemustert	5.50 4.25	2.75
Racello-Kappen die beliebte Frühjahrs-Neuheit	6.75 5.25	3.75
Elegante Kappen neue Kombinationen	9.75 7.50	5.25
Frauen-Hüte kleidsame Formen	7.25 5.50	3.25
Jugendliche Glocken in neuen Geflechten	7.50 5.25	3.50
Elegante Glocken schicke Garnituren	12.50 9.75	6.75
Backfisch-Hüte entzückende Neuheiten	5.75 4.75	3.50
Kinder-Glocken reizend garniert	2.75 1.95	1.25
Kinder-Glocken Exoten Imitat, bestickt	4.25 3.75	2.45
Matrosen-Mützen mit Schrittband	3.25 1.25	0.85

Damen-Strümpfe

Gewebte Damen-Strümpfe	Paar 0.65 0.33	0.25
Mako-Damen-Strümpfe	Paar 1.25 0.85	0.45
Seidenflor-Damen-Strümpfe	Paar 1.50 1.15	0.78
Waschseid. Damen-Strümpfe	Paar 1.95 1.10	0.45
Plattierte Damen-Strümpfe	Paar 2.50 1.95	1.25

Neu aufgenommen:
Briefpapier
Papier-Servietten

Konfekt. Weißwaren

Jacken-Kragen aus kunstseidenem Rips, bestickt	0.65 0.48	0.25
Jabot-Kragen	1.45 0.95	0.68
Bäffchen-Kragen	1.75 0.95	0.68
Passen-Kragen	0.95 0.75	0.48
Kinder-Garnituren glatt und bestickt	1.25 0.95	0.60

Oster-Konfitüren

Oster-Hasen aus Schokolade	0.25 0.15 0.08	0.04
Gefüllte Ostereier	0.25 0.15 0.10	0.05
Marzipan-Eier	0.20 0.15 0.10	0.07
Oster-Tiere aus Marzipan	0.20 0.15	0.10
Große Ostereier aus Schokolade, mit Konfekt gefüllt	1.85 1.00	0.60

J. LEWIN

Das neuzeitliche Großkaufhaus
Markt 3—7

Burg-Theater
Gr. Gosenstr. 12
Ab heute bis Sonntag:
Die stärkere Macht
aus der zaristischen Zeit mit Fritz Kortner als Gouverneur
Außerdem
Auf gefährlichen Wegen
mit dem berühmten, jugendlichen Filmdarsteller Newton House

Heringen a. H.
Zuverlässiger Zeitungsträger gesucht. Meldung beim Genossen Karl Eicke, Hauptstraße Nr. 166

Crostiz
Zuverlässiger Zeitungsträger gesucht. Melden beim Genossen Paul Müller

Morl
Zuverlässiger Zeitungsträger gesucht.
Zu melden bei Genossen Richard Schmidt, Möderau

Besuchen Sie
die Einkaufsstätte für Qualitätswaren
Heinrich Arnold
Bitterfeld
Durch Gemeinschaftseinkauf mit ca. 400 gleichgearteten Geschäften und niedrigste Kalkulation machen wir es möglich, daß Sie auch in dieser schweren Zeit Neuanschaffungen vornehmen können.

Herabgesetzte Preise
Küchen
naturlasiert formenschön und gediegen, komplett
320.- 245.- 205.- 185.- 150.-
weißlackiert m. Linoleum von **119.-** an
Gebr. Jungblut
Halle (Saale)
Albrechtstr. 37

Nähmaschinen
Einige gebrauchte Nähmaschinen auch versenbar weit unter Verkaufspreis, auch mit Zahlungserleichterung
Deutsche Nähmaschinen-Vertriebs-A.-G. Halle (S), Bernburg. Str. 30

Freitag früh
frische Wurst sowie alle Sorten Fleischwaren
ff. Würstchen und Sülze
Fr. Becker, Wittenberg, Kurfürstenstraße 10a
Telephon 3187 — 298

Nach kurzem schweren Krankenlager verschied plötzlich und unerwartet am 17. März mein lieber Mann, unser vergeßlicher Vater, Schwiegervater und Großvater, der Zeitungshändler
August Walter
im Alter von 51 Jahren.
Halle a. d. S., Geiststr. 35
In tiefster Trauer
Ida Walter, geb. Tomann, nebst Kindern und Verwandte.
Die Trauerfeier findet am Sonnabend, dem 21. März, vorm. 11 Uhr, in der Kapelle des Gertraudenfriedhofs statt.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0008

Aus der Arbeit der R.G.O.

Rote Liste in Beuna

A.-K. Durch zähe Arbeit ist es gelungen, dem Vordringen der gelben Sumpfpflanzen in unserem Betriebe Einhalt zu gebieten.

Die rote Einheitsliste ist da.

Den Steindorf und Geck Martin liegt sie gehörig im Magen. Die Belegschaft des Beunaer Kohlenwerks hat begriffen, daß nicht Werksgemeinschaft und auch nicht Reformismus sie aus ihrer Elendslage befreien kann, sondern daß das nur geschehen kann durch Kampf.

Die Kumpels von Beuna stehen wieder in vorderster Front. Die Kämpfe der Bergarbeiter in Mansfeld, im Ruhrgebiet und in Oberschlesien haben ihnen bewiesen, daß die RGO recht hat.

Schluß mit der Werksgemeinschaft. Schluß mit den sozialfaschistischen Bonzen! Genug des Hungers! Bereitet den Streik vor! Und zur Betriebsratswahl: Nicht die Liste des Kapitalsknechts Steindorf, nicht die Liste des Arbeiterverräters Geck. Rot wird gewählt! Jede Stimme der roten Einheitsliste, Liste 3!

Rote Liste in der Farbenbude Hartmann-Ammendorf

A.-K. Ammendorf. Zum erstenmal ist es gelungen, in der Ammendorfer Druckfarbenfabrik Hartmann eine rote Liste aufzustellen. Alles war platt, als dies bekannt wurde. Die Kollegen begannen eben einzusehen, daß sie ihre Lebenslage nicht bessern können durch Stiefelleckereien sondern nur durch Kampf unter Führung der RGO und der KPD.

Uns Chemiearbeitern soll ein dreifacher Lohnraub aufgezwungen werden. Durch die 40-Stundenwoche ohne Lohnausgleich und durch weitere Herabsetzung der Löhne, die für den April geplant ist.

Arbeiter der Farbenbude Hartmann, kämpft mit der RGO, wählt die rote Einheitsliste, deren Kandidaten sich zu folgendem

Kampfprogramm

bekennen:

Für die 40-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich.

Gleiche Arbeit — gleicher Lohn (Abschaffung der Minderentlohnung der Frauen).

Jede durch technische oder organisatorische Aenderung des Betriebes erzielte Mehrleistung muß durch Verkürzung der Arbeitszeit bei vollem Lohnausgleich ausgeglichen werden.

Das Maß der verkürzten Arbeitszeit ist vom Betriebsrat und von der aus der Belegschaft herausgewählten Kommission festzusetzen.

Beseitigung aller Prämien und Extravergütungen und ihre Umwandlung in tarifliche Lohnerhöhungen.

Festlegung aller gezahlten Löhne nach dem Farbentarif.

Gegen Entlassungen, da obendrein kein Geschäftsrückgang, sondern ein Aufstieg zu verzeichnen ist.

Für erhöhten Schutz vor Unfällen.

Anerkennung aller Verdauungs- und Hautkrankheiten als Berufskrankheit in den Reibsälen, in der chemischen Abteilung und im Tiefdruck.

Zahlung von Schmutzzulagen für die gesamte Belegschaft.

Ein Arbeitskleid für Frauen und Männer mehr pro Jahr.

Für Bezahlung bei Aufsuchen des Arztes während der Arbeitszeit.

Für Lieferung von ½ Liter Milch pro Tag für alle Farbreiber und für die Arbeiter der chemischen Abteilung.

Ungehinderte Abhaltung von Versammlungen in den Wohlfahrtsräumen im Beisein eines RGO-Vertreters.

Verbot sämtlicher Ueberstunden über den Tarif hinaus.

Ab 24. März ist die Wahl. Kollegen und Kolleginnen! Keine Stimme der reformistischen Liste oder der Liste der Gelben! Jede Stimme der roten Einheitsliste, die mit den Namen Lanakowitz und Schulz beginnt!

Schafft rote Betriebsräte in Hunger-Mansfeld

A.-K. Hettstedt. Zwei Jahre gab es auf der Silberhütte in Hettstedt einen kommunistischen Betriebsratsvorsitzenden. Im Jahre 1930 wurde zum ersten Male eine rote Betriebsratsliste aufgestellt. Sie errang mit 3 Sitzen gegenüber einem Sitz der Reformisten und 2 Sitzen der Christen und Nazis einen bedeutenden Erfolg. Der Nazi-Betriebsrat wurde gemeinsam von den Reformisten, Christen und Nazi zum Betriebsratsvorsitzenden gewählt. Die Gewerkschaftsbonzen hießen diesen ungeheuerlichen Vorgang gut, indem sie sagten, der Kommunist war uns viel gefährlicher als der Nazi, deshalb mußten wir mit dem Nazi zusammengehen.

Die Arbeiter im ganzen Mansfelder Land werden sich gerade jetzt dieses Vorganges, dieses Bekenntnisses einer Bonzenseele erinnern. Sie werden weiter sich erinnern des Verrats, der von den Sozialfaschisten ebenso wie von Nazis und Stahlhelmern und von den Christen während des heldenmütigen Streiks im Sommer des vergangenen Jahres begangen wurde. An den Lohnraub, der nach diesem Verrat und noch einmal ein halbes Jahr später an ihnen vorgenommen wurde.

Jetzt heißt es der Verräterbande eine Quittung ausstellen. Wählt überall im Mansfelder Land rote Betriebsräte! In allen Schächten, in allen Hütten, in allen Werken: Ueberall rote Betriebsräte!

Jetzt erst recht eine rote Betriebsratsliste in der Kyffhäuser-Hütte

Die richtige Antwort auf den Ausschluß des Genossen Arlt aus dem DMV

A.-K. Artern. Die Bonzen Lohse, Suhr und Konsorten treiben auch in Artern ihr schändliches Spiel. Als der Kollege Arlt am Sonnabend, dem 14. März, auf das Büro zu dem Bonzen Lohse kam, um seine Unterstützung zu holen, wurde ihm erklärt, daß er auf Beschluß der gesamten Mitgliedschaft des Metallarbeiterverbandes, Ortsgruppe Artern, ausgeschlossen sei. Dabei hat seit Januar überhaupt keine Mitgliederversammlung stattgefunden und die Kollegen wissen von die em Ausschluß gar nichts. Der Kollege Arlt hat nur aufklärend unter euch gewirkt. Der Bonzokratie war er im Wege, weil er immer ihr schändliches Verhalten euch gegenüber kennzeichnete. Nun erst recht werdet ihr Mitglieder der RGO und stellt in der Kyffhäuser-Hütte eine rote Betriebsratsliste auf. Trefft alle Vorbereitungen zum Kampf, zum Streik gegen jeden Versuch des Lohnraubs und für die Forderungen der RGO!

Bauproleten rüstet zur Bezirksdelegiertenkonferenz

am Sonntag, dem 22. März, vormittags 10 Uhr in Halle, Produktivsaal

Bis heute sind aus 12 Orten 32 Delegierte gemeldet worden. Zweifellos sind bereits in sehr viel mehr Orten Delegierte gewählt, ohne daß sie der Industriegruppenleitung gemeldet wurden.

Deshalb sofort Delegierte melden.

Die aus dem Unterbezirk einlaufenden Berichte beweisen, daß es überall vorwärts geht. Die sozialfaschistischen Gewerkschaftsbonzen verschwenden gewaltige Mengen Papier um durch Lügen und Verleumdungen den Vormarsch der RGO aufzuhalten. Dabei magt die Gesellschaft vielfach gar nicht mehr ihrer Mitgliederversammlung vor die Augen zu treten. Das gilt z. B. von Könnern, wo seit Jahr und Tag keine Mitgliederversammlung mehr stattfand. In Könnern ruhen die Geschäfte im Baugewerksbund ebenso wie im Zimmererverband in den Händen von Leuten, die sehr gut dem Stahlhelm angehören könnten. In den Nazilokalen sind sie Stammgäste und sie unterhalten zu diesen Kreisen gute Beziehungen. Dafür gelten sie als „gute Gewerkschaftsfunktionäre". Die Erwerbslosen können zusehen, wo sie ihre Marken herbekommen, weil nämlich diese „guten Funktionäre" für Erwerbslosenmarken keine Prozente kriegen. Das Vertrauen der Mitgliedschaft ist auf seiten der RGO. Die Fabrikation von Hetzschriften gegen die RGO wird betrieben, obgleich in den Lokalkassen ein furchtbarer Tiefstand herrscht.

Das Wesentliche aber ist, daß die Bauarbeiter immer mehr erkennen, daß sie bei den schwebenden Lohnverhandlungen von ihren Bonzen aufs neue betrogen werden.

Eine ganze Anzahl von Bauarbeitern hat sich kürzlich die Unterstützung auszahlen lassen und dann dem Bonzen Hübner die Bücher vor die Füße geworfen. Dabei handelt es sich um Kollegen, die dem Verbande jahrzehntelang angehören. Es muß verhindert werden, daß diese Kollegen dem Indifferentismus verfallen. Sie müssen alle für die RGO gewonnen werden.

Die Konferenz am Sonntag wird den Bauarbeitern den Weg zeigen, den sie gehen müssen, um zu einer revolutionären Kampforganisation zu gelangen. Sie wird ein großer Schritt vorwärts sein zur Organisierung des Streiks der Bauarbeiter gegen den Lohnraub und für Lohnerhöhungen und Arbeitszeitverkürzung bei vollem Lohnausgleich.

Achtung, Bauarbeiter-Delegiertenkonferenz

Am Sonntag, dem 22. März, findet in Halle, Produktiv-Saal, Lerchenfeldstraße 14, die Delegiertenkonferenz der RGO, Industriegruppe Bau, statt.

Wir ermahnen alle Ortskomitees, die Delegierten-Meldungen sofort an die Industriegruppenleitung Bau einzusenden.

Die Sammlungen zur Finanzierung der Delegierten sind energisch durchzuführen. Die Delegierten haben die Abrechnungen am Sonntag mitzubringen.

Die Konferenz beginnt pünktlich 10 Uhr.

Die Industriegruppenleitung.

Steingutproleten, Elsterwerda-Biehla, was nun?

A.-K. Zum echten Bonzen entwickelte sich der als Wahlvorstand fungierende Aucharbeiter Otto Diecke, Biehla. Er leistete sich das bürokratische Kunststück und erklärte die rote Einheitsliste zur Betriebsratswahl für ungültig. Nachdem in der Belegschaftsversammlung der Genosse Hirsch mit seinen Ausführungen bei den Arbeitern Anklang gefunden hatte, und eine „rote Einheitsliest" zustande gekommen war, hat dieser Bonze aller Voraussicht nach die Kandidaten der Einheitsliste mit seinen reformistischen Phrasen und Ablenkungsmanövern soweit gebracht, daß sie sich von der Liste streichen ließen! Als die Steingutfabrik wieder eröffnet wurde, war es Herr Diecke, als strammer Funktionär des Fabrikarbeiterverbandes, der als erster an seine Arbeitsstelle ging, trotz des unerhörten Lohnraubes. Nicht genug damit, er verdrängte andere Arbeitskollegen, um für seinen Sohn einen Arbeitsplatz zu schaffen! **An die Arbeiter und Arbeiterinnen der Steingut aber richten wir nochmals den Appell, rückt ab von diesen Elementen vom Schlage eines Diecke, schließt euch restlos der RGO an, denn nur diese ist imstande, euch durch Kampf aus diesem Elend herauszuführen. Prüft nach, wie weit die Wahl anzufechten ist, führt den schärfsten Kampf gegen die Unternehmerlakaien und nehmt in Belegschaftsversammlungen erneut zur Lage Stellung.**

Das System Dorpmüller

A.-K. Halle. Eisenbahner stehen zusammen und unterhalten sich über ihre Arbeitsstelle. Es sind 8 Mann vom Telegraphenbautrupp Halle. Seitdem der Lohnraub eingesetzt hat, wissen sie nicht, wie sie mit den Hungerpfennigen auskommen sollen. Und nun noch die Feierschicht. 28 Mark bringen sie nach Hause. Im Vorjahr gab es noch Auswärtszulage. Wenn sie heute außerhalb des Bezirks arbeiten, werden sie den anderen Bezirken zugewiesen, und sie bekommen noch weniger Lohn als hier, weil das dann eine niedrigere Lohnklasse ist.

Sind sie auf der Strecke, so sind sie allen Witterungsverhältnissen ausgesetzt. Ob es regnet oder schneit, sie dürfen nicht von der Stange, und wenn sie naß sind bis auf die Haut. Sie haben zwar einen Betriebswagen, den dürfen sie aber nur wenig benutzen. Wenn sie sich einmal trocknen wollen, kommt der Leitungsaufseher Winkler und sagt: „Ihr seid wohl verrückt — eine halbe Stunde in den Wagen zu gehen! — Wer soll denn das bezahlen?" Er selbst sieht natürlich von unten im dicken Mantel zu und schreit bloß immer: „Los, los, es muß fertig werden!"

Anders sieht es bei den Reichsbahnräten aus. Da wird sogar die Bahnpolizei als Nachtwächter benutzt, damit die Herren nicht in ihrer Mittagsruhe gestört werden. Leute von der Bahnpolizei sagen, daß jeden Tag einer von 14.30—15.30 Uhr Wache stehen muß, um die spielenden Kinder vor dem Betriebsamt Buddestraße wegzujagen, damit die Herren Reichsbahnräte nicht in ihrer Ruhe gestört werden.

Nun, ihr acht Eisenbahner! Ihr wünscht, daß es diesmal an die Oeffentlichkeit komme. Damit ist euch allerdings wenig geholfen. Schließt euch der RGO an! Wählt rote Betriebsräte! Helft die Belegschaft zum Streik zu mobilisieren gegen den Lohnraub und für die Beseitigung der gegenwärtigen abscheulichen Arbeitsbedingungen.

Eisenbahnerkonferenz

Achtung, Eisenbahnerdelegierte!

Am Sonntag, dem 22. März, findet im Lokal „Promenaden-Restaurant", Universitätsring, die Bezirkskonferenz der revolutionären Eisenbahner für den Direktionsbezirk Halle statt. Beginn 10 Uhr vormittags. Ferner fordern wir alle Dienststellen auf, welche noch keine Delegierten gewählt haben, dieses sofort nachzuholen und uns alle Delegierten bis 20. März zu melden.

Bezirksbüro der RGO Halle, Pfännerhöhe 2.

Revolutionäre Holzarbeiter aus dem Zeitzer DHV ausgeschlossen

A.-K. Zeitz. Als die Unternehmer bereits alle Vorbereitungen zur Aussperrung der Holzarbeiter getroffen hatten, tagte eine Generalversammlung des Holzarbeiterverbandes. Wer nun glaubte, daß Kampfmaßnahmen erörtert wurden, der irrt sich. Zynisch und brutal verteidigte die Zeitzer Verbandsbürokratie ihre Politik des Verrats. Als die Genossen Wagenbrett und Stephan zeigten daß überhaupt und wie der Kampf gegen die Unternehmer organisiert werden muß, war dies das Signal für das anwesende Rollkommando, sich auf die Genossen zu stürzen, um sie aus dem Saal zu schleifen. Der Versuch mißlang, weil die Mitglieder gegen das unerhörte Vorgehen protestierten. Dafür beantragten die Hopf und Konsorten ein Ausschlußverfahren gegen unsere Genossen beim Hauptvorstand. Der Hauptvorstand beeilt sich sehr gern, diesen Forderungen nachzukommen.

Auf den Ausschlußterror der Bonzen müssen die organisierten Arbeiter antworten, indem sie die Hopf und Konsorten aus dem Verbande herauswerfen.

HALLE

Freitag, den 20. März 1931.

Der blaue Expreß fährt durch die Nacht

In allen Klassen schlafen sie. In der ersten Klasse in Betten, in der zweiten auf Polsterbänken, in der dritten auf harten Sitzen; die Kinder liegen im Viehwagen auf dem Fußboden. In einer Ecke des Wagens sitzen zwei weiße „Transportleiter". Sie spielen Karten, trinken maßlos. — Aber auch Spielen und Trinken wird einmal zu langweilig. Sie suchen Abwechselung. Da liegt am Boden das Schwesterchen des Lokomotivführers, kränklich, unruhig, für diese Kerle eine willkommene Beute, ein Spielzeug für die Nacht. Wie ein Tier stürzt der eine sich auf das Mädchen, während sich der andere an diesem widerlichen Schauspiel ergötzt. Verzweifelt wehrt sich die Kleine mit ihren schwachen Kinderkräften. Ihr Bruder, der die Kleine in die Sklaverei begleiten muß, erwacht von dem Lärm, springt hinzu, um das Kind zu retten, wird aber niedergeboxt. Die höchste Verzweiflung gibt ihm wieder Kräfte, und er erwürgt den Weißen. Mit dem fiebernden Kind in den Armen stürzt er in einen anderen Waggon zu seinen Landsleuten, die beide verbergen ...

Was spielt sich weiter im blauen Expreß ab?

Arbeiter, besucht diesen gewaltigen russischen Film! Außerdem wird gezeigt: „Turksib!" Der Bau der Eisenbahnlinie Turkestan—Sibirien! Aufführungen täglich: 16.00, 18.10, 20.20 Uhr, im Lichtspieltheater „Capitol", Lauchstädter Straße.

*

Während der Vorstellung demonstrierten gestern Abend etwa 300 Nazis um das „Capitol" herum, die Niederrufe auf die russischen Filme ausbrachten. Die Nachricht darüber verbreitete sich wie ein Lauffeuer durch die Kinoräume und die Arbeiter warteten auf das Ende des Filmes, um den Nazis ihre Meinung über den Film zu sagen. Als die Proleten nach Schluß der Vorstellung aus dem Kino kamen, waren die mutigen Demonstranten verschwunden.

Immer hereinspaziert!

Es ist in der letzten Zeit um die Nazibewegung in Halle sehr ruhig geworden. Nicht etwa, daß die Hakenkreuzler ihre Schnauze nicht mehr aufreißen, sondern deshalb, weil fast kein vernünftiger Mensch mehr auf das Gekläffe der Nazis reagiert. Nun machen sie die krankhaftesten Anstrengungen, um etwas Leben in ihre Bruchbude zu bringen.

Da sollten z. B. am Dienstag in Halle fünf öffentliche „Sektionsabende" der SA stattfinden. Aber o weh! Die Sektionsabende endeten wieder mit einer gewaltigen Pleite. Die Versammlung zum Beispiel, die im „Gesellschaftshaus" stattfinden sollte, mußte wegen „allzu gewaltigen Andranges" abgeblasen werden. Die wenigen Leutchen, die sich nach dem „Gesellschaftshaus" verirren wollten, wurden nach dem kleinen Saal des Stadtschützenhauses dirigiert, wo sich ganze 150 Mann eingefunden hatten.

Der Referent verteidigte mit zynischer Offenheit den Meuchelmord der Nazis in Hamburg.

Als in der Diskussion ein Jungarbeiter den Verrat der Nazis an den Interessen des werktätigen Volkes brandmarkte, wurden die tapferen Hitler-Buben wild. Es wurde ihnen aber trotz ihres hysterischen Geschreies nichts geschenkt. So wurde es wieder einmal nichts mit der „großen Offensive" der SA.

Da versucht man es nun mit einem anderen Mittel. Der „Kampf", das Halische Nazi-Winkelblättchen, soll Tageszeitung werden. Heil und Sieg unserem Adolf! Um nun für dieses kümmerliche Winkelblättchen eine „wirkungsvolle" Reklame zu um seinen Bankrotladen wieder flott machen zu können? Man höre und staune: Der „Kampf" in Halle verfügt als einzige Zeitung in Deutschland über einen „eigenen russischen Nachrichtendienst". „Nach langwierigen Forschungen" sei es dem „Kampf" gelungen, diese Nachrichtenquelle ausfindig zu machen. Wir können uns schon denken, an welchem stillen Oertchen diese „langwierigen Forschungen" vorgenommen worden sind. Hoffentlich hat unter den „langwierigen Anstrengungen" zur Auffindung dieser Quelle authentisch-russischer Nachrichten der Magdarm des betreffenden Hakenkreuzgenies nicht gelitten.

Was macht man, wenn man gar nicht mehr ein noch aus weiß, um seinen Bankrottladen wieder flott machen zu können? Man hält sich einen richtiggehenden Fremdörder heran und veranstaltet eine große Schaustellung. Immer nur hereinspaziert, meine Herrschaften! Für eine deutsche Reichsmark kann man hier den leibhaftigen Henker des Dritten Reiches bestaunen.

Am Freitag, dem 27. März, finden in Halle drei große öffentliche Versammlungen des Kampfbundes gegen den Faschismus statt. Die nationalsozialistischen Arbeiter werden zu dieser Versammlung eingeladen. Sie werden aufgefordert, sich öffentlich zu verantworten. Thema: Der ehemalige Leutnant Scheringer und seine Erklärung gegen die NSDAP.

Selbstmordversuch eines Obdachlosen

Am 19. März, kurz nach 19 Uhr, brachte sich ein wohnungsloser Mann in der Dachritzstraße mit einem Messer eine Schnittwunde am linken Unterarm bei. Der Aufforderung eines Passanten, mit zur Sanitätswache zu kommen, leistete er keine Folge, lief vielmehr durch verschiedene Straßen nach dem Neuwerk und sprang dort in die Saale. Dem Passanten, der ihn verfolgt hatte und noch einem anderen Mann gelang es, ihn wieder aus dem Wasser zu ziehen. Alsdann erfolgte seine Ueberführung in die Nervenklinik.

Wie die Polizei mit Arbeitern umspringt

Am Freitag der vergangenen Woche wurde, wie wir kurz berichteten, in der Blücherstraße ein Arbeiter von Nazibanditen niedergestochen. Es handelt sich um den 17jährigen Arbeitersportler Schatz vom Sportverein „Atlas". Als Täter wurde der Rasiermesserheld Welz, Johannisplatz 8, festgenommen. Der überfallene Arbeitersportler, der einen Stich in die Brust erhielt, wurde in schwerverletztem Zustande zur Südwache gebracht. Die Polizei kümmerte sich hier nicht im geringsten um den Verletzten. Sie konnte auch ruhig zusehen, wie sich der Arbeitersportler von den anwesenden Zeugen ein Taschentuch nach dem andern geben ließ, um das Blut, das aus seiner Wunde strömte, zurückzuhalten. Die Beamten nahmen erst in aller Ruhe die Personalien aller Anwesenden auf und riefen erst dann ein Krankenauto herbei, mit dem der Verletzte nach der Klinik transportiert wurde. Ehe das Auto zur Stelle war, war seit der Einlieferung des Verletzten über eine halbe Stunde vergangen. So werden von Nazibanditen überfallene Arbeiter von der Polizei behandelt.

Hier ist es angebracht, einmal mit aller Eindringlichkeit die Frage zu stellen:

Wieviel Nazis gibt es bei der Hallischen Schupo?

Halle ist keine Schulstadt!

Die Hallischen Lehrer sind entrüstet über den Raubbau an den Volksschulen — Die Verteidigung des Schuletats durch den Stadtschulrat Truschel findet keinen Widerhall

In dieser Woche fand in der Aula der Talamtschule eine Versammlung des Hallischen Lehrervereins statt. Der erste Tagungsordnungspunkt befaßte sich mit dem neunten Schuljahr. Rektor Bernhardt erklärte das Scheitern des Planes der preußischen Regierung, die sich bei ihrem Vorgehen nicht so sehr von pädagogischen Gesichtspunkten, sondern von den Schwierigkeiten auf dem Arbeitsmarkt (!) leiten ließ.

Die Lehrer treten nach wie vor für das neunte Schuljahr ein. Die Entlassung der Kinder mit dem 14. Lebensjahr sei der denkbar ungünstigste Zeitpunkt, denn er trifft die Kinder mitten in ihrer körperlichen und geistigen Umbildung und stelle sie vor unüberwindliche Schwierigkeiten im Produktionsprozeß. Die Zahlen der jugendlichen Verbrecher seien hier ein sehr eindeutiger Beweis.

Wenn der Sozialdemokrat Bernhardt das neunte Schuljahr besonders fordert, weil es ohne „Bildung" keine Demokratie gäbe und die Mehrkosten für dieses Schuljahr durch Abschaffung der Konfessionsschule und eine Vereinheitlichung aller Volksschulen eingespart wissen will, so ist das eben nur eine Phrase. Die Taten der sozialdemokratischen Abgeordneten und Minister im Reich und in den Ländern zeigen bei den Abschlüssen der Konkordate und der Vorbereitung des Reichsschulgesetzes genau das Gegenteil von dem, was Bernhardt fordert. Mit Recht wurde betont, daß ein neuntes Schuljahr für die Eltern nur tragbar sei, wenn die Lehrzeit und die Berufsschulpflicht um die gleiche Zeit verkürzt werden und eine finanzielle Unterstützung erfolgt. Von diesen Forderungen wollen aber die reaktionären Schulmänner nichts wissen. Deshalb führt die Arbeiterschaft den schärfsten Kampf gegen die Einführung des neunten Schuljahres.

Das zweite Referat des Rektors Redslob zeigte durch genaue Statistiken die einzelnen Sparmaßnahmen am Volksschuletat auf, die wir im wesentlichen schon am vergangenen Sonnabend veröffentlichten. In Prozenten ausgedrückt betragen

die Einsparungen an den Volksschulen 23 Prozent, an den höheren Schulen 4 Prozent.

Rechnet man zu den eingesparten Summen noch die Kosten der Lehrkräfte für die nicht vorgesehenen Klassen hinzu, so ergibt sich ein Betrag, der eingespart wurde, von 669 827 Mark. Hiervon könne man die Mehrkosten, die der Staat trägt, in Abzug bringen. Da aber für die eingesparten Klassen normalerweise ein neues Schulgebäude gebraucht würde, muß man zu der eingesparten Summe noch einmal 600 000 Mark hinzurechnen. Die Begründung für das Nichtbauen neuer Schulen, da nach 1934 mit weniger Schülern zu rechnen sei, trifft ebenfalls nicht zu. Die Grundschule bringt heute der Volksschule eine starke Einschulung der einzelnen Jahrgänge, die nach oben durch Abgang in die Mittel- und höheren Schulen wesentlich schwächer werden. Eine Entlastung der Volksschulen ist darum auch nach 1934 überhaupt kaum zu erwarten. Dagegen ist mit einer weiteren Zunahme von je 1000 Kindern in den nächsten zwei Jahren bestimmt zu rechnen. Wird in diesem Jahre nicht noch ein neues Schulgebäude gebaut, so ergibt sich mit bestimmter Sicherheit eine weitere Steigerung der Klassenfrequenz.

Die Diskussionsredner erhoffen sich besonders durch die Proteste der Elternschaft und die Elternbeiräte noch die Abwehr der schlimmsten Sparmaßnahmen. Der Gesundheitszustand der Kinder der Volksschulen ist dermaßen katastrophal, daß an einer Klasse

25 Prozent der neu angemeldeten Kinder um ein Jahr zurückgestellt werden mußten.

Ferner wurde mitgeteilt daß der Schulausschuß weitere 38 000 Mark von allen Schuletats, davon allein an der Volksschule 21 000 Mark gestrichen hat und im Laufe der nächsten Monate mit noch weiteren Streichungen und Einsparungen zu rechnen ist.

Die Bürgerblockmehrheit des Stadtparlaments war trotz Einladung nicht vertreten. Für die KPD-Stadtverordneten sprach Genosse Herbert. Er zeigte an Hand der Sparmaßnahmen des Leipziger Rats (ohne diese zu decken) die besonders reaktionäre Rolle des Rive-Magistrats auf.

Die Differenz der Einsparungen beträgt zwischen den Volksschulen und höheren Schulen in Halle 19 Prozent, in Leipzig immerhin „nur" 7,5 Prozent.

Wir werden als Kommunisten die werktätigen Eltern mobilisieren und auch vor den letzten Konsequenzen, um diesen Schandplan zu verhindern, nicht zurückschrecken. Die Volks- und Berufsschulen werden zu Drillanstalten gemacht, um durch Kadavergehorsam und religiöse Beeinflussung die geplante Arbeitsdienstpflicht um so leichter durchführen zu können. Nur ein sozialistisches Deutschland kann aus den Volksschulen wirkliche Bildungsstätten für die Jugend machen, wie das heute schon die Sowjetunion zeigt. Rußland liquidiert innerhalb des Fünfjahrplans das Analphabetentum und führt die Schulpflicht restlos durch, wozu die Wissenschaftler des Zarismus 150 Jahre brauchen wollen.

Ein Vorstandsmitglied glaubte den Kommunisten seinen Dank für das Interesse an den Volksschulen aussprechen zu müssen, forderte aber, daß der „Klassenkampf" die Angriffe gegen einzelne Lehrer unterlassen sollte. Wir erklären diesen Herren: jeden Lehrer, der infolge Ueberarbeitung sich nur dadurch zu helfen weiß, daß er zum Prügelpädagogen wird und nicht den Mut hat, sich gegen die Ueberlastung zu wehren, werden wir auch in Zukunft brandmarken. Noch vielmehr aber diejenigen Lehrkräfte, die der Notlage der Arbeiterkinder kein Verständnis entgegenbringen und durch ihr reaktionäres, arbeiterfeindliches Auftreten sich glauben bei der Schulverwaltung Liebkind machen zu müssen.

Der Stadtschulrat Truschel erklärte dann, daß die vom Genossen H. angeführten Zahlen für die Kosten eines Volksschülers gegenüber denen eines höheren Schülers nicht stimmen. Er hätte die genauen Zahlen zur Hand — aber genannt hat er sie nicht. Stadtschulrat Truschel erklärte weiter, daß Halle den Ruf einer Schulstadt nie besessen hat. Bravo!

Für die Elternschaft, für die gesamte Arbeiterschaft überhaupt ergibt sich jetzt die Aufgabe, alle Mittel und Wege zu beschreiten, um den Schandplan der Reaktion zunichte zu machen. Es geht in diesem Kampf um die Gesundheit und die Zukunft der proletarischen Kinder.

Kein Pfennig Mieterhöhung wird bezahlt!

Wie wir bereits mitteilten, wurden vor einigen Tagen die Mieter der städtischen Neubauwohnungen im Süden der Stadt mit einem Schreiben des Magistrats beglückt, in dem ihnen mitgeteilt wird, daß sie ab 1. Juli einen höheren Mietzins zu entrichten haben. Die Erhöhung der Mieten mache sich auf Grund der Verteuerung der Hypothekenzinsen notwendig. Durch die Bestimmungen der Notverordnungen der Brüning-Regierung ist hier dem Magistrat die Möglichkeit gegeben, die Mieter der städtischen Wohnungen in der schamlosesten Weise auszuplündern. Der Magistrat hat an sie die Aufforderung gerichtet, sich bis zum 23. März mit einer vorgesehenen Mietserhöhung bis zu 20 Prozent einverstanden zu erklären.

Am Mittwoch fand im Lokal „Schrebergarten-Süd" eine von 450 Personen besuchte Protestversammlung der Mieter statt. Hier wurde von den Rednern zum Ausdruck gebracht, daß die Erhöhung der Mieten sich bei den einzelnen Mietern sogar 22 bis 45 Prozent ausmacht. Trotzdem an den Magistrat eine Einladung zu dieser Versammlung ergangen war, war kein Magistratsvertreter erschienen. In der Diskussion sprach als Vertreter der kommunistischen Stadtverordnetenfraktion Genosse Günther. Er führte aus, daß auch die Mietwucherpolitik des Magistrats auf die durch die Notverordnungen der Brüning-Regierung betriebene Ausplünderung der werktätigen Massen zurückzuführen ist. Er verwies auf den Haushaltplan, in dem wiederum ungeheure Summen für Polizei, Kirche und andere reaktionäre und unsoziale Zwecke eingesetzt sind.

Der rücksichtslose Kampf der Kommunisten gegen diesen Hungeretat und weitere Belastung der Bevölkerung soll durch den Ausschlußterror des Nazi-Bürgerblocks gegen die Kommunisten gehemmt werden.

Die Mieter der städtischen Wohnungen müssen, wenn sie sich erfolgreich gegen weitere Ausplünderung zur Wehr setzen wollen, nicht nur die Unterschrift verweigern und die Zahlung jedes Pfennigs Mietserhöhung ablehnen, sondern auch in engster Gemeinschaft mit den proletarischen Kampforganisationen gegen die Hungerpolitik der Brüning-Regierung und des Rive-Magistrats schärfstens Front machen. Der starke Beifall am Schluß der Ausführungen des Genossen Günther bewies, daß die Erkenntnis von der Notwendigkeit des Massenkampfes gegen die Mietwucherpolitik des Magistrats auch unter den Neubaumietern immer mehr Platz greift. Der Versammlungsleiter versuchte, unseren Genossen fortdauernd zu unterbrechen. Ihm war es nicht angenehm, daß „Mieterangelegenheiten" mit politischen Fragen verbunden werden. Diese kleinbürgerliche Auffassung ist nur ein Beweis dafür, daß der betreffende Herr alles will, aber nur keinen wirklichen Kampf gegen die Mieterhöhung. Nachdem einige andere Diskussionsredner in teils sehr erregten Ausführungen gegen die Maßnahmen des Magistrats protestiert hatten, wurde einstimmig eine Protestresolution angenommen. Eine Kommission wurde gewählt, die mit dem Magistrat nochmals Verhandlungen aufnehmen soll. In einer weiteren Versammlung sollte nochmals zu diesen Dingen Stellung genommen werden.

Außerdem wurde einstimmig der Beschluß gefaßt, die Bestätigung für die Mietserhöhung nicht zu unterschreiben und keinen Pfennig Mietserhöhung abzuführen. Es kommt jetzt darauf an, daß alle Mieter geschlossen zusammenstehen und diese gefaßten Beschlüsse in einheitlicher Front durchführen.

Es geht vorwärts

Die junge Ortsgruppe des Freien Radiobundes, Halle, ist im Vorwärtsschreiten begriffen. In jeder Veranstaltung sind Neuaufnahmen zu verzeichnen. Der Wille der klassenbewußten Rundfunkhörer, den Kampf gegen die Kulturreaktion, die auch in den Rundfunkprogrammen zum Ausdruck kommt, zu unterstützen, offenbart sich immer mehr. Auch das Interesse für die aktuellen allwöchentlich stattfindenden Veranstaltungen mit kollektivem Moskauempfang steigert sich. Auch das ist ein Zeichen für die starke Sympathie der Arbeiter gegenüber der Sowjetunion. In diesen Veranstaltungen kann jeder Arbeiterhörer auch seine Kenntnisse auf dem Gebiete der Radiotechnik erweitern. Alle proletarischen Rundfunkhörer und Leser des „Klassenkampf" werden aufgefordert, diese, jeden Mittwoch bei Barth, Körnerstraße 24, stattfindenden Veranstaltungen des Freien Radiobundes zu besuchen.

Mißglückter Einbruch in ein Zigarettenlager. — Am Mittwoch drangen Diebe in ein Zigarettenlager am Moritzzwinger ein. Sie wurden jedoch gestört und flüchteten unter Zurücklassung der bereits in 12 Säcken verpackten Zigaretten. Die Täter konnten noch nicht ermittelt werden.

Theater, Konzerte, Vorträge

Walhalla-Theater: „Gräfin Mariza"

Am Dienstag ging vor ausverkauftem Hause die bekannte und beliebte Operette „Gräfin Mariza" über die Bretter. Die Aufführung war ein beispielloser Erfolg. Die Darstellungsart der Künstler und die Kalmansche Musik erzeugten wahre Beifallsstürme. Einen der Darsteller besonders hervorzuheben bedeutet hier eine Ungerechtigkeit gegen jeden Nichterwähnten. Jede Piece mußte wiederholt werden, die mit der kopierten Chaplinfigur sogar fünfmal.

Die den heutigen Verhältnissen angepaßten Eintrittspreise werden sicher nicht ganz schuldlos an dem guten Besuch sein. Preise billiger wie im Kino!

Walhallatheater. Sonntag nachm. 4 Uhr findet von der entzückenden Operette: „Gräfin Mariza" eine Familienvorstellung statt zu kleinen Preisen 0,50 bis 2,50 Mark (Kinder die Hälfte). (Siehe Anzeige.)

Heraus zu den März-Kundgebungen!

Heute abend 8 Uhr im „Volkspark", Gesellschaftshaus, und bei Rauschenbach in Wörmlitz.

Rote Truppen treten auf

Rote Schmiede, Alarm, Rote Agitatoren, Arbeiter-Sängerchor, Interessengemeinschaft für die rote Sporteinheit, Arbeitermusikvereine.

Es sprechen die Genossen:

Wilhelm Koenen, Schliebs, Marie Ahlers, Reder, Claus Ebers, der zum Tode verurteilt, aus dem Zuchthaus geflüchtet und jetzt amnestiert ist.

Unkostenbeitrag 20, Erwerbslose 10 Pf.

Rote Hilfe, KPD, KJVD.

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0010

An die Eisenbahner Deutschlands!

Aufruf der Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner

Die Krise des Kapitalismus in Deutschland, die sich im Rahmen der Weltwirtschaftskrise entfaltet, steigt weiter und hat noch keineswegs ihren Höhepunkt erreicht. Ihre Merkmale sind die geringe Ausnutzung der Produktionsmöglichkeiten, starke Einschränkung und Sabotage der Produktion durch die Kapitalisten, massenhafte Stillegung von Betrieben. Millionen Arbeiter sind die Opfer der Krise. Gesteigerte Verelendung der breiten Massen durch Erwerbslosigkeit, Kurzarbeit, Lohnabbau, Steuern, Zölle, der heftige Angriff auf die Sozialversicherung und der Abbau aller sozialen Leistungen sind die Folgen des kapitalistischen Wirtschaftssystems. Die deutsche Bourgeoisie setzt planmäßig ihre rücksichtslose Offensive, den brutalen Ausplünderungsfeldzug gegen die werktätigen Massen fort.

Während in allen kapitalistischen Staaten die Krise wächst, geht der sozialistische Aufbau in der Sowjetunion gleichzeitig mit der Verwirklichung des Fünfjahrplanes mit Riesenschritten vorwärts. Große Erfolge in der Industrie, im Transportwesen und der Landwirtschaft zeugen von dem Aufschwung in dem ersten Arbeiter- und Bauernstaat.

Auch die Eisenbahner leiden unter den Schlägen der Wirtschaftskrise und dem Angriffsfeldzug der Unternehmer. Wie in allen übrigen Industriezweigen wurde auch der Lohn der Eisenbahner durch Einlegung von Feierschichten und zum Teil durch Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich abgebaut, die Krankenkassenleistungen wurden verschlechtert und ein Personalabbau durchgeführt.

Rund 70 000 Eisenbahner wurden im Jahre 1930 entlassen. 11 Reichsbahnausbesserungswerke bzw. Betriebsabteilungen derselben sowie zahlreiche Dienststellen des Betriebs- und Verkehrsdienstes sind stillgelegt worden und 1430 Bedienstete, davon 270 tödlich, durch Betriebsunfälle verunglückt. Umfangreiche Sparmaßnahmen, welche nur das Personal betreffen, werden ständig durchgeführt. Die Rationalisierung sowohl im Betriebs- wie im Werkstättendienst wird weiter betrieben, die Gedingestückzeiten herabgesetzt, die DDV immer mehr zur Verlängerung der Dienstschichten ausgenutzt.

Den Hilfsbeamten wird durch die jetzt eingeführte Ernennungs- und Beförderungssperre jede Aufstiegsmöglichkeit genommen. Die Gehälter der unseren und mittleren Beamten wurden gekürzt, eine weitere Gehaltskürzung steht den beamteten Kollegen bevor. Demgegenüber werden Millionen zur Faschisierung des Eisenbahnbetriebes, wie z. B. für den Ausbau des Bahnschutzes, der Teno, der Eisenbahnsportvereine vergeudet und Millionen an Leistungszulagen zur Korrumpierung des Personals gezahlt.

Die Tatsache, daß der Reichsbahnbetrieb für die imperialistischen Räuber von größter Bedeutung ist und aus diesem Grunde der Nationalsozialismus von den höheren Beamten bis hinauf zur Hauptverwaltung in weitgehendstem Maße unterstützt wird, verpflichtet die Eisenbahner auf allen Dienststellen und Werkstätten Betriebswehren zu bilden. Der Kampfbund gegen den Faschismus muß auch die Wehrorganisation der Eisenbahner werden.

Die Maßnahmen der Hauptverwaltung sind in vollem Einvernehmen mit aktiver Unterstützung der Gewerkschaftsbürokratie, sowohl des Einheitsverbandes der Eisenbahner Deutschlands, der GdE und des ADB durchgeführt worden. In diesem Kurs soll es weiter gehen. Bereits im Etat 1930 sieht die Hauptverwaltung sowohl im Werkstätten-, Bahnunterhaltungs- sowie im Betriebs- und Verkehrsdienst umfangreiche Reduzierungen des Personals vor. Der Reichsverband der deutschen Industrie, der Verwaltungsrat der Deutschen Reichsbahngesellschaft, einschließlich der sogenannten Arbeitervertreter, sowie alle Handels- und Wirtschaftskammern

forderten die Kündigung des Lohnabkommens der Eisenbahner zum 31. März d. J. Dieser Forderung ist die Hauptverwaltung nachgekommen und hat den Lohntarif bereits gekündigt.

Die Eisenbahner stehen vor sehr wichtigen Entscheidungen. Auf irgendwelche Maßnahmen der Gewerkschaftsbürokratie gegen den Lohnabbau warten, bedeutet, die Rolle dieser Lakaien nicht erkennen und ist eine ernste Gefahr für die Eisenbahner. Jeder Eisenbahner muß sich darüber klar sein, daß die Gewerkschaftsbürokratie der Eisenbahnerverbände, die bisher alle Maßnahmen gemeinsam mit Dorpmüller gegen die Eisenbahner durchgeführt hat, auch den Lohnabbau mit der Hauptverwaltung durchführen wird. Wie in allen übrigen Industriegruppen die Gewerkschaftsbürokratie gemeinsam mit den Unternehmern gegen den Willen der Arbeiter den Lohn abbaute, wird auch die Bürokratie der Eisenbahnerverbände die Eisenbahnverwaltung bei der Durchführung des Lohnabbaues aktiv unterstützen.

Was ist zu tun?

Unsere Klassenbrüder in den Industriezentren, wie im Ruhrgebiet, Niederrhein, Halle-Merseburg, Oberschlesien, Berliner Metallarbeiterstreik, die Hafenarbeiter in Hamburg, Bremen, Stettin, Danzig sowie der Chemnitzer Straßenbahnerstreik usw. haben uns den Weg gewiesen.

Diese Arbeiter, ob unorganisiert, ob christlich oder sozialdemokratisch, haben unter Führung der RGO und ihrer selbstgewählten Kampfleitungen den Kampf gegen den Lohnabbau organisiert und geführt. Sie traten gemeinsam trotz Anwendung des brutalsten Terrors der Unternehmer, der Polizei, der größten Sabotage und des offenen Verrats der Gewerkschaftsbürokratie in den Streik und wehrten nicht nur einen Lohnabbau ab, sondern zeigten der Arbeiterklasse die gewaltige politische und wirtschaftliche Bedeutung der gegenwärtigen Kämpfe.

Zur Verhinderung des Lohnraubes müssen die Eisenbahner als bedeutender Faktor die Organisierung des Streiks in Angriff nehmen.

Als erste Maßnahme ist die Bildung von vorbereitenden Kampfausschüssen auf allen Dienststellen durchzuführen.

Die Konferenz richtet an die Eisenbahner des gesamten Reichsbahngebiet den Appell, dem Beispiel unserer Klassenbrüder in den anderen Industriezweigen zu folgen und jeden Lohnabbau mit der Auslösung des Streiks zu beantworten.

Die Organisierung und Auslösung des Streiks gegen den Lohnraub durch die Eisenbahner ist gleichzeitig ein Kampf gegen das faschistische Raub- und Hungerprogramm der Brüning-Regierung, die durch den politischen Massenstreik, durch die Volksrevolution hinweggefegt werden muß.

Die Reichskonferenz legt als Forderung der Eisenbahner zur Auslösung des Kampfes fest:

Kampf gegen die Brüning-Regierung. Kampf gegen jeden Pfennig Lohnabbau. Kampf für die Erhöhung der Löhne und Gehälter, um die Dienstfähigkeit des Eisenbahnpersonals zu sichern und die Betriebssicherheit bei der Eisenbahn zu gewährleisten. Kampf für die Beseitigung der Feierschichten. Gegen die Entlassungen. Einführung des Siebenstundentages bzw. der 40 Stundenwoche mit vollem Lohnausgleich. Beseitigung der Dienstdauervorschriften, der Wirtschaftsgebiete, der Ortslohnstaffeln und Ortsklassen. Reduzierung der Lohngruppen von 9 auf 3. Gegen das System der Leistungszulagen, das Gedingeverfahren, sowie die Mitwirkung bei Sloppuhrzeitaufnahmen. Gegen Bahnschutz, Teno- und Werksportvereine. Gegen die Faschisierung des Reichsbahnbetriebes, sowie gegen den faschistischen und sozialfaschistischen Terror. Für die Wiedereinstellung der abgebauten Arbeiter und Beamten und deren Neueinstellung unter Mitwirkung der Arbeiter- und Beamtenräte.

Ihr sozialdemokratisch, ihr christlich organisierten Eisenbahner, und ihr noch dem AEV angehörenden und unorganisierten Eisenbahner bildet mit den in der RGO organisierten Eisenbahnern eine einheitliche revolutionäre Front zur Erkämpfung dieser Forderungen, welche auch eure Forderungen sind. Laßt euch nicht weiter von der Gewerkschaftsbürokratie für die Interessen Dorpmüllers mißbrauchen.

Kein Jünkchen Vertrauen mehr zu diesen Streikbruchorganisatoren.
Wählt in allen Betrieben rote Funktionäre!
Wählt in allen Betrieben vorbereitende Kampfausschüsse!
Stellt überall betriebliche Kampforgane auf!
Wählt in allen Dienststellen auf der Grundlage der Forderungen des betrieblichen Kampfprogramms zur Durchführung der Betriebsrätewahlen einen revolutionären Wahlausschuß.
Stellt in jeder Dienststelle eine rote Einheitsliste zur Betriebsrätewahl auf.

Eisenbahnerkollegen, ihr steht in diesem Kampfe nicht allein. Die gesamte Arbeiterklasse Deutschlands steht auf eurer Seite. Die Solidarität der Arbeiterklasse der ganzen Welt ist euch gewiß. Sechs Millionen Arbeiter in Deutschland, für die ebenfalls das Lohnabkommen am 31. März dieses Jahres abläuft, rüsten bereits unter Führung der RGO zum Streik.

Der Kampf für unsere Forderungen, sowie die Betriebsrätewahlen müssen gleichzeitig den Auf- und Ausbau der RGO stark fördern. Das Reichskomitee der RGO hat zur Steigerung des Kampfes gegen die Hungeroffensive, zur Mobilisierung der Massen zu den Betriebsrätewahlen und zur Stärkung der RGO einen Sturmplan aufgestellt. Die Reichskonferenz fordert die Eisenbahner des Reichs auf, die Durchführung dieses Sturmplanes sofort in Angriff zu nehmen und alle Maßnahmen der Reichsleitung tatkräftig zu unterstützen.

Werdet Mitglied der RGO!
Schafft in allen Dienststellen Betriebsgruppen der RGO!
Lest und verbreitet den „Volldampf", das Reichsorgan der RGO, Industriegruppe Eisenbahner!
Es lebe der Kampf der Eisenbahner gegen die Brüning-Regierung, gegen das System Dorpmüller, gegen National- und Sozialfaschismus — für ein Sowjetdeutschland!
Es lebe die Revolutionäre Gewerkschaftsopposition, die RGO und die KPD als Führerin der Arbeiterklasse!
Für die Befreiung der Arbeiterklasse vom kapitalistischen Joch!
Für die von der Reichskonferenz aufgestellten Forderungen!

Reichskonferenz der revolutionären Eisenbahner.

Arbeiterinnenkommission und Jugend-RGO-Betriebsgruppen

Bei den Betriebsgruppen und Ortskomitees sind mindestens 20 Arbeiterinnen-Kommissionen zu bilden. Die Tausende von Frauen und Jugendlichen in der Chemie- und Papierindustrie müssen dem Einfluß der Kapitalisten und ihrer faschistischen und sozialfaschistischen Helfershelfer entzogen werden. In allen Betrieben, wo Jugendliche beschäftigt sind, müssen sofort Jugendgruppen und Jugend-Vertrauensleutekörper gebildet werden, die aufs engste mit ihren älteren Klassengenossen zusammenarbeiten.

Ist in deinem Betrieb schon eine Betriebsgruppe der RGO?

Wenn nicht, dann schreibe sofort an das Bezirkskomitee der RGO Otto Schlag, Halle, Pfännerhöhe 2. Nimm die Betriebskollegen zusammen und fordere zu dieser Sitzung einen Referenten von obiger Adresse an.

SPD-Zeitungen als Unternehmerwaffe gegen die Betriebszeitungen

In Bremen will die Direktion der „Bremen Bessingheimer Oelfabriken" den roten Betriebsrat August Raschen maßregeln. Sie hat beim Arbeitsgericht die Amtsenthebung des Betriebsrats Raschen beantragt. Die ganze Arbeiterschaft wird es interessieren, daß in dem Schreiben der Firma an das Arbeitsgericht sich wörtlich folgender Satz befindet:

„Ein Zeitungsausschnitt aus der „Bremer Volkszeitung" vom 25. März 1930, der in Abschrift beiliegt, beleuchtet das Verhalten des Raschen sehr deutlich."

Die „Bremer Volkszeitung" ist das dortige sozialdemokratische Blatt. Der Artikel, auf den sich die Direktion beruft, ist die übliche verleumderische Schreiberei, wie sie SPD-Zeitungen überall gegen rote Betriebsräte richten. Der Fall beweist erneut, daß die sozialdemokratischen Führer die offenen Verbündeten des Unternehmertums, daß sie ganz gewöhnliche Spitzel und Lakaien der Ausbeuter sind.

Macht es das Hallische „Volksblatt" nicht ebenso? Hat es nicht immer wieder die Leuna-Könige aufgefordert die roten Betriebsräte zu entlassen?

Macht Schluß mit diesen Verrätern des Proletariats. Für die klassenbewußten Arbeiter kann es nur eines geben: **rote Betriebsräte. Wählt bei den Betriebsrätewahlen die roten Einheitslisten, deren Kandidaten allein allen Unternehmerterror, allen sozialdemokratischen Denunziationen zum Trotz den entschiedenen Klassenkampf gegen das ausbeuterische Unternehmertum führen.**

Jeden Tag im Betrieb

muß die Werbearbeit durchgeführt werden für das Märzaufgebot, für rote Betriebsräte und starke kommunistische Zellen, die Führer der Belegschaften im Kampf gegen Unternehmerangriff und Faschismus.

Rundfunk-Programm

Sonnabend, den 21. März

10 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 10.05 Uhr: Wetterdienst und Verkehrsfunk. 10.10 Uhr: Bekanntgabe des Tagesprogramms. 10.15 Uhr: Was die Zeitung bringt. 11 Uhr: Werbenachrichten außerhalb des Programms der Mitteldeutschen Rundfunk-AG. 11.45 Uhr: Wetterdienst, Wasserstandsmeldungen und Schneebericht. 12 Uhr: Robert-Schumann-Stunde (Schallplatten). 12.30 Uhr: Schulfunk. 12.55 Uhr: Mauener Zeitzeichen (Schluß 13 Uhr). 13 Uhr: Wettervoraussage. Presse- und Börsenbericht. Anschließend: Wunschprogramm (Schallplatten). 14 Uhr: Erwerbslosenfunk. 14.30 Uhr: Bastelstunde für die Jugend. 15.15 Uhr: Blick in Zeitschriften: Amateurphotographie. 15.45 Uhr: Wirtschaftsnachrichten. 16 Uhr: Stunde der Jugendlichen. 16.30 Uhr: Bordkonzert. 17.30 Uhr: Wetterdienst und Zeitangabe. 18 Uhr: Funkbastelstunde. 18.20 Uhr: Deutsch. 18.40 Uhr: Zwei Novellen um Beethoven und Brahms von Albert Leitich. 19 Uhr: Gegenwartsfragen der deutschen Leibesübungen. 19.30 Uhr: Unterhaltungskonzert. 21 Uhr: Kabarett „Stammtisch". 22.20 Uhr: Nachrichtendienst und Sonntagsprogramm. Anschließend bis 24 Uhr: Tanzmusik.

Verantwortlich: Bruno Rothe, Halle, für Politik, Lokales, Saalkreis und Beilagen; Elia Seidel, Halle, für Provinz; Kurt Kühn, Merseburg, für Betriebe und Gewerkschaften; Arthur Burkert, Halle, für Anzeigenteil.

Wie wird das Wetter?

Sonnabend: Fortdauer der herrschenden Witterung.
Sonntag: Zunehmende Bewölkung, sonst aber noch keine wesentliche Aenderung wahrscheinlich.

Jeder ist begeistert!

denn unsere Frühjahrskollektion ist wirklich einzigartig in Güte und Preiswürdigkeit. Der Reichtum an Modellen und Farben wird allen Variationen der Mode gerecht.

Lonson Tack

Verkaufsstelle Conrad Tack & Cie. G. m. b. H.
Halle a. S., Leipziger Straße 11
Weitere Verkaufsstellen u. a. auch in Nordhausen

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0011

Panzerkreuzer von SPD gerettet!

Die SPD-Fraktion beschließt Stimmenenthaltung in der zweiten Lesung — Bedingungsloser Verzicht auch auf alle Scheinkonzessionen Brünings — Jetzt haben die SPD-Arbeiter das Wort.

Gestern früh veröffentlicht der „Vorwärts“ unter der Ueberschrift „Keine Panzerkreuzer-Krise“ die Mitteilung, daß die SPD-Reichstagsfraktion gestern für die heute beginnende zweite Beratung des Wehretats beschlossen hat, sich bei der Abstimmung über die letzte Rate für den Panzerkreuzer A und die erste Rate für den Panzerkreuzer B der Stimme zu enthalten. Damit wird die Mehrheit für die Annahme des Panzerkreuzers B gesichert.

Der Beschluß auf Stimmenthaltung ist, wie die „Neue Leipziger Zeitung“ meldet, gleichzeitig ohne Verbindung mit den bisher zum Schein von der SPD erhobenen steuerpolitischen Forderungen, die als Konzession für die Rettung des Panzerkreuzers B gedacht waren, gefaßt worden. Das bedeutet, daß die Sozialdemokratie nicht einmal mehr den Versuch macht, ihren schändlichen Verrat in der Panzerkreuzerfrage auch nur zum Schein von irgendwelchen Zugeständnissen Brünings abhängig zu machen. Bedingungslos rettet die Sozialdemokratie Groeners Panzerkreuzer für den Interventionskrieg gegen die Sowjetunion.

Dieser Beschluß der sozialdemokratischen Reichstagsfraktion wird unter den Arbeiteranhängern der Sozialdemokratie eine furchtbare Wirkung haben. Wochenlang hat die sozialdemokratische Presse gegenüber den kommunistischen Zeitungen, die die Bereitwilligkeit der sozialfaschistischen Führer zum Bau des Panzerkreuzers B zu sichern, behaupteten, erklärt, **die Fraktion sei noch völlig frei in ihren Entschlüssen und es sei noch keineswegs heraus, wie sie entscheiden werde.** „Verfrühte Hetze der Kommunisten“ schrieb der „Vorwärts“ noch vor wenigen Tagen in diesem Zusammenhang. Jetzt ist kein Zweifel mehr möglich.

Der Beschluß auf Stimmenthaltung rettet endgültig die Mehrheit für den Panzerkreuzer B.

Was aber die klassenbewußten sozialdemokratischen Arbeiter noch tiefer empören muß, ist die Tatsache, daß die SPD-Fraktion diese ihre schändliche Haltung gegenüber dem Groenerschen Wehretat **bedingungslos und unter Preisgabe auch der steuer- und sozialpolitischen Forderungen einnimmt, von ihren Bewilligungen durch Brüning sie bis zum letzten Tage in ihrer gesamten öffentlichen Agitation ihre Zustimmung abhängig machen wollten.**

Der „Vorwärts“ weiß, welche ungeheure Wirkung dieser Beschluß unter den sozialdemokratischen Arbeitern haben muß. Er schreibt, daß die Feinde der SPD jetzt darauf spekulieren würden, „daß Meinungsverschiedenheiten innerhalb der Partei zu Richtungskämpfen und Lähmung der Kampfkraft nach außen führen werden“.

Dann folgt eine deutliche Drohung an oppositionelle SPD-Mitglieder, wenn es heißt:

„Kein Sozialdemokrat wird jedoch sein Recht zur Kritik in einer Weise benutzen wollen, die ihn wider Willen zu einem Helfer unserer schlimmsten und gefährlichsten Feinde macht.“

Das ist nicht nur eine deutliche Drohung an die „Linken“, das ist viel schlimmer: das bedeutet die **Ankündigung der Massenausschlüsse** klassenbewußter revolutionärer SPD-Arbeiter, wenn **sie es wagen, ihre Stimme gegen den Panzerkreuzerverbrecher zu erheben.** „Keine Panzerkreuzerkrise“, jubelt der „Vorwärts“. Er soll zu früh gejubelt haben. Die SPD-Führer haben die Regierungskrise für Brüning vermieden, aber die Krise in ihrer eigenen Partei, die sie jetzt heraufbeschworen haben, muß von tödlicher Wirkung für die sozialfaschistischen Führer sein. Was werden die „Linken“ tun? Was wird Seydewitz tun?, gegen den der Parteivorstand insgeheim bereits Material an die SPD-Zeitungen im Reiche verschickt, um ihn, falls er zu opponieren wagt, durch persönliche Hetze unmöglich zu machen? Wird Seydewitz, werden die „Linken“ wiederum feige kapitulieren vor der Diktatur des Groener-frommen Parteivorstandes?

Eins jedenfalls wissen wir: die sozialdemokratischen Arbeiter werden nicht schweigen! Sie werden und müssen den Bruch mit der Panzerkreuzerpartei vollziehen wenn sie sich einen Funken Klassenbewußtsein bewahrt haben. Der Beschluß der Reichstagsfraktion wird auch die letzten Illusionen derer zerschlagen, die vielleicht bisher noch glaubten, die Sozialdemokratie auf den Weg des Klassenkampfes zurückführen zu können.

Massensturm gegen den Panzerkreuzer-Sozialismus!
Bruch mit den sozialfaschistischen Verrätern!
Heraus aus der Groener-Partei!
Hinein in die einzige antifaschistische Partei, die KPD!

Neues Todesopfer der Polizei in Düsseldorf

Wilder Terror gegen die empörte Arbeiterschaft — Frecher Ueberfall auf das Parteihaus

(Eig. Drahtm.) Düsseldorf, 19. März.

Im Verlauf des heutigen Tages ist ein **zweites Opfer des blutigen Polizeiüberfalls** seinen schweren Verletzungen erlegen. Alle anderen Verletzten liegen noch im Krankenhaus. Es besteht nach wie vor Lebensgefahr.

In den **Betrieben, auf den Stempelstellen,** in den Wohnbezirken der Werktätigen brandet die **Massenempörung.** Ueberall demonstrieren in den späten Nachmittagsstunden die Arbeiter, Arbeiterinnen und Mittelständler ihren unbeugsamen Kampfeswillen gegen Hunger, Faschismus, Polizeiterror und christlich-sozialfaschistische Preußenregierung. Zur Zeit jagen Ueberfallkommandos mit **Scheinwerfern, Panzerautos und berittene Polizeistreifen** durch die Straßen. Fliegende Gummiknüppel, schwingende Karabinerkolben gegen Arbeiter und willkürliche **Massenverhaftungen** sind an der Tagesordnung.

Während die Arbeiter in allen Stadtteilen demonstrierten, überfiel die Polizei das Haus der Kommunistischen Partei, besetzte es und nahm zum Schein eine Haussuchung vor, bei der Broschüren und Zeitungen beschlagnahmt wurden. Insgesamt 10 Genossen, die zufällig im Hause anwesend waren, darunter der Genosse Knoth von der Geschäftsführung, wurden verhaftet. Die Polizeiaktion Langelns gegen das Parteihaus hatte allein den Zweck, die Führung der Kommunistischen Partei zu verhaften, um die Kampfentschlossenheit der Düsseldorfer Arbeiter zu schwächen.

Polizeiüberfall auf die „Dresdener Arbeiterstimme“

(Eigener Bericht.) **Dresden,** 19. März.

Die Polizei des Altsozialdemokraten Kuehn organisierte heute eine großangelegte Razzia gegen die „Arbeiterstimme“, die bis zum 21. März verboten ist. Vom Verlag war ein Werbeplakat zum Wiedererscheinen der „Arbeiterstimme“ herausgegeben. Einige Exemplare des Plakates wurden beschlagnahmt. Die Ueberfallkommandos suchten sämtliche Büroräume der Kommunistischen Partei, der RGO und der revolutionären Massenorganisationen auf, um Exemplare des Plakates zu beschlagnahmen. Es gelang ihr jedoch nur, einzelne zu erhalten.

Die Etatnummer des „Roten Wähler“

bringt wiederum eine Fülle von Agitationsmaterial.

Der Rote Wähler erscheint einmal monatlich achtseitig und ist für 10 Pfennig durch alle Literaturstellen, Buchhandlungen und durch die Post zu beziehen.

Kauft deutscher Hände Wertarbeit bei Mettner

Nicht nur einzelne — nein — alle

haben das Recht auf moderne gediegene Kleidung! Jedermann dazu zu verhelfen, das ist unsere Aufgabe. Durch unsere zwei eigenen Kleiderfabriken, die auf das allermodernste eingerichtet sind, und mit zu den größten Deutschlands zählen, sollen auch Sie Ihren Oster-Anzug oder -Mantel preiswert und gut bei uns kaufen. Die schönsten Frühjahrs-Anzüge und -Mäntel preiswert wie nie liegen zur Auswahl bereit!

Teilzahlung

1/4 Anzahlung
16—20 Wochenraten nach Wunsch

Der moderne Slipon, der neue Übergangsmantel. Er ist bequem, leicht, auf K-Seide gefüttert. Er kostet nur 49.— Mk.

Der neue Frühjahrs-Anzug Kammgarn, reine Wolle, in allen modernen Farben, in breit oder schmal gestreift, auch kariert oder matt blau nur 54.— Mk.

Der moderne Sport-Anzug ist heute fast unentbehrlich. Sie finden ihn bei uns in allen Farben und Ausführungen mit 2 Hosen oder auch Joppe und Hose. Sie können ihn schon von 17.50 Mk. haben

Mettner
Halle a. d. S., Leipziger Straße 85 — Merseburg, Weißenfelser Str. 3

Unseren Kunden-selbst bei Teilzahlung-alle Vorteile!

Billig!
Blutfrische
Seefische
4 Pfd. nur 1.- M.
empfiehlt
Hugo Schädel
Zeitz 1014

Prima
Fleisch- und Wurstwaren
empfiehlt
Hugo Hoffmann
Roßschlächterei
Weißenfels
Fischgasse 1

Auf Kredit!
Damen-Mäntel
Kleider, Kostüme
Herren-Anzüge
Herren-Mäntel
Schuhe, Strümpfe
Kleine Anzahlung.
Kleine Wochenrate.
Klingler Leipziger Str. 11, I
Eingang Sandberg

Weinkellerei — Likörfabrik
F. G. Menge
Weißenfels

Tagesordnung
für die Sitzung der Stadtverordneten am Montag, dem 23. März 1931
16 Uhr
Oeffentliche Sitzung.

1. Ersatzwahl für den Gewerbesteuer-Ausschuß.
2. u. 3. Grundstücksaustausch und Grundstücksveräußerung.
4. Antrag betr. Vergebung des Thaliasaales.
5. Haushaltsplan 1931.

Halle, den 19. März 1931.

Der Stadtverordneten-Vorsteher.
Busse.

Inserieren bringt Gewinn

Konsum-Produktiv-Genossenschaft „Volkshaus“ Bockwitz e. G. m. b. H.
Kreis Liebenwerda (Provinz Sachsen)

Bilanz am 31. Dezember 1930

Vermögen			Schulden	
Kasse		147,02	Konto-Korrent	9 551,88
Waren		3 220,27	Bank-Giro	692,68
Bankkonto GEG		494,55	Geschäftsanteil	1 842,55
Sparkasse Konsumverein		78,60	Hausanteil	2 467,59
Heizung u. Masch.	2 459,06		Hypotheken	59 900,00
Abschreibung 50%	1 500,00	959,06	Guthaben ausgeschied. Genossen	147,95
Inventar	6 750,70		Reserven	4 309,68
Abschreibung 25%	1 687,00	5 063,70	Darlehn	1 500,00
Gläser u. Geschirr	1 098,15			
Abschreibung 60%	606,75	491,40		
Grundstück I	14 712,70			
Abschreib. 1½%				
v. Brandkassenw.	475,00	14 237,70		
Grundstück II	57 495,08			
Abschreib. 1½%				
v. Brandkassenw.	1 776,00	55 719,98		
		80 412,28		80 412,28

Gewinn- u. Verlustrechnung am 31. Dez. 1930

Verlust		Gewinn	
Unkosten	12 533,05	Waren	27 667,37
Grundstücksertrag	303,18		
Steuern	3 081,64		
Zinsen	5 191,95		
Saal	508,80		
Abschreibungen	6 044,75		
	27 667,37		27 667,37

Mitgliederbewegung im Berichtsjahr 1930

Bestand am Anfang des Jahres	214 Mitglieder
Neu eingetreten im Laufe des Jahres	35 „
	249 Mitglieder
Ausgetreten durch Kündigung	6 „
Bestand am Schlusse des Jahres	243 Mitglieder

Die Haftsumme der Mitglieder beträgt 243 × 20 RM = 4860 RM.

Der Vorstand
Böhme. Stahn. Paulick.

Vorstehende Bilanz, Gewinn- und Verlustrechnung haben wir geprüft und mit den Büchern übereinstimmend gefunden.

Der Aufsichtsrat
Willy Möbius. Paul Handrick. E. Proffen.
W. Fuchs. R. Daßdorf. P. Mittig.

Ausstellung der städtischen Berufsschule
(Langendorfer Straße — Seminar.)

Die städtische Berufsschule veranstaltet am Sonnabend, dem 21. März, von 15—18 Uhr, und Sonntag, dem 22. März, von 9—12 und 14—18 Uhr, eine Ausstellung der Arbeiten und Zeichnungen der Gewerbe- und hauswirtschaftlichen Abteilung.

Weißenfels, den 19. März 1931. Der Direktor.

Neu! **Berufs-Schuhwaren** Neu!
aller Art, sowie Luxusschuhe für Herren, Damen und Kinder, sind in den neuesten Formen u. Ausführungen neu eingetroffen. **Spottbillig!**
Kleiderstoffe und sonstige Textilwaren sind in Massen am Lager.
SONNTAG
Holzweißig — Petersroder Straße 78

Werbt Abonnenten!

Sie brauchen Schuhe!
dann gibt es **nur einen Weg** für Sie zu
Engelart
im Hofe Hotel „Rotes Roß“, Leipziger Str. 76, I Tr.

Das Baby schreit

nach d. schönen, formvollendeten und immer reizend ausgestatteten
Kinderwagen oder **Klappwagen** vom
Bettenhaus Bruno Paris
Kleine Ulrichstr. 2 b. Domplatz 9
(3 Minuten vom Markt)
Kinderwagen M. 49.—, 52.—, 63.—, 72.—, 85.—
Klappwagen mit Verdeck M. 37.50, 40.50, 46.50, 48.-, 52.—, 57.—
ohne Verdecke M. 16.25, 17.50 usw.
Stubenwagen M. 10.75, 13.-, 15.-
elegant garn. M. 28.-, 30.-, 33.-
Entgegenkommende Zahlungsbedingungen

Halle höre!
Die große
Barnum-Schow
welche mit großem Erfolg das
In- und Ausland bereiste,
kommt mit den seltsamsten Abnormitäten zum 1. Male auf den
Hallischen Jahrmarkt
Darum auf zur
Barnum-Show

Geschäftseröffnung!
Allen meinen Gästen, Freunden und Sportlern zur Kenntnis, daß ich das Lokal
Zum Hettstedter Bahnhof
Mansfelder Straße 43
übernommen habe. Die renovierten Räume werden morgen, Freitag, den 20. 3. wieder eröffnet. Um gütigen Zuspruch bitten
Paul Hammer und Frau

Gasthof Lindenhof
Delitzsch 337
empfiehlt allen Vereinen seine Lokalitäten zur gefälligen Benutzung

Bottendorf
Arbeiter, kauft eure Textilwaren nur bei
Fa. Harm. Wagner, Inh. Walt. Wagner

Licht-Anlagen
Radio-Anlagen
Beleuchtungskörper
Kurt Kreutzer
Delitzsch, Promenade 12

Gebt für die Rote Hilfe

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0012

Klassenkampf

10 Jahre

Kommunistisches Organ für den Bezirk Halle-Merseburg

Der „Klassenkampf" erscheint jeden Werktag nachmittag, außer Sonn- und Feiertag. Bezugspreis: frei Haus monatlich 2.40 Mark; durch die Post bezogen 2.50 Mark, ohne Zustellungsgebühr. Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH. Halle, Leipzigerstraße 14. Fernruf: 210 45 (Red.), 210 47 (Verlag).

Mit der Illustrierten Arbeiter-Zeitung Der Rote Stern

Anzeigenpreis: 15 Pf. für den mm Höhe und Spalte; 1 Mk. im Textteil. Bankkonten: Kreisbank der Saalkreises Halle; Commerz- und Privat-Bank Halle. Postscheckkonto: Leipzig 264 71 Halle-Merseburger Zeitungsverlag. Druck und Verlag: Halle-Merseburger Zeitungsverlag GmbH., Halle, Leipzigerstraße 14.

Einzelpreis 15 Pf. | Halle, Freitag 20. März 1931 | 11. Jahrgang Nr. 67

Die Landarbeiter im Angriff!

Die Streikwelle wächst — Verbreitert die Kampffront — Schafft den roten Einheitsverband der Land- und Forstarbeiter!

Halle, den 20. März.

Die Landproletarier erwachen. Sie wehren sich gegen Junkerterror, Lohnraub und reformistischen Bonzenverrat. Die unermüdliche Arbeit der RGO hat die Massen des Landproletariats aufgerüttelt.

Auf vielen Gütern Mitteldeutschlands haben bereits Vorpostengefechte zum großen Landarbeiterstreik anläßlich der jetzt einsetzenden Frühjahrsaussaatkampagne stattgefunden. In der Nähe von Könnern, auf den Gütern Mauken bei Pretzsch, Schulpforta und Friedrichsroda bei Naumburg wurde und wird zum Teil noch bereits gestreikt. Die Gutsbesitzer wurden teilweise gezwungen, den Forderungen der Streikenden nachzugeben. Manchmal gelang es ihnen noch, durch Versprechungen die Aufnahme der Arbeit zu veranlassen. In zahlreichen Landarbeiterkonferenzen sind diese ersten Vorpostengefechte auf den Gütern mit Stürmen von Begeisterung begrüßt worden.

Immer stärker wird der Kampfwille der Landarbeiter. Aus Beesenlaublingen wird berichtet, daß dort eine Versammlung stattfand, an der auch die Gutsbelegschaften der Domäne Beesenlaublingen und des Rittergutes Koplitz teilnahmen.

Es wurde beschlossen, den Kampf um die eigenen Forderungen aufzunehmen und alle notwendigen Maßnahmen zur Auslösung des Streiks auf diesen beiden Gütern durchzuführen.

Begeistert wurde es begrüßt, daß endlich durch die RGO im Kampfe gegen Lohnraub und sozialfaschistischen Verrat die einheitliche Kampforganisation des Landproletariats durch Schaffung des roten Einheitsverbandes der Land- und Forstarbeiter gebildet werden soll.

Aus Zöberitz schreiben uns Landarbeiter, daß sie selbst gegen den Kreisleiter Böhlert auf das schärfste eingestellt sind, weil sie nicht sehen, daß der DLV irgend etwas unternimmt, um gegen den Schandlohnschiedsspruch die Landarbeiter zu mobilisieren. Das einzige, was die Bonzen können, ist eine wilde Hetze gegen die RGO.

Voller Empörung begrüßen auch diese Landarbeiter die Vorbereitung des Kampfes durch die RGO und die Schaffung einer Kampforganisation für die Landarbeiter.

Streik in breitester Front, Massenstreik gegen den Lohnraub, für Erhöhung der elenden Landarbeiterlöhne, für die Forderungen der RGO! Das ist der einzige Ausweg für das gesamte Landproletariat aus Not und Elend.

Die Schüsse auf die streikenden Landarbeiter in Nelben waren ein Signal.

Die Junker wollen den Kampf. Nun, sie sollen ihn haben. Die Landarbeiter wollen nicht im Elend verrecken, sie wollen kämpfen. Die Industriearbeiter und die Massen der Erwerbslosen müssen und werden ihnen helfen. Auf den Gütern müssen Gutswehren geschaffen werden, die gemeinsam mit den Betriebswehren und Kampfstaffeln den Schutz der Streikposten übernehmen. Die Solidarität der breitesten Massen mit den streikenden Landarbeitern wird hergestellt werden. Sie war und ist bereits bei den kleinen Vorstößen vorhanden.

Auf allen Gütern rote Gutsräte! Sie sichern die Erfolge des Streiks. DLV und gelbe Verbände können und wollen nicht kämpfen gegen den Lohnraub der Großagrarier. Längst stehen [illegible] Die Landarbeiter- [illegible] häre Kampfge- [illegible] hsfront aller Land- [illegible] bildet. Schon haben [illegible] anzig und Ver- [illegible] nverband der Land- [illegible] vor einem schweren [illegible] Mitteldeutsch- [illegible] er die Grenzen [illegible] ämpfende Ein- [illegible] ndproletariats her- [illegible]

[illegible] fordert noch einmal [illegible] elegschaften und die [illegible]

[illegible] eiterkonferenz [illegible] Lokal Hübner, [illegible] zu entsenden. [illegible] enz des Roten [illegible] orstarbeiter ist [illegible] Meldet sofort [illegible] e der RGO in [illegible]

[illegible] Richtigkeit, muß [illegible] chlüsse für die [illegible] für die Organi- [illegible] assen. [illegible], gegen die Massen- [illegible] die Kampfbataillone [illegible]

Glänzender Sieg der RGO im Aluminiumwerk Bitterfeld

Wuchtiger Auftakt zu den Betriebsrätewahlen im Bitterfelder Chemiegebiet — Proleten von Griesheim, Anilin und Film wählen geschlossen die roten Einheitslisten!

(Eig. Meld.) Bitterfeld, 20. März.

Das erste Ergebnis, das uns aus dem Bitterfelder Industriegebiet vorliegt, ist ein weiterer glänzender Beweis dafür, daß sich die RGO auf der ganzen Linie im Vormarsch zur Eroberung, zur Streikreifmachung der Betriebe in der chemischen Industrie befindet. Gestern fanden **die Betriebsrätewahlen im Bitterfelder Aluminiumwerk** statt. Trotzdem natürlich auch hier die RGO unter den schwersten Bedingungen den Kampf durchführen mußte, wurde folgendes glänzende Resultat erzielt:

Die Liste der Revolutionären Gewerkschaftsopposition erhielt 140 Stimmen, während die Reformisten 59 Stimmen erhielten. Die Wahlbeteiligung war auch hier sehr stark und betrug fast 90 Proz.

Jetzt kommt es darauf an, alle Kräfte einzusetzen, um auf den Werken des Griesheim-Konzerns und in Wolfen und Greppin diesen Sturm zur Herstellung der roten Einheitsfront unter Führung der RGO gegen Lohnraub und Faschismus mit allen Kräften zu steigern.

Die Unternehmerlakaien vom Schlage eines Sittner und Konsorten versuchen, im Griesheim-Werk mit Lügen und Verleumdungen gegen die RGO zu kämpfen. So verbreiten sie die Falschmeldung, die roten Betriebsräte, im vergangenen Jahr gewählt, hätten die Mehrheit gehabt im Betriebsrat. Sittner will damit verschleiern, daß er Vorsitzender und getreuer Lakai der IG-Könige mit Hilfe der Werksleitung wurde, die seinerzeit eine **Anzahl roter Mandate für ungültig** erklären ließ. Später aber gezwungen wurde — selbst das Arbeitsgericht mußte das anerkennen —, die Ungültigkeitserklärung aufzuheben.

Griesheim-Proleten, seid auf der Hut — laßt euch nicht betrügen! Für euch gilt nur die rote Einheitsliste, die Liste 4!

Schandschiedsspruch gegen die Reichsbahnarbeiter

TU. Berlin, 19. März.

Amtlich wird mitgeteilt:

Im Lohnstreit der Deutschen Reichsbahngesellschaft und den Eisenbahner-Gewerkschaften wurde am 19. März ein Schiedsspruch gefällt. Der Schiedsspruch kürzt die Lohnbezüge der Reichsbahnarbeiter um durchschnittlich 6 Prozent. Den Parteien wurde vom Schlichter eine Erklärungsfrist bis Montag, den 23. März, gesetzt.

Leuna!

Halle, 20. März.

Leuna ist ein Begriff für das internationale Proletariat seit langem geworden, ein Begriff für die erbittertsten Kämpfe und Auseinandersetzungen zwischen dem revolutionären Proletariat und dem internationalen Trustkapital. Leuna ist das wichtigste Werk im Besitz des mächtigen internationalen Trusts, der IG-Farbenindustrie. Leuna ist ein Staat im kapitalistischen Staate, mit eigener Polizei, man möchte sagen, mit einer eigenen Gesetzgebung. Leuna ist der Inbegriff des unbarmherzigen Unternehmerterrors und seit Jahren das erbittertste Kampfobjekt zwischen der Führerin des revolutionären Proletariats, der Kommunistischen Partei, und dem Trustkapital.

Unter diesen Gesichtspunkten ist unser Leuna-Sieg von ungeheurer Bedeutung. Fassen wir doch einmal kurz zusammen,

Landarbeiterstreikführer verhaftet!

(Eig. Drahtm.) Könnern, 20. März.

In Nelben ist der Führer des Landarbeiterstreiks, der Melker Blaubach, gestern durch die Polizei des sozialdemokratischen Landrats Streicher verhaftet worden. Er wurde aus der Wohnung herausgelockt, auf einen Wagen geworfen und nach Alsleben gebracht. Bis heute fehlt jede Nachricht von ihm.

wie erbittert in diesem Jahre um den Einfluß im Leuna-Werk gekämpft wurde. Die Unternehmer versuchten mit allen Mitteln, in diesem Jahre den Einfluß der Kommunisten endgültig im Leuna-Werk zu brechen. 32 Kandidaten und Listenvertreter der roten Liste des Vorjahres wurden im letzten Jahre gemaßregelt, unter ihnen befand sich der Spitzenkandidat, der Genosse Volkmann. Die Unternehmerknechte vom Stahlhelm, die Arbeitermörderpartei der Nazis gaben sich die redlichste Mühe, mit Versammlungen, mit Unterstützung der gesamten reaktionären Presse den Einfluß der Kommunisten zu brechen. Die Sozialfaschisten brachten alles auf die Beine, die einzige große Gefahr, die den Giftgaskönigen im Leuna-Werk drohte, den kommunistischen Einfluß zu vernichten. Noch in den letzten Tagen wurden der Vorsitzende des Fabrikarbeiterverbandes Brey, der Vorsitzende des Metallarbeiterverbandes Brandes heranzitiert, um die von der Sozialdemokratie bereits seit langem mit der besonderen Bearbeitung des Leuna-Werks beschäftigten Angestellten zu unterstützen. Durch ein raffiniertes Spitzelsystem im Werke selbst wurde die Säuberungsaktion durchgeführt. Die IG-Könige glaubten mit Hilfe ihrer Lakaien alles getan zu haben, um die Kommunisten restlos aus dem Werk zu entfernen.

Alles hat nichts geholfen! Die RGO-Liste erhielt die meisten Stimmen, die reformistischen Verräter eine vernichtende Niederlage. Trotz sorgfältigster Auslese der Belegschaft konnten Nazis und Stahlhelmer nur einen ganz geringen Einbruch in die Front des klassenbewußten Leuna-Proletariats erzielen. Das ist um so bedeutsamer, als jeder weiß, daß das Werk durch seine sogen. „Wohnungsfürsorge" in den Leuna-Siedlungen in Merseburg, Halle, Weißenfels, Dürrenberg, Rössen usw. einen ungeheuren Druck auf die Belegschaft ausübt. Hinzu kam die Tatsache der ständigen Entlassungsdrohungen, der Lohnraub, der durch direkte Senkung der Löhne und durch die mit Hilfe der Reformisten durchgeführte 40-Stunden-Woche im Werk erfolgte. Aber gerade diese Tatsache ist es gewesen, die die Radikalisierung von Schichten der Belegschaft, die bisher der Kommunistischen Partei und der RGO nicht nahestanden, besonders gefördert hat. Die schamlosen Arbeitsbedingungen in der Leuna-Hölle haben bei der Betriebsrätewahl diesen Ausdruck des Bekenntniswillens zum Kampf, zur Revolutionären Gewerkschaftsopposition erzeugt. Die Reformisten verlieren in wachsendem Maße das bisher innegehabte Vertrauen. Die RGO wird immer mehr als die einzige Kraft anerkannt, die in der Zukunft die Kämpfe gegen den ungeheuren, sich ständig steigernden Unternehmerdruck zu führen imstande ist.

Dieses Vertrauen gilt es nicht zu enttäuschen. Jetzt heißt es, gegen den neuen Lohnraub, der am 1. April in Kraft tritt, genau so unermüdlich zu organisieren, zu mobilisieren, wie unsere tapferen Genossen die Mobilisierung für die rote Betriebsratswahl im Leuna-Werk durchgeführt haben.

Es war eine ungeheure Arbeit zu leisten. Daß sie geleistet wurde, zeigt, daß es der Kommunistischen Partei gelungen ist, in den vielen hundert Wohnorten der Leuna-Proleten zu einem großen Maße die gesamte Parteiorganisation planmäßig zur Bearbeitung der Leuna-Arbeiter heranzuziehen. Es sollen bei dieser Leuna-Wahl schätzungsweise über 200 000 Flugblätter von den verschiedensten Seiten herausgegeben worden sein. Aber unser Erfolg beruht hauptsächlich in der persönlichen Bearbeitung der Leuna-Proleten in ihren Wohnungen. Freilich weiß diese entschiedene Wendung unserer

Universitäts- und Landesbibliothek Sachsen-Anhalt
urn:nbn:de:gbv:3:1-171133730-16691561019310320-17/fragment/page=0013